

Peter Rütters / Rüdiger Zimmermann

**Bauarbeitergewerkschaften in Deutschland und  
Internationale Vereinigungen von Bauarbeiterverbänden  
(1869 – 2004)**

**Protokolle – Berichte – Zeitungen**

Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Veröffentlichungen der  
Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

Bd. 16

Bonn 2005

Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Godesberger Allee 149  
D-53175 Bonn  
EDV: Walter Wimmer  
Gestaltung: Hilke Käding, Friedrich-Ebert-Stiftung  
Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn  
Printed in Germany 2005

ISSN 1432-7449  
ISBN 3-89892-352-5

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	5
Editorische Vorbemerkung .....	7
<i>Rüdiger Zimmermann</i>	
Einführung zur Organisations- und Publikationsgeschichte .....	13
<i>Peter Rütters</i>	
Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaften im Baugewerbe in Deutschland und auf internationaler Ebene .....	13
I. Gewerkschaften im Baugewerbe: Zwischen den 1860er Jahren und der Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg .....	14
II. Internationale Organisationen der Baugewerkschaften .....	53
Gewerkschaftszeitungen – Gewerkschaftspublikationen .....	77
Bestandsverzeichnis und Register .....	93
<i>Rüdiger Zimmermann</i>	
Freie Gewerkschaften .....	95
Christliche Gewerkschaften .....	149
Freiheitlich-Nationale Gewerkschaften .....	155
Lokalistische Gewerkschaften .....	155
Revolutionäre Gewerkschaften und Revolutionäre Gewerkschaftsopposition .....	156
Deutscher Gewerkschaftsbund und Vorläuferorganisationen in den westlichen Besatzungszonen .....	158
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund und Vorläuferorganisationen in der sowjetischen Besatzungszone .....	183
Internationale Gewerkschaftsorganisationen / Freie Gewerkschaften .....	183
Rote Gewerkschaftsinternationale .....	246
Weltgewerkschaftsbund .....	246
Titelregister .....	249
Körperschaftsregister .....	261

# Zeitschrift der Zimmerkunst.

Organ

des

Verbandes deutscher Zimmerleute.

2. Jahrgang.

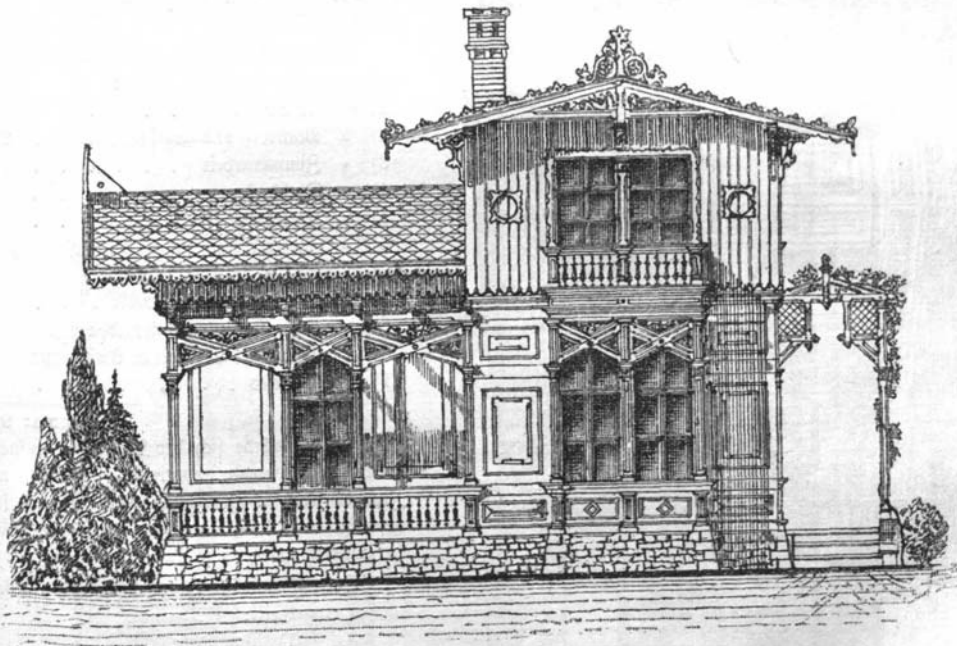
— Berlin, August 1884. —

Nr. 2.

## Entwurf zu einem Landhaus.

Auf Seite 9—12 bringen wir den Entwurf mit den nöthigen Details zu einem Landhaus für eine Familie. Das Landhaus hat Herr Architekt Gustav Gehler in Leipzig für die Zeitschrift entworfen und dabei besonders berücksichtigt, daß die Ausführung nach der Zeichnung und den Details in der Zeitschrift, auch einem intelligenten praktischen Zimmermann, der nicht die Mittel oder die Gelegenheit hatte, eine

Baugewerkschule zu absolviren, möglich sein soll. Es liegt uns ferne, ein Scharwerker- oder Pfluscherthum großziehen zu wollen, aber eingedenk unseres Programms, das Zimmerhandwerk zu heben, wollen wir hierdurch allen Zimmerleuten und auch dem bauenden Publikum eine Anregung geben, daß sie sich wieder für die Schönheiten des alten Holz-Hausbaues begeistern.



Natürlich können wir nur diese Länder im Auge haben, wo die behördlichen Bauordnungen nicht dem Holz-Hausbau unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg legen, wie z. B. im Königreich Sachsen; in dem größten Theil unseres Vaterlandes und da besonders auf dem Lande sind die Baugesetze der Pflege und Weiterentwicklung des malerischen Holzbaues nicht entgegen.

Der entwerfende Architekt hat die Verzierungen an Veranda, Balken und den Giebeln, wie die Details zeigen, so skizzirt, daß auch eine nicht besonders im Zeichnen geübte Hand dieselben leicht in natürlicher Größe auf die auszuscheidenden Bretter oder Bohlen übertragen kann.

Die Verzierung der Füllungen über den Fenstern des Balkonvorbaues oder des Erkers im unteren Stockwerk werden

## Vorwort

Aus einer in den letzten Jahren bereits erprobten Kooperation ist das vorliegende Verzeichnis der "Protokolle – Berichte – Zeitungen" der deutschen und internationalen Baugewerkschaften im Bestand der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung hervorgegangen.

Das Bestandsverzeichnis setzt eine bereits vor Jahren erschienenes Verzeichnis zum FES-Bestand der deutschen Baugewerkschaften fort<sup>1</sup>, aktualisiert es und erweitert es vor allem um die internationale Dimension, indem Internationale Berufssekretariate und vergleichbare Organisationen der christlichen und der kommunistischen Gewerkschaftsrichtung einbezogen werden. Für Rüdiger Zimmermann stellt dieses Projekt eine Art Reminiszenz dar, da das erwähnte Baugewerkschaftsverzeichnis von 1980 seine erste Publikation als Bibliothekar der Friedrich-Ebert-Stiftung war.

Das vorliegende Bestandsverzeichnis schließt aber auch in anderer Weise an Vorarbeiten an. Im letzten Jahr wurde vom K.G. Saur Verlag "Der Grundstein", die Zeitung der Maurer- und Bauarbeitergewerkschaften, für die Jahre 1888 bis 1933 als Mikrofiche-Edition herausgegeben. Zur Realisierung war die Verfilmung nur mit Unterstützung der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, die dazu mithelfen konnte, dass ein vollständiges Exemplar der Baugewerkschaftszeitung zusammengestellt werden konnte. Die Veröffentlichung eines "Begleitbandes zur Mikrofiche-Edition" mit den Inhaltsverzeichnissen des "Grundstein" (Jahresverzeichnisse) von 1902 bis 1933 war zugleich Anlass, mit einem Abriss zur Geschichte der deutschen Bauarbeitergewerkschaft und zur Geschichte des "Grundstein" einen Beitrag zur historischen Verortung der verfilmten Gewerkschaftszeitung anzubieten<sup>2</sup>.

Gewissermaßen war diese Arbeit auch Anregung und Anlass, diese historischen Skizzen für eine Neuauflage des "Bauarbeiter-Bestandsverzeichnisses" in aktualisierter und erweiterter Form zu nutzen. Dabei folgt das vorliegende Verzeichnis einer Übung, die sich schon bei einigen anderen gemeinsamen Projekten (siehe die folgende *Editorische Notiz* von Rüdiger Zimmermann) bewährte: das nach bibliothekarischen Gesichtspunkten gestaltete Bestandsverzeichnis mit einer Skizze zur historischen Orientierung und Einordnung der Gewerkschaften anzureichern.

Das vorliegende Bestandsverzeichnis unternimmt es nun, die "gewerkschaftlichen" Periodika-Bestände der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung für eine Branche, für einen Industriezweig vorzustellen. Erfasst werden dabei alle Baugewerkschaften die seit Ende der 1860er Jahre in Deutschland bestanden und alle internationalen Gewerkschaftsorganisationen dieses Bereichs, soweit sie mit Publikationen – Protokollen, Geschäfts- und Tätigkeitsberichten, Zeitungen – im FES-Bestand vertreten sind. Ein Durchblättern des Bestandsverzeichnisses

- 
- 1 Baugewerkschaften in der Bibliothek der sozialen Demokratie/Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, bearb. von Anne Bärhausen, Ruth Meyer, Rüdiger Zimmermann, Bonn 1980, und 2. Aufl., Bonn 1986.
  - 2 Vgl. Peter Rütters: Einführung. Zur Geschichte der Zeitung "Der Grundstein", in: Der Grundstein – 1888 bis 1933. Gewerkschaftszeitung des deutschen Baugewerbes. Begleitband zur Mikrofiche-Edition, München 2004, S. 7-9, und ders.: Zur Entstehung und Politik der Bauarbeitergewerkschaften (1891-1933), in: ebd., S. 11-23.

macht deutlich, dass es sich um eine Vielzahl von Organisationen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene handelt. Deren Beziehung zueinander lässt sich aus dem Bestandsverzeichnis nicht einfach entnehmen. Es schien daher angebracht, dem Bestandsverzeichnis eine Skizze zur Organisationsgeschichte der deutschen und der internationalen Bauarbeiter-Verbände sowie eine kurze Darstellung zur Funktion von Gewerkschaftspublikationen beizufügen.

Die Herausgeber hegen die Erwartung, dass das vorliegende Bestandsverzeichnis Anregung und Orientierung für unterschiedlichste Forschungsarbeiten bietet. Die Fülle, Vielfalt und Dichte der in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung vorhandenen Veröffentlichungen der Baugewerkschaften könnten hierfür möglicherweise Impulse geben.

Peter Rütters

Rüdiger Zimmermann

Berlin und Bonn, im Januar 2005

## Editorische Vorbemerkung

### Zur Bauarbeitersammlung in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

1978 übernahm die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung (damals: Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung) vollständig den bibliothekarischen Altbestand der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden aus Frankfurt am Main. Die Büchersammlung lagerte damals im Keller der Hauptverwaltung und war zur Makulatur bestimmt. Es war dem couragierten Eingreifen engagierter Beschäftigter in Frankfurt zu danken, dass eine der wertvollsten Gewerkschaftssammlungen in Deutschland nicht vernichtet wurde.

Der Bau-Bestand war die erste große Gewerkschaftsbibliothek, die der Friedrich-Ebert-Stiftung angeboten wurde. Die Übernahme und Erschließung der Bestände war der Beginn einer „neuen Ära“: mit der Baubibliothek kam die erste geschlossene Gewerkschaftsbibliothek nach Bonn. Viele andere sollten folgen. Heute gilt die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung als eine der größten Gewerkschaftsbibliotheken weltweit.

Der Frankfurter Baubestand zeichnete sich durch eine nahezu lückenlose Sammlung von Protokollen, Geschäftsberichten und Jahrbüchern des Deutschen Baugewerksbundes und seiner zahlreichen Vorläuferorganisationen aus, sowie der Organisationen, die bis 1933 nicht den Weg zur Industriegewerkschaft gefunden hatten. Daneben waren die christlichen Gewerkschaften im Frankfurter Bestand breit vertreten. Die wertvolle und exzellente Sammlung wurde in einem eigenen „Bestandsverzeichnis“ dokumentiert und mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung versehen.<sup>1</sup>

So vollständig in der 1978 übernommenen Bibliothek Jahrbücher, Geschäftsberichte etc. vorhanden waren, so lückenhaft war der Bestand bei Zeitschriften und Zeitungen der diversen Baugewerkschaften. Diese ungleiche Repräsentanz blieb den Bonner Bibliothekarinnen und Bibliothekaren lange ein Rätsel. Heute wissen wir, dass dieser Sachverhalt etwas mit dem dramatischen Schicksal der von den Nationalsozialisten zusammengeraubten Gewerkschaftsbibliotheken zu tun hatte, die in Berlin das Kriegsinferno überlebt hatten.

Nach einer Odyssee über das Offenbacher Archival Depot und die Kongressbibliothek in Washington kehrten diese Bestände 1948 nach Westdeutschland zurück und wurden den neu gegründeten deutschen Gewerkschaften als „intellektuelles Rückgrat“ für ihren demokratischen Neuaufbau zur Verfügung gestellt. Auch die Bauarbeitergewerkschaft profitierte von dieser Aktion und erhielt durch diese spektakuläre Rückgabeaktion ein Gutteil ihres gedruckten Gedächtnisses zurück.<sup>2</sup>

---

1 Baugewerkschaften in der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), bearb. von Anne Bärhausen, Ruth Meyer, Rüdiger Zimmermann, Hrsg.: Friedrich-Ebert-Stiftung, Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie, Bonn 1980.

2 Siehe generell zu diesem Thema: Zimmermann, Rüdiger: Berlin - Offenbach - Washington - Bonn : das Offenbach Archival Depot und die Gewerkschaftsbestände der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: AKMB-news : Informationen zu Kunst, Museum und Bibliothek, 8 Jg., 2002, Heft 2, S. 11-17.

Um auch die Lücken in der Presseüberlieferung der Bauarbeitergewerkschaften zu schließen, unternahm die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung beträchtliche Anstrengungen. Sie versuchte, die fehlenden Jahrgänge der relevanten Gewerkschaftszeitschriften durch weltweite Verfilmungen zu ergänzen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Verfilmungen in der damaligen Deutschen Bücherei in Leipzig. Trotz schwierigen politischen Bedingungen kam es zwischen der Deutschen Bücherei und der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung seit 1981 zu einer fruchtbaren bibliothekarischen Kooperation. Die Bonner Bibliothekare und Bibliothekarinnen schickten systematisch Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften („graue Literatur“) nach Leipzig, um den nationalen Vollständigkeitsanspruch der Leipziger Bibliothek zu unterstützen. Als Gegenleistung erhielt die Bonner Bibliothek das Recht, Verfilmungen von Arbeiter- und Gewerkschaftszeitschriften aus der Zeit vor 1933 vorzunehmen.

Diese Kooperation funktionierte gut, auch wenn in der Öffentlichkeit darüber wenig berichtet wurde. Auf diesem Wege wurde ein Gutteil der fehlenden Gewerkschaftszeitschriften der Bauarbeiter ergänzt. Die Deutsche Bücherei hatte systematisch versucht, das Deutsche Schrifttum seit 1913 zu sammeln. Die deutschen Arbeiterorganisationen unterstützten das literarische Nationalarchiv bei diesen Bemühungen nachdrücklich, zumal wissenschaftliche Bibliotheken in Deutschland ansonsten Mitgliederzeitschriften der Arbeiterbewegung durchgängig bei ihren Sammelaktivitäten ignorierten.

Als Frucht ihrer Verfilmungsaktivitäten im Bauarbeiterbereich präsentierte die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung 1986 eine Neuauflage des alten Bestandsverzeichnisses. Das „Neue“ bestand in der lückenlosen Dokumentation von mikroverfilmten Zeitschriften, die in der Zwischenzeit der westlichen Forschung zur Verfügung standen. Auf einem Seminar der Hans-Böckler-Stiftung, das sich mit Perspektiven der Geschichtsschreibung der Bauarbeitergewerkschaften befasste, wurde die Neuauflage erstmals einem Fachpublikum zur Verfügung gestellt.<sup>3</sup>

Als weiterer großer Zugewinn an relevanten Quellen erwies sich die Übernahme der vollständigen Bibliothek beim Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes. In der ersten Februarwoche 1995 übergab der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB sein Archiv und seine Bibliothek in die Hände der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ein Beirat wacht seit Dezember 1995 über die angemessene Betreuung der Bestände. Insgesamt zeichnete sich die Bibliothek durch eine Vielzahl seltener Stücke und Unikate aus. Wertvolle Protokolle, Geschäftsberichte, Satzungen, Agitationsbroschüren und Mitgliederzeitschriften fanden somit ihren Weg unter das Dach der Bonner Stiftung. Auch die Baugewerkschaften waren in der DGB-Bibliothek breit vertreten.

Die DGB-Bibliothek hatte selbstverständlich auch von der Aktion der Rückführung deutscher Gewerkschaftsbestände aus den USA profitiert. Ihr großer Wert für die Forschung bestand

---

3 Siehe Baugewerkschaften in der Bibliothek der sozialen Demokratie/Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, bearb. von Anne Bärhausen, Ruth Meyer, Rüdiger Zimmermann, Hrsg.: Bibliothek der sozialen Demokratie/Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, 2., erg. Aufl., Bonn 1986.



allerdings auch darin, dass die Düsseldorfer Kolleginnen und Kollegen einen systematischen Bestandsaufbau von deutschen Gewerkschaftspublikationen nach 1945 betrieben hatten. Die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung gelangte somit auch in den „Besitz“ einer dichten Zeitschriftenüberlieferung der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden aus der Nachkriegszeit. Die übernommene DGB-Bibliothek wurde sofort katalogisiert und stand rasch der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung. Ohne die großzügige personelle Hilfe der Deutschen Forschungsgemeinschaft hätte dieses „Jahrhundertwerk“ allerdings nicht realisiert werden können.

Die Katalogisierung der DGB-Bibliothek wurde ebenfalls von einer weiteren systematischen Verfilmungsaktion von Gewerkschaftsquellen begleitet. Dieses mal handelte es sich um die Verfilmung von lokalen und regionalen Geschäftsberichten der deutschen Gewerkschaften aus der Zeit vor 1933. Mit Hilfe der Bibliothek der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (unter dem Dach des Bundesarchivs) gelang es, eine Reihe einmaliger Quellen zu den in Bonn vorhandenen Bauarbeiterbeständen hinzuzufügen. Die Materialien stammten aus der alten FDGB-Bibliothek, in die ihrerseits von den Nazis ausgeraubte Bibliotheken eingegangen waren.

Zwei Erwerbungsaktionen sind noch besonders hervorzuheben, die den Bauarbeiterbestand zusätzlich angereichert haben. Ende der neunziger Jahre übernahm die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung die Bibliothek der International Federation of Building and Wood Workers (IFBWW) aus Genf. Obgleich die Bestände „überschaubar“ waren, muss der Quellenzugewinn als sehr hoch eingeschätzt werden. Vor allem die Überlieferung an Protokollen des Internationalen Berufssekretariats war bemerkenswert.

Zum anderen legte die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung 2001 ein Verfilmungsprogramm mit Hilfe der Erich-Brost-Stiftung auf, das Zeitschriften der Internationalen Berufssekretariate weltweit sichern sollte. Vor allem die Verfilmungen aus dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte müssen an dieser Stelle hervorgehoben werden.

Neben der Übernahme ganzer Bibliotheken und systematischer Verfilmungen von Quellen hat die Bibliothek selbst der Sammlung der Primärquellen der Industriegewerkschaft Bau, Steine, Erden und später der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt in ihrem Alltagsgeschäft besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Seit 1976 wird die Bibliothek für das Sammeln und Erschließen von Parteien und Gewerkschaften von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Das Sammeln der regionalen Untergliederungen der Bauarbeitergewerkschaft gehört zu diesem Sammelauftrag; deshalb wurden über viele Jahre bei Erwerbungsreisen die Büros der Landesbezirke und Bezirke „angesteuert“, um diese Veröffentlichungen zu erwerben.

Der gesamte „Schatz“ an Originalpublikationen und an Mikrofilmen ist im vorliegenden Bestandsverzeichnis dokumentiert. Der Band stellt für die Forschung und die gewerkschaftliche Erwachsenenbildung ein einmaliges Quellenensemble dar. Über alle weltanschaulichen Grenzen der Bauarbeitergewerkschaften hinweg dokumentiert er die Organisations-

bemühungen von Arbeitern und Angestellten im Baugewerbe auf nationaler wie auf internationaler Ebene durch die eigenen periodischen Publikationen.

## Zur Dokumentation von Gewerkschaftsbeständen

Seit 1994 kooperiert das Otto-Suhr-Institut für Politische Wissenschaften an der Freien Universität Berlin und die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung bei der Präsentation von gewerkschaftlichen Quellen. Aus der Zusammenarbeit sind einige für die Geschichtsschreibung zur nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegung hilfreiche Dokumentationen und Bestandsverzeichnissen entstanden. Es ist das Verdienst der beiden Herausgeber dieser Publikation, dass diese in Deutschland eher seltene Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Bibliothekaren ermöglicht wurde.

1994 leitete Peter Rütters mit seinem Beitrag „Internationaler Metallgewerkschaftsbund IMB“ das Bestandsverzeichnis „Eiserne Internationale“ ein. Er selbst hatte bei der Übergabe der Bestände des IMB von der Schweiz nach Bonn eine wichtige Rolle gespielt.<sup>4</sup> Die weiteren gemeinsamen Projekte waren der Dokumentation der Bestände und der Geschichte der Bergarbeiter- und der Lebensmittelarbeiter-Internationale gewidmet.<sup>5</sup> Vor allem das Interview mit dem ehemaligen Generalsekretär der IUL, Dan Gallin, war ein geglückter Versuch, „Oral History“ und gedruckte Quellen zu einer Einheit zu verbinden.<sup>6</sup>

2002 führte Peter Rütters in ein integriertes Bestandsverzeichnis von Archiv- und Bibliotheksbeständen der Friedrich Ebert-Stiftung zum Thema „Internationale Gewerkschaftsbestände“ ein. Der deutsche Text erschien in zwei Auflagen; eine englische Übersetzung wurde vor allem an Forschungseinrichtungen des Auslandes geliefert.<sup>7</sup> Die Kooperation mit der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung erlaubte eine weite Verbreitung der Arbeit auch in der 3. Welt.<sup>8</sup>

Mit der vorliegenden Dokumentation suchen beide Kooperationspartner einen weiteren Quellenbestand für die Forschung und die gewerkschaftliche und Erwachsenenbildung zu erschließen.

---

4 Die Eiserne Internationale: Periodikaverzeichnis des Bestandes Internationaler Metallgewerkschaftsbund (IMB) in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, bearb. von Walter Wimmer und Felicitas Kallus, Bonn 1994

5 IUL und IBV: Protokolle und Berichte. Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, bearb. von Gabriele Rose, Bonn 1998 (= Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung; 4)

6 IUL und IBV: Protokolle und Berichte. Ein Bestandsverzeichnis der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit einem einleitenden Essay "Struktur und Politik: Skizze zur Geschichte der Bergarbeiter- und der Lebensmittelarbeiter-Internationale von Peter Rütters und einem Interview mit Dan Gallin, bearb. von Gabriele Rose, 2., erw. Aufl., Bonn 2001. (= Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung; 4); On the history and policy of the IUF, ed.: Peter Rütters/Rüdiger Zimmermann, Bonn 2003 (= Veröffentlichungen der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung; 14)

7 Internationale Gewerkschaftsorganisationen: Bestände im Archiv der Sozialen Demokratie und in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von: Peter Rütters/Michael Schneider/Erwin Schweißhelm/Rüdiger Zimmermann, Bonn 2002.

8 International trade union organisations: inventory of the Archive of Social Democracy and the Library of the Friedrich-Ebert-Stiftung, publ. on the behalf of the Friedrich-Ebert-Stiftung by: Peter Rütters/Michael Schneider/Erwin Schweißhelm/Rüdiger Zimmermann, Bonn 2001.

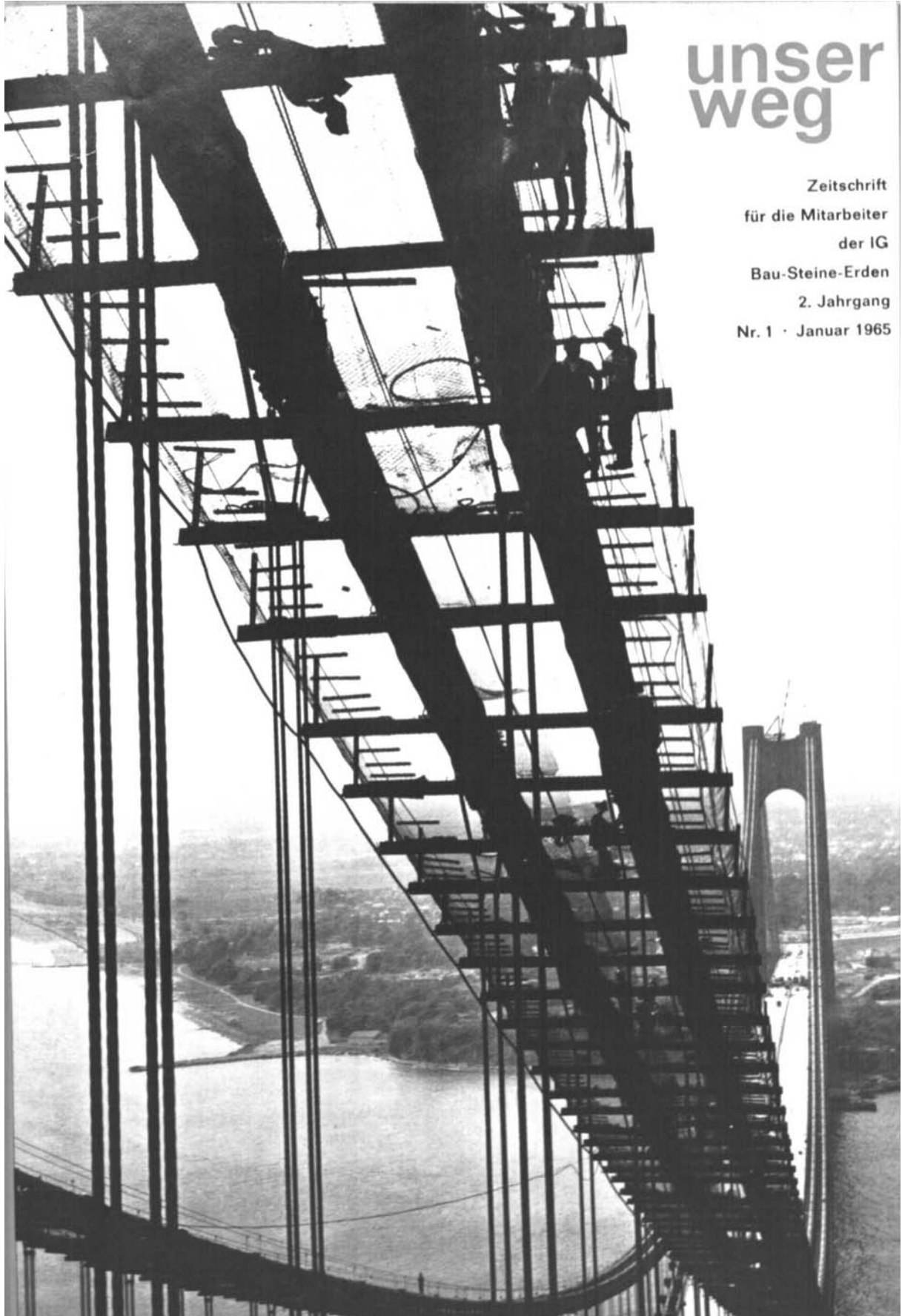
ßen. Man sieht nur, was man weiß: einen exzellenten Bestand „sichtbar“ zu machen, in die organisatorische Vielfalt der deutschen und internationalen Gewerkschaftsbewegung einzuführen und die Rolle der Presse der Bauarbeitergewerkschaften herauszustreichen, soll der besondere Wert der vorliegenden Publikation sein.

Mit der vorliegenden Dokumentation hoffen die Partner, der Geschichtsschreibung der Bauarbeitergewerkschaft neue Impulse zu geben und bei der Durchführung neuer Projekte wichtige Hilfestellungen zu leisten.

Alle Materialien sind in Bonn in der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung uneingeschränkt einzusehen. Darüber hinaus werden alle Materialien in den Leihverkehr gegeben, soweit der Erhaltungszustand dies ermöglicht. Diese „Belieferungen“ über das deutsche Bibliothekswesen sind kostenfrei. Ferner können spezielle (dem Titel nach bekannte) Artikel per Mail direkt in der Bibliothek bestellt werden. Binnen 24 Stunden bekommt die Benutzerin oder der Benutzer den erbetenen Artikel via Mail oder Fax weltweit zugeschickt. Dieser Dienst ist allerdings kostenpflichtig.

Rüdiger Zimmermann

Leiter der Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung



# unser weg

Zeitschrift  
für die Mitarbeiter  
der IG  
Bau-Steine-Erden  
2. Jahrgang  
Nr. 1 · Januar 1965

# Einführung zur Organisations- und Publikationsgeschichte

## Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaften im Baugewerbe in Deutschland und auf internationaler Ebene

Seit Ende der 1860er Jahre wurden Gewerkschaften im Baugewerbe in Deutschland gegründet, ab 1894 entstanden erste internationale Verbindungen von Baugewerkschaften. Die folgende Übersicht über die Entstehung und Entwicklung dieser Vereinigungen in Deutschland (Teil I) und auf internationaler Ebene (Teil II) kann und will nicht den Anspruch einer umfassenden Geschichte der Baugewerkschaften erheben. Denn trotz intensiver und facettenreicher Forschung zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in den letzten drei Jahrzehnten und trotz des bis vor wenigen Jahrzehnten ausgeprägten Traditionsbewusstseins in den Gewerkschaften mangelt es erstaunlicherweise an Vorarbeiten für ein derartiges Vorhaben.

Eine umfassende, sozialhistorisch fundierte Darstellung der Entstehung, Entwicklung und Politik der Gewerkschaften im Baugewerbe fehlt schlichtweg. Ebenso wenig finden sich substantielle Analysen zur Organisationsentwicklung und zur Politik der Baugewerkschaften in bestimmten historischen Phasen oder zu wichtigen Handlungsfeldern (beispielsweise zur Geschichte der Tarifpolitik im Baugewerbe, zur Arbeitsschutzpolitik oder zur Bauhüttenbewegung in der Weimarer Republik). Neben der solide ausgeführten Verbändestudie von Karl-Gustav Werner<sup>1</sup>, die die Organisationsentwicklung und die Tarifpolitik im Baugewerbe von den 1860er Jahren bis Mitte der 1960er Jahre darstellt, ist eine Skizze zur Organisationsgeschichte der Baugewerkschaften auf "Jubiläumsliteratur"<sup>2</sup> und frühe Verbandsgeschichten aus den Gewerkschaftsorganisationen<sup>3</sup> verwiesen. Einen noch immer gültigen, zutreffend

- 
- 1 Karl-Gustav Werner: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968; vgl. auch den Überblick über die Entwicklung der Baugewerkschaften zwischen 1891 und 1933, der zum Teil den folgenden Ausführungen zugrunde liegt: Peter Rütters: Zur Entstehung und Politik der Bauarbeitergewerkschaften (1891-1933), in: Der Grundstein – 1888 bis 1933. Gewerkschaftszeitung des deutschen Baugewerbes. Begleitband zur Mikrofiche-Edition, München 2004, S. 11-23.
  - 2 Vgl. Karl Anders: Stein für Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften. 1869 bis 1969, Hannover 1969; Arno Klönne u.a. (Hrsg.): Hand in Hand. Bauarbeiter und Gewerkschaften. Eine Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1989; Heribert Kohl: Auf Vertrauen bauen. 125 Jahre Baugewerkschaft, Köln 1993.
  - 3 Vgl. die beiden Verbandsgeschichten des langjährigen Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes bzw. Baugewerksbundes Fritz Paepflow: Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes, Berlin o.J. [1932], ders.: Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869 bis 1899. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Maurerbewegung, Hamburg 1900; Gustav Keßler: Kurze Geschichte der deutschen Maurer-Bewegung. Im Auftrage des Vertrauensmannes der Berliner Maurer, Berlin 1895; Gustav Keßler: Geschichte der Organisation der Steinarbeiter Deutschlands. Im Auftrag des 8. Kongresses der Steinarbeiter Deutschlands / hrsg. von der Geschäftsstelle, Berlin o.J.; August Bringmann: Geschichte der deutschen Zimmererbewegung, hrsg. im Auftrag des Zentralverbandes der Zimmerleute und verw. Berufsgenossen Deutschlands, 2 Bde., Hamburg 1903, 1905; Adam Drunsel: Die Geschichte der deutschen Töpferbewegung, hrsg. vom Vorstand des Zentralverbandes der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Berlin 1911; Theodor Thomas: Gedenkbuch zum 40jährigen Jubiläum des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands 1889-1929. Eine Darstellung der Verhältnisse bis zu Gründung des Verbandes, 1. Bd, Frankfurt a.M. o.J.; ders.: Geschichte des Zentralverbandes der Dachdecker Deutschlands. Von 1889 bis zum 4. August 1914, 2. Bd., Frankfurt a.M. o.J.; Alexander Knoll: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter. Geschichte der Steinsetzerbewegung, 1. Bd., Leipzig 1925; ders.: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter. Geschichte der deutschen Steinsetzerbewegung, 2. Bd.: Die Berliner Steinsetzer-Gesellschaft 1732-1893, Berlin 1913; ders.: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter. Geschichte der

kommentierenden Überblick zu dieser Literatur bietet Rüdiger Zimmermann.<sup>4</sup> Im Vergleich zu den Publikationen über die Bauarbeiterverbände der Freien Gewerkschaften finden sich für die Bauarbeiter-Verbände der liberalen (Hirsch-Dunckerschen) und der Christlichen Gewerkschaftsrichtung keine einschlägigen Studien. Weiter führen hier nur neben der erwähnten Arbeit von Karl-Gustav Werner Darstellungen zur jeweiligen Gesamtbewegung. Für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bietet die Studie von Hans-Georg Fleck sporadisch Informationen zu Einzelverbänden<sup>5</sup>; für die christliche Gewerkschaftsbewegung ist es die opulente Arbeit von Michael Schneider.<sup>6</sup> Schließlich die internationale Ebene der Organisationsentwicklung: Die Bildung von Internationalen Berufssekretariaten durch die nationalen Gewerkschaften im Baugewerbe war ein Prozess, der in den 1890er Jahren begann und nach der Wende zum 20. Jahrhundert allmählich Konturen und Kontinuität gewann, so dass festere Organisationsstrukturen entstanden. Diese Entwicklung ist, abgesehen von zwei Publikationen<sup>7</sup>, geschichtswissenschaftlich weder dokumentiert noch analysiert.

## **I. Gewerkschaften im deutschen Baugewerbe – von den 1860er Jahren zur Neugründung nach dem Zweiten Weltkrieg**

Mit der Gründung der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden am 27./28. August 1949, zu der sich die 1946/47 in den drei Westzonen entstandenen sieben Baugewerkschaften vereinigten, konstituierte sich ein richtungsübergreifender Industrieverband. Dieser Neubeginn brachte anscheinend zugleich einen jahrzehntelangen Konzentrationsprozess der Baugewerkschaften zu einem Abschluss<sup>8</sup>. Eine Vielzahl von Berufs- und Branchengewerkschaften, die seit den 1860er Jahren im Baugewerbe entstanden waren, die unterschiedliche Organisationsansätze vertraten, die konkurrierenden weltanschaulichen und politischen Gewerkschaftsrichtungen

---

Organisation der Straßenbauarbeiter, 3. Bd.: Die Zünfte, der Verband, die Internationale, die Unternehmerorganisationen, Leipzig 1930

- 4 Rüdiger Zimmermann: Zur Geschichtsschreibung der Baugewerkschaften, in: Baugewerkschaften in der Bibliothek der sozialen Demokratie/Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung, bearb. von Anne Bärhausen, Ruth Meyer, Rüdiger Zimmermann, 2., erg. Aufl., Bonn 1986, S. 1-15.
- 5 Hans-Georg Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868-1914, Frankfurt a.M. 1994.
- 6 Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.
- 7 Vgl. Konrad Carl/Bruno Köbele (Hrsg.): Auf der Suche nach Solidarität. Eine Geschichte der Internationalen Bau- und Holzarbeiterbewegung, Köln 1993; Knut Johansson/Jan-Erik Norling: Wir bauen die Zukunft. 100 Jahre internationale Zusammenarbeit – Eine Chronik, hrsg. vom Internationalen Bund der Bau- und Holzarbeiter, Stockholm o.J. [1993].
- 8 Mit der Gründung der Industriegewerkschaft Bau im FDGB 1946 erfolgte eine parallele Gründung für die Sowjetische Besatzungszone; eingebunden in den zentralistischen FDGB und kontrolliert von der SED folgte diese Gewerkschaft doch anderen Organisationsfunktionen als die westlichen Gewerkschaften; zur Entwicklung und Funktion des FDGB vgl. Werner Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: Martin Broszat/Hermann Weber: SBZ Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, München 1990, S. 626-664; Hartmut Zimmermann: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund, in: DDR-Handbuch, Bd. 1, Bonn 1985, S. 459-473; Ulrich Gill: Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Theorie – Geschichte - Organisation – Funktion – Kritik, Opladen 1989. – Im Jahr 1951 schlossen sich die Industriegewerkschaft Bau und die Industriegewerkschaft Holz zur Industriegewerkschaft Bau-Holz zusammen.

angehörten und die 90 Jahre Geschichte und Entwicklung der Baugewerkschaften in Deutschland prägten, ging der Neugründung von 1949 voraus. Diese Entwicklung fand mit der Konstituierung der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden insofern einen vorläufigen Abschluss, als zwei Grundentscheidungen getroffen wurden, mit denen das Organisationsprinzip für die nächsten Jahrzehnte festgelegt wurde: das Industrieverbandsprinzip, dessen Durchsetzung im Baugewerbe mehr oder weniger seit dem ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts angestrebt worden war, und die politische und weltanschauliche Richtungen übergreifende Einheitsgewerkschaft.

Wie auch immer das Ergebnis dieser Entwicklung und dieses Konzentrationsprozesses aussieht, es war vielleicht über lange Zeit erstrebt oder erhofft und für die anstehenden Gewerkschaftsaufgaben als organisationsstrukturell notwendige Voraussetzung erachtet. Das Ergebnis selbst war jedoch nicht allein oder in erste Linie Resultat einer zielgerichteten Organisationspolitik, sondern wurde von einer Vielzahl politischer Rahmenbedingungen beeinflusst. So wurden die Organisationsentscheidungen nach 1945 nur möglich, weil ein Neuaufbau der Gewerkschaften erforderlich war, nachdem die Vorläuferorganisationen am 2. Mai 1933 zerschlagen worden waren – so die Freien Gewerkschaften – oder sich wie die Christlichen und liberalen Gewerkschaften am 3. Mai dem nationalsozialistischen "Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit", aus dem wenige Tage später die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) hervorging, unterworfen hatten. Ein Neuaufbau war auch deshalb möglich und notwendig, weil gelegentlich von deutschen Gewerkschaftern erwogene Pläne, die DAF für den Gewerkschaftsaufbau "übernehmen" zu können, sowohl von den alliierten Militärregierungen wie auch von maßgebenden Gewerkschaftern im Exil und in Deutschland abgelehnt wurden.

Die folgende Skizze zur Organisationsentwicklung der Baugewerkschaften kann die komplexe und facettenreiche Entwicklung der Vielzahl von Gewerkschaften, die seit den 1860er Jahren entstanden und "vergingen", nicht im Detail nachzeichnen. Sie kann auch nicht eine sozialhistorisch fundierte Darstellung der Entwicklung und Politik der Gewerkschaften im Baugewerbe bieten. Dafür fehlen, wie bemerkt, die Voraussetzungen. Der nachstehende Aufriss der Vereinigungen im Baugewerbe soll einen organisationsgeschichtlichen Überblick bieten für die nachfolgende Dokumentation der Vielzahl unterschiedlicher Publikationen, die von Baugewerkschaften im Verlauf von mehr als 100 Jahren hervorgebracht wurden.

Für die folgende Übersicht über die Gewerkschaftsentwicklung im Baugewerbe von den ersten Gründungsinitiativen gegen Ende der 1860er Jahre bis zum Neuaufbau und zur Reorganisation der Gewerkschaften nach dem Zweiten Weltkrieg mag eine einfache Periodisierung nützlich sein, die sich vor allem an den für die Entstehung und Entwicklung der Gewerkschaften sowie für die ihnen zugestandenen Handlungsspielräume maßgebenden politischen Rahmenbedingungen orientiert. (1) Als Gründungsphase gilt hier die Zeit von den 1860er Jahren bis zum Sozialistengesetz (1878), in der neben den sozialliberalen Gewerkschaften zahlreiche Gewerkschaften entstanden, die der sozialdemokratischen Bewegung nahestanden. Zur richtungsgewerkschaftlichen Differenzierung kam es in dieser Phase, auch wenn neben den sozi-

alliberalen und sozialdemokratischen Verbänden die christliche Arbeiterschaft noch in konfessionellen Arbeitervereinen zusammengefasst wurde und christliche Gewerkschaften erst in den 1890er Jahren gegründet wurden. Die mit dem Sozialistengesetz ermöglichten Verfolgungsmaßnahmen und Organisationsverbote bremsten diese Verbandsbildung für einige Jahre, ohne jedoch im Verlauf der rasch wachsenden Industrialisierung für die Arbeiterschaft das Interesse und die Notwendigkeit unabhängiger wirtschaftlicher Interessenvertretungen in Form von Gewerkschaften obsolet werden zu lassen. (2) Bereits in den 1880er Jahren setzte eine zweite Organisationsphase ein, die zu lokalen Fachvereinen, mehr oder weniger regelmäßig einberufenen nationalen Kongressen einzelner Berufsgruppen und gelegentlich bereits zur Bildung von nationalen Zentralverbänden führte und die insgesamt den Gewerkschaftsgedanken weitertrug. Nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes (1890) kam es dann auf breiter Ebene zu einer Vielzahl dauerhafter Gewerkschaftsgründungen. Gleichzeitig standen in dieser Phase, die bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs gelten soll, zwei grundlegende Organisationsentscheidungen an: zum einen die Entscheidung zwischen lokalistischem oder zentralistischem Organisationsmodell, zum anderen die Alternative zwischen einerseits der Beschränkung auf den Berufsverband, eng abgegrenzt gegenüber anderen Berufen sowie un- und angelernten Arbeitern (Berufsverbandsprinzip), und andererseits der Erweiterung des Organisationsbereichs auf Berufsgruppen, Branchen oder Industriezweige, was zu Berufsgruppen-Gewerkschaften oder sogar zu Industrieverbänden (Multiberufsverbände und Industrieverbandsprinzip) führen und die Differenzierung der Verbände nach Berufsstatus (gelernte/ungelernte Arbeiter) aufgeben würde. (3) Der Erste Weltkrieg stoppte die Expansion der Gewerkschaften, die zwar mit dem Hilfsdienstgesetz von 1916 staatliche Anerkennung fanden, aber durch Einberufungen, kriegsindustrielle Beschränkungen und eine häufig bis 1917 und 1918 vertretene Politik des „Burgfriedens“ organisatorisch und mitgliedermäßig enorm geschwächt wurden. Die Weimarer Republik brachte die politische und tarifpolitische Anerkennung der Gewerkschaften und erweiterte ihren gesellschaftlichen Handlungsspielraum enorm, doch belasteten politische und ökonomische Krisen ihre Entwicklung. Die Weltwirtschaftskrise und die politische Zersetzung der Weimarer Demokratie unterminierten die gewerkschaftliche Interessenvertretung, die sogenannte Machtergreifung des Nationalsozialismus beendete schließlich am 2. Mai 1933 die Existenz der Freien Gewerkschaften. Organisatorisch war diese Phase für die Gewerkschaften durch zwei Momente geprägt: die Auseinandersetzung mit der vor allem kommunistischen Opposition innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften, die phasenweise zu konkurrierenden Verbandsgründungen führte, sowie einen Konzentrationsprozess, der auf die Durchsetzung des Industrieverbandsprinzips gerichtet war, dies jedoch bis 1933 nicht erreichte. (4) Die Zeit des Nationalsozialismus unterbrach diese Entwicklung. Der "Untergang" des "Dritten Reichs" und das Ende des Zweiten Weltkriegs brachten den Freiraum für einen organisatorischen Neuanfang, der durch die Etablierung von Industrieverbänden, die Vermeidung statusgruppendifferenzierter Gewerkschaften (separate Arbeiter-, Angestellten- und Beamten-Gewerkschaften) und die Überwindung von Richtungsgewerkschaften durch die Gründung von Einheitsgewerkschaften gekennzeichnet war.



## *1. Gründungsphase*

Eine langanhaltende wirtschaftliche Aufschwungphase seit Anfang der 1850er Jahre, die in Deutschland der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zum Durchbruch verhalf, hatte in den 1860er Jahren „die schrittweise Lockerung der Koalitionsgesetze und die Liberalisierung der Behördenpraxis“<sup>9</sup> gebracht. Unter diesen Voraussetzungen wurden in den 1860er Jahren zahlreiche Gewerkschaften gegründet, die gegen Ende dieses Jahrzehnts von den konkurrierenden politischen Parteien der Arbeiterbewegung (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein, ADAV, Sozialdemokratische Arbeiterpartei, SDAP) und des sozialliberalen Bürgertums (Deutsche Fortschrittspartei, DFP; organisiert zunächst im Vereinstag/Verband Deutscher Arbeitervereine, VDAV, dann seit 1869 im Verband der deutschen Gewerksvereine, VDG) ‚adoptiert‘ wurden. – Die dritte weltanschaulich-politische Richtung, die christliche Arbeiterbewegung, verharrte organisatorisch zu diesem Zeitpunkt noch bei konfessionellen Gesellen- und Arbeitervereinen; erst in den 1890er Jahren, nachdem die Enzyklika Rerum Novarum Papst Leos XIII. den Weg geebnet hatte, kam es in Deutschland auch zur Gründung christlicher Gewerkschaften (siehe unten).

Gestützt auf bereits bestehende lokale Organisationen<sup>10</sup> entstanden vor allem seit 1868/69 Gewerkschaften mit dem Anspruch, als nationale Zentralverbände<sup>11</sup> zu gelten, die sich teils den zunächst dominierenden sozialliberalen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereinen zuordneten (siehe unten), teils dem lassalleanischen ADAV anschlossen oder den Sozialdemokraten um Bebel und Liebknecht (Eisenacher) anhingen (Schaubild 1). Parallele Verbandsbildungen im sozialdemokratischen Lager wie die 1869 gegründete Internationale Gewerksgenossenschaft der Maurer und Zimmerer und der ebenfalls 1869 entstandene Allgemeine Deutsche Maurerverein (1873 in Allgemeiner Maurer- und Steinhauerverein, 1874 in Allgemeiner Deutscher Maurer- und Steinhauerbund umbenannt) schlossen sich nach der Vereinigung von Lassalleanern und Eisenachern auf dem Gothaer Einigungsparteitag (23.-27.5.1875) – allerdings bereits unter erschwerten ökonomischen und politischen Bedingungen – zusammen und bildeten den kurzlebigen Allgemeinen Deutschen Maurer- und Steinhauerbund. Dem 1873 von verschiedenen bereits einige Jahre bestehenden lokalen Töpfer-Vereinigungen in Dresden gegründeten Allgemeinen deutschen Töpferverein einschließlich Deutsch-Österreich und der Schweiz gehörten beide sozialdemokratische Richtung an; die erste Generalversammlung (6.-8.7.1874 in Dresden) hatte daher einstimmig einen Anschluss an eine der beiden Richtungen abgelehnt und die Parteien zur Einigung aufgefordert.<sup>12</sup>

---

9 Vgl. Klaus Schönhoven: Die deutsche Gewerkschaften, Frankfurt a.M. 1987, S. 24–46, hier S. 29.

10 Vgl. exemplarisch für diese Entwicklung den Gründungsprozess des Allgemeinen deutschen Töpfervereins, Drunsel: Töpferbewegung, Berlin 1911, S. 37-46.

11 Die Bildung von Zentralverbänden mit zentralistischer Kassenführung und Mitgliederverwaltung war durch die bestehenden Vereinsgesetze, insbesondere die "Verordnung über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinigungsrechtes" vom 11. März 1850, die in § 8 Zusammenschlüsse lokaler politischer Vereinigungen untersagte, vorgeprägt, vgl. Gesetz-Sammlung für die königlichen Preußischen Staaten, 1850, Nr. 20, S. 277-283.

12 Vgl. Drunsel: Töpferbewegung, S. 48, 68 f.

Die zunehmende Repression nach dem Zusammenbruch des "Gründerbooms", aber auch die Folgen der seit 1873 einsetzenden Wirtschaftskrise beendeten die Existenz mancher Gewerkschaftsgründungen wie des Allgemeinen Deutschen Maurer- und Steinhauerbundes oder des Vereins der Steinmetzen Deutschlands noch vor dem Erlass des "Sozialistengesetzes".<sup>13</sup> Der Beginn der langanhaltenden wirtschaftlichen Depression (1873-1895) hatte eine Phase gesellschaftlicher Unsicherheit und Veränderungen eingeleitet.<sup>14</sup> Während in dieser Zeit der allmähliche politische Aufstieg der Sozialdemokratie begann, reagierte der Obrigkeitsstaat zunehmend mit Repressionen und polizeilichen Eingriffen. Auf der Grundlage restriktiver Vereinsgesetze und einer ebenso restriktiven Auslegung der Reichsgewerbeordnung (§§ 152, 153)<sup>15</sup> beschnitten Verbote lokaler Vereine und Gefängnisstrafen für Gewerkschaftsfunktionäre den Handlungsspielraum der Gewerkschaften.<sup>16</sup> Das "Sozialistengesetz" beendete die Existenz nahezu aller sozialdemokratisch orientierten Verbände.

So verzeichnete der erwähnte Allgemeine deutsche Töpferverband zwar aufgrund innerverbandlicher Schwäche und bedingt durch die ökonomische Krise seit 1873 Verluste an Mitgliedern und angeschlossenen Ortvereinen, doch erst die Hamburger Polizei schloss auf der Grundlage des Sozialistengesetzes am 28.10.1878 den Verband.<sup>17</sup>

Die Verbandsgeschichte der Zimmerer zwischen 1868 und 1878 mag dieses Spannungsfeld von Organisationsbildung und Repression exemplarisch verdeutlichen.<sup>18</sup> Neben dem lassalleanisch orientierten Allgemeinen deutschen Zimmererverein, der mit großem Zuspruch am 28.12.1868 gegründet wurde, erlangte die 1869 etablierte "Eisenacher" Konkurrenzorganisation, die Internationale Gewerksgenossenschaft der Maurer und Zimmerer, als Zimmererverband keine besondere Bedeutung. Der Allgemeine deutsche Zimmererverein löste sich bereits 1870 zugunsten der Überführung der Mitglieder in den berufsübergreifenden Arbeiter-Unterstützungsverein auf. Offensichtlich war in diesem Rahmen die berufliche und vor allem die wirtschaftliche Interessenvertretung der Zimmerleute nicht ausreichend gewährleistet, so dass sich zunächst lokale "Zimmerermitgliedschaften" bildeten und schließlich 1873 der Deutsche Zimmererbund in Berlin gegründet wurde. Die Aktivitäten dieses Verbandes führten unter den verschärften Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie (u.a. des Berliner Staatsanwalts Tessorff) wenige Monate nach der 2. Generalversammlung zur "vorläufigen Schließung des Deutschen Zimmererbundes" durch eine Verfügung des Königlichen Polizei-Präsidiums in Berlin vom 4.9.1874, der im folgenden Strafverfahren am 18.3.1875 die

---

13 Vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 296; Keßler: Steinarbeiter, S. 101 f., der resümiert: "Vom Jahr 1875 ab war also der 'Verein der Steinmetzen Deutschlands' als zerfallen zu betrachten", auch wenn erst das Sozialistengesetz "die letzten Spuren der Organisation der Steinmetzen" hinwegschwemmte.

14 Vgl. z. B. Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, 3. Band: Von der "Deutschen Doppelrevolution" bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914, München 1995, S. 547-595.

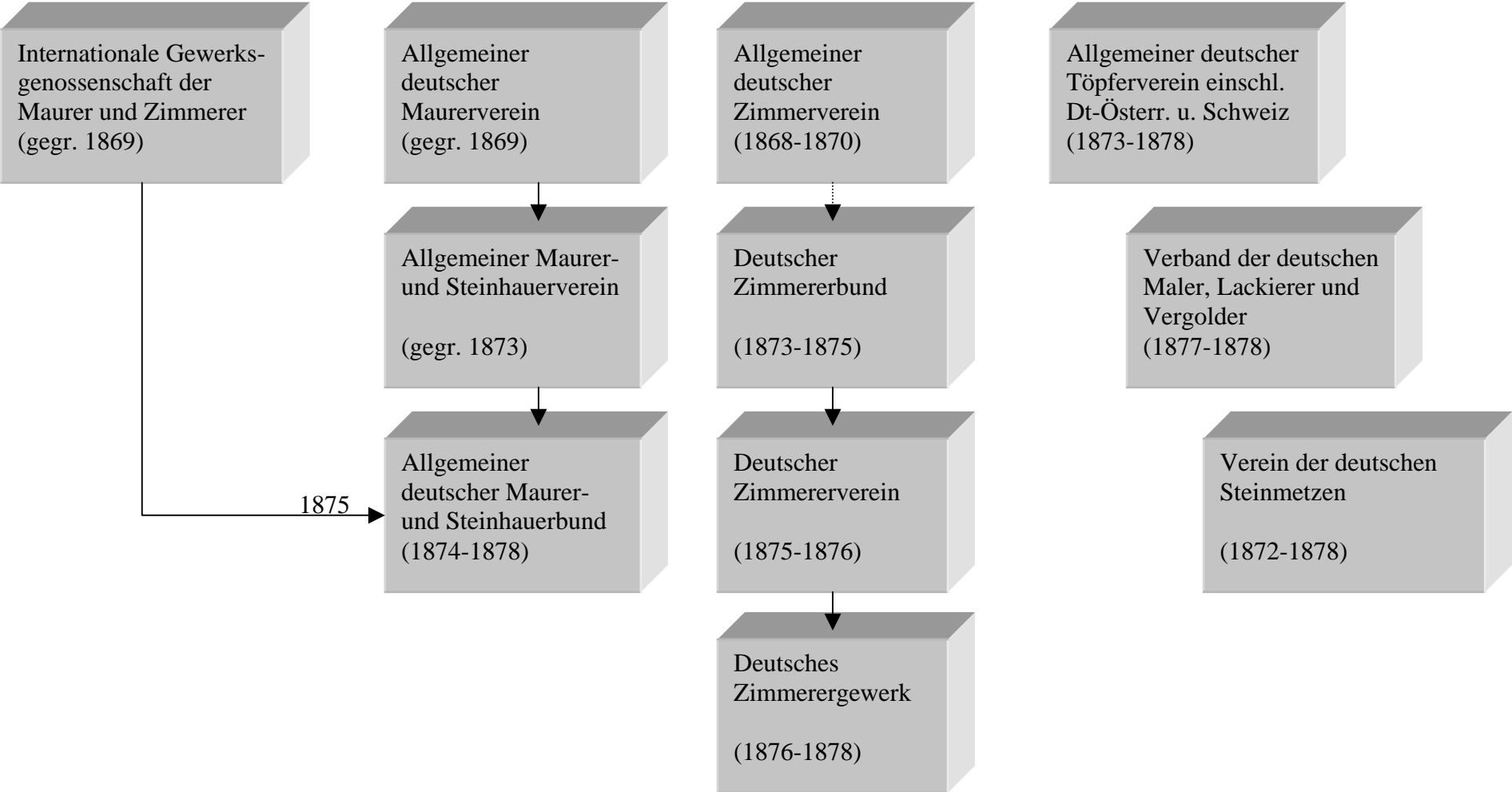
15 Vgl. Bundes-Gesetzblatt des Norddeutschen Bundes: 1869, Nr. 26, S. 245-282, hier S. 281.

16 Vgl. die Übersicht in Anders: Stein für Stein, S. 75-98.

17 Vgl. Drunsel: Töpferbewegung, S. 95.

18 Vgl. auch zum folgenden Bringmann: Zimmerer-Bewegung, 2. Bd.

**Schaubild 1: (sozialdemokratische) Gewerkschaften im Baugewerbe 1868-1878**



Quelle: Karl-Gustav Werner: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968, Übersicht zw. S. 186 u. 1987.

endgültige Schließung folgte.<sup>19</sup> Der Versuch, mit der Gründung des Deutschen Zimmerervereins am 6.6.1875 in Berlin – die 1. Generalversammlung fand am 13. und 14.7.1875 in Hamburg statt – eine Ersatzorganisation zu schaffen (und in diesem Verband zugleich die beiden sozialdemokratischen Gewerkschaftsrichtungen zu vereinigen), glückte nur für wenige Monate. Bereits am 24.5.1876 wurde wiederum von der Berliner Polizei die Schließung des Verbandes verfügt, die allerdings nur die 52 preußischen Orte, in denen Zimmerer dem Verein angeschlossen waren, betraf. Da eine endgültige Schließung des Deutschen Zimmerervereins befürchtet wurde, wurde präventiv auf dessen 2. Generalversammlung in Hamburg die Bildung eines Ersatzverbandes vorbereitet: das Deutsche Zimmerergewerk wurde noch im Juni 1876 gegründet. Mit Bezug auf das Sozialistengesetz vom 21.10.1878 wurde das Deutsche Zimmerergewerk am 28.10.1878 verboten.

Die Gewerkschaftsbildung – nicht nur im Baugewerbe – führte trotz der Einrichtung von Zentralverbänden nur ansatzweise zu organisatorisch gefestigten Verbänden. Der Grad ihrer Institutionalisierung blieb sehr gering: Es war den Gewerkschaften kaum möglich, hauptamtliche Angestellte zu beschäftigen, und nur wenige der erwähnten Verbände (Maurer: Grundstein, Zimmerer: Pionier) verfügten über verbandsgebundene Publikationsorgane. In den wenigen Jahren des Bestehens zwischen 1868/69 und dem Sozialistengesetz konnte sich keine tiefgehende Verbandsloyalität der Mitglieder und der lokalen Vereinigungen herausbilden. Die Organisationsentwicklung wurde in dieser ersten Gründungsphase zweifellos durch das Sozialistengesetz gestoppt. Allerdings schwächten bereits vorher einsetzende obrigkeitsstaatliche Repressionen vor allem, aber nicht allein in Preußen die Gewerkschaften. Dazu trugen allerdings auch neben der schwankenden Mitgliederloyalität organisatorische Defizite und der seit Beginn der Wirtschaftskrise abnehmende Handlungs- und Verhandlungsspielraum für eine lohn- und arbeitszeitpolitische Interessenvertretung bei.

### *Liberales (Hirsch-Dunckersche) Gewerkschaften im Baugewerbe*

Auch die Vertreter des sozial engagierten Liberalismus – repräsentiert durch Max Hirsch und Franz Duncker – sahen sich angesichts zahlreicher gewerkschaftlicher Gründungsinitiativen der 1860er Jahre und angesichts der Bestrebungen der sozialdemokratischen Richtungen, diese Entwicklung parteipolitisch zu 'adoptieren', veranlasst, die Gründung von Gewerkschaften – mit der Bezeichnung "Gewerkvereine" – zu betreiben. Das bislang vom bürgerlichen Liberalismus vertretene Modell eines individuellen Aufstiegs als Selbsthilfeprogramm, "das an Fleiß und Sparsamkeit appellierte, zur Genossenschaftsbildung ermunterte und der leistungsorientierten Arbeiterelite verhieß, eine Verbesserung ihrer beruflichen und allgemeinen Bildung werde ihr schließlich die gesellschaftliche Gleichberechtigung und politische Mündigkeit einbringen"<sup>20</sup>, wurde pragmatisch abgelöst durch ein kollektives Organisationsziel. In Abgrenzung zur "klassenkämpferisch-sozialrevolutionären" Rhetorik der sozialdemokratischen Richtungen verfolgte die sozialliberale Bewegung "den Kurs innerkapitalistischer, aber

---

19 Bringmann: Zimmerer-Bewegung, S. 82, 94.

20 Klaus Schönhoven: Die deutschen Gewerkschaften, Frankfurt a. M. 1987, S. 26.

entschiedener, systemkorrigierender Sozialreform".<sup>21</sup> Diese sozialliberale Reformkonzeption bediente die Partizipationserwartungen vor allem handwerklich ausgebildeter Facharbeiter, die sich zunächst überwiegend gewerkschaftlich organisierten und neben den günstigen Konjunkturbedingungen der 1860er Jahren dazu beitrugen, dass die liberaldemokratisch orientierten Gewerkvereine bis Anfang der 1870er Jahre zur mitgliederstärksten Richtung wurden.<sup>22</sup> Nachhaltig geschwächt wurde die Position der Gewerkvereine durch frühe Niederlagen im Waldenburger Bergarbeiterstreik (1869/70) und im Textilarbeiterstreik in Forst/Niederlausitz (1870), durch Mitgliedereinbußen infolge von Einberufungen zu Beginn des Deutsch-Französischen Krieges (1870/71), vor allem aber durch den konjunkturellen Einbruch, der ab 1873 die "Große Depression" einleitete. Gegenüber der damit verbundenen Verschärfung des sozialen Konflikts schienen die sozialliberale Konzeption partnerschaftlicher Konfliktlösung und das gesellschaftliche wie politische Partizipationsversprechen keine adäquate Handlungsperspektive mehr zu bieten. Ulrich Engelhardt resümiert daher: "Ernstlich wurde das liberaldemokratische Konzept kompromissbereiter (aber nicht konfliktscheuer!) Interessenvertretung erst durch die Verschärfung des sozialen Konflikts während der sog. Großen Depression nach 1873 infragegestellt."<sup>23</sup>

Im Baugewerbe entstanden seit Dezember 1868 fünf Gewerkvereine, die jeweils über lokale Vereinsgründungen hinausgehend als nationale Zentralorganisationen gegründet wurden (vgl. Schaubild 2). Noch in der ersten Gründungsphase zog sich der 1872 gegründete Gewerkverein der Steinmetzen vom Verein Deutscher Gewerkvereine (VDG) zurück und verdeutlicht die zu dieser Zeit bei vielen Gewerkschaften nur gering ausgeprägte richtungspolitische Bindung.<sup>24</sup> Aufgrund der geringen Zahl von Mitgliedern, die die liberalen Gewerkschaften im Baugewerbe organisieren konnten (vgl. Tabelle 1), setzte sich hier meist von Beginn an die "Berufsgruppe" als organisatorisches Strukturprinzip für die Gewerkvereine durch.

Obwohl das Baugewerbe zu den Industriezweigen mit einem insgesamt hohen Organisationsgrad zählte, konnten sich die liberalen Gewerkvereine nur als mitgliederschwache Verbände etablieren. Sie konnten bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs – abgesehen vielleicht vom Gewerkverein der Töpfer – bestenfalls vorübergehende Organisationserfolge aufweisen, blieben insgesamt jedoch organisatorisch bedeutungslos. Nach dem Ersten Weltkrieg zählte als selbständiger Verband nur noch der Gewerkverein der Maler, Lackierer, Anstreicher und graphischen Berufe Deutschlands zum VDG.<sup>25</sup>

---

21 Ulrich Engelhardt: Die Anfänge der deutschen Arbeitskämpfe für die Entstehung der deutschen Gewerkschaften, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 9-23, hier S. 21.

22 Vgl. ebd.; Fleck: Sozialliberalismus, S. 60.

23 Engelhardt: Anfänge der deutschen Arbeitskämpfe, S. 22.

24 Vgl. Keßler: Steinarbeiter, S. 97.

25 Vgl. Jahrbuch der Berufsverbände im Deutschen Reich, hrsg. von der Reichsarbeitsverwaltung, Ausgabe 1925 (= 30. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt), Berlin 1925, S. 126. – Im Jahr 1921 zählte der Gewerkverein 1.224 Mitglieder in 13 Ortsvereinen.

Die Gewerkvereine der Maurer und der Zimmerleute konnten in der Gründungsphase "ein relativ dichtes Netz von Ortsvereinen in Mittel- und Ostdeutschland aufbauen, doch ging diese Position schon in den frühen 1870er Jahren verloren".<sup>26</sup> Die sozialliberalen Gewerkvereine konnten außerhalb großer Städte kaum Mitglieder im Baugewerbe rekrutieren, da sich hier noch sehr traditionelle, vorindustrielle Abhängigkeitsverhältnisse erhalten hatten, die für neue Formen der Interessenvertretung kaum Raum ließen. Hingegen bot das sozialpartnerschaftliche Kooperationsmodell der liberalen Gewerkvereine in den eher durch große Betriebe und Baustellen geprägten Städten und unter den Bedingungen verschärfter sozialer Konflikte mit Beginn der Großen Depression keine erfolgversprechende Interessenvertretung im Vergleich zu konfliktorischen Strategien sozialdemokratischer Gewerkschaften oder (spontanen) lokalen Vereinigungen.

**Tabelle 1: Mitgliederentwicklung der liberalen (Hirsch-Dunckerschen) Gewerkvereine (1869-1913)**

Gewerkverein Jahr	GV der Maurer u. Steinhauer/Bauhandwerker*	GV der Zimmerleute und Berufsgenossen*	GV der Töpfer und Berufsgenossen	GV der Maler, Coloristen, Lithographen ...
1869	2.719	305	120	274
1872	2.049	472	266	289
1878	1.210	432	43	1.058
1882	866	320	159	952
1886	1.481	495	471	1.484
1890	1.833		877	1.408
1895	1.629		1.021	1.918
1900	1.698		1.479	1.950
1905	1.278		1.744	2.075
1910	850		1.608	1.245
1913	1.200		1.386	1.150

Quelle: Fleck: Sozialliberalismus, S. 728, Tab. II.

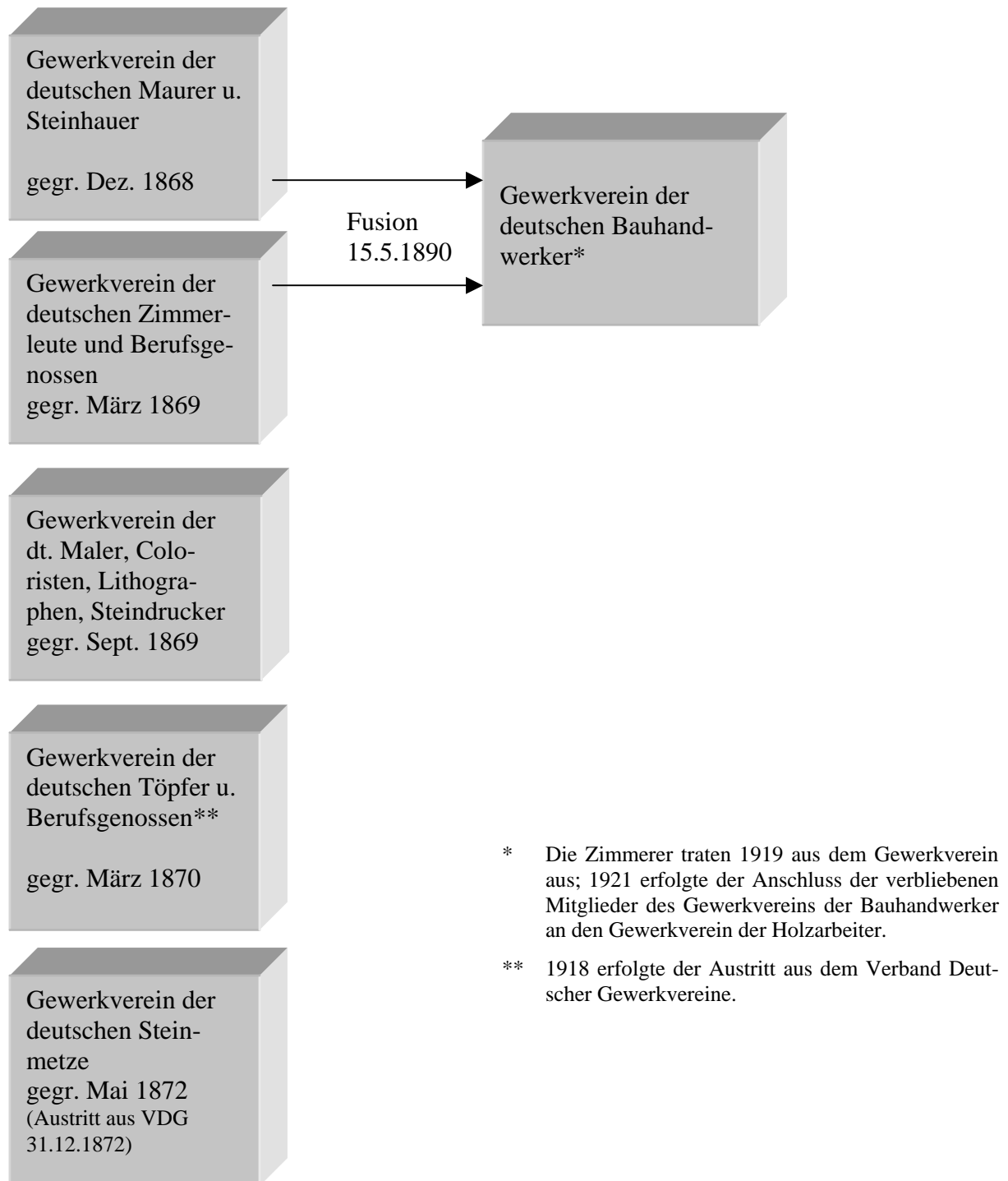
\* 1890 schloss sich der Gewerkverein der deutschen Maurer und Steinhauer mit dem Gewerkverein der deutschen Zimmerleute und Berufsgenossen zum Gewerkverein der deutschen Bauhandwerker zusammen.

Der lange vorbereitete Zusammenschluss der Gewerkvereine der Maurer und der Zimmerleute im Mai 1890 zum Gewerkverein der deutschen Bauhandwerker reagierte auf die organisatorische und Mitgliederschwäche beider Gewerkschaften, er konnte jedoch die insgesamt abnehmende Bedeutung der Gewerkvereine im Bauhandwerk nicht aufhalten.<sup>27</sup>

<sup>26</sup> Fleck: Sozialliberalismus, S. 320.

<sup>27</sup> Vgl. ebd., S. 321, 339.

## Schaubild 2: Liberale (Hirsch-Dunckersche) Gewerkvereine im Baugewerbe (seit 1868)



Quelle: Hans-Georg Fleck: Sozialliberalismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine 1868-1914, Frankfurt a.M. 1994, S. 725 ff., Tab. I; Wolfgang Schröder/Peter Haferstroh: Verband der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) (VDG) 1869-1933, in: Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahr 1945, hrsg. von Dieter Fricke u.a., Bd. II, Leipzig 1970, S. 648-710, hier S. 685; Karl-Gustav Werner: Organisationen und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968, zw. S. 186/187.

## **2. Gewerkschaftsentwicklung seit Anfang der 1880er Jahre**

Eine "Phase der 'milden Praxis' in der Handhabung des Sozialistengesetzes" begünstigte die Reorganisation und Neugründung von Gewerkschaften seit Anfang der 1880er Jahre, während die wohlfahrtsstaatlichen Verheißungen der Kaiserlichen Botschaft von 1881 als Element einer "aus politischer Repression und sozialer Fürsorge, aus Klassenjustiz und Patriarchalismus geformten Eindämmungsstrategie (...) die gewerkschaftliche Emanzipationsbewegung nicht aufhalten" konnten.<sup>28</sup> Begünstigt wurden diese Gewerkschaftsgründungen auch durch eine allmähliche wirtschaftliche Besserung, die bis 1895, als endlich eine anhaltende ökonomische Aufschwungphase einsetzte, als alternierende Folge von "Erholungsphasen (1879-1882; 1887-1890) und Stockungsphasen (1882-1886; 1891-1894)" verlief.<sup>29</sup> Bis Mitte der 1890er Jahre hemmte dieser Wechsel der Wirtschaftslage den Aufbau und Fortschritt der neuen Gewerkschaften.

Die Neugründung von Gewerkschaften im Baugewerbe erfolgte seit 1881 in Form lokaler Fachvereine. Beispielsweise bildeten sich Maurervereinigungen in Berlin (1881) und Hamburg (1882), denen Organisationsgründungen in anderen Städten bald folgten<sup>30</sup>; Töpfer-Fachvereine entstanden in Hamburg (1883), Berlin (1882), Dresden und Felten (1883) sowie an weiteren Orten.<sup>31</sup> Gleichfalls in Form von Fachvereinen, die seit 1883 zunächst in Berlin, Hamburg und Dresden entstanden, setzte die Reorganisation der Steinmetzen ein, durch personelle Kontinuität mit den Erfahrungen der 1860er/70er Jahren verbunden.<sup>32</sup> Mit der Beschränkung auf lokale Fachvereine sollte behördlichen Verboten und Vereinsauflösungen die Grundlage entzogen werden. Ergänzt wurde dieser Weg der Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung durch die Bildung zentraler Krankenkassen. Diese sollten, wie Adam Drunsel für die Töpferbewegung feststellte, "mehr Mittel zum Zweck sein (...). Es musste eben den sozialistengesetzlichen Zeiten Rechnung getragen und die Krankenkasse als Deckmantel genommen werden".<sup>33</sup> Zentral-Kranken- und Sterbekassen hatten u.a. die Maurer (1878), Töpfer (1884) und Zimmerleute (1877) eingerichtet.

Die lokale Wiederbelebung der Berufsgewerkschaften durch Fachvereine war bereits im Verlauf der 1880er Jahren von dem Bemühen begleitet, überörtliche Strukturen für den Informationsaustausch und gegebenenfalls für Koordinationsaufgaben (z.B. bei Arbeitskämpfen) zu schaffen. Neben den zentralen Krankenkassen dienten dazu Verbandszeitungen wie *Der Bauhandwerker der Maurer* oder die *Allgemeine Dachdecker-Zeitung* und insbesondere Kongres-

---

28 Schönhoven: Gewerkschaften, S. 48.

29 Ebd., S. 52.

30 Am 19. Juni 1881 wurde der "Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer" gegründet, am 10. August 1882 der "Fachverein der Maurer in Hamburg"; im Jahr 1882 erfolgten Vereinsgründungen in Bremerhaven, Doberan, Eutin, Flensburg, Köslin, Nienburg a.d. Saale und Olvenstedt, im folgenden Jahr in den Großstädten Dresden, Leipzig, München und Stuttgart sowie an weiteren Orten, vgl. Fritz Paeplow: *Bauarbeiterbewegung*, S. 300 f.

31 Vgl. Drunsel: *Töpferbewegung*, S. 98 ff.

32 Keßler: *Steinarbeiter*, S. 103.

33 Ebd., S. 102; eine ähnliche Funktion der Zentralkranken- und Sterbekasse wurde auch für die Bewegung der Dachdecker kolportiert, vgl. Thomas: *Gedenkbuch*, S. 250.



se, die beispielsweise für die Maurer von 1884 bis zur Entscheidung über die Bildung eines Zentralverbandes auf dem 8. Kongress im Mai 1891 jährlich stattfanden.<sup>34</sup>

**Tabelle 2: Gründung von Zentralverbänden im Baugewerbe (1883-1906)**

Zentralverbände	Gründungsjahr
Verband der deutschen Zimmerleute	1883
Verband der Maler u. verw. Berufsgenossen Deutschlands	1884
Verband der Steinmetzen Deutschlands	1884
Centralverband der vereinigten Steinsetzer-Gesellschaft in Deutschland	1886
Verband der deutschen Ziegeleiarbeiter u. Arbeiterinnen sowie verw. Berufsgenossen u. Genossinnen	1889
Verband der vereinigten Dachdeckergesellen Deutschlands	1889
Zentralverband der Maurer Deutschlands	1891
Verband deutscher Bauarbeiter u. Berufsgenossen	1891
Zentralverband der Stukkateure, Gipsler u. verw. Berufsgenossen	1892
Allgemeiner Unterstützungsverein der Töpfer u. Berufsgenossen Deutschlands	1892
Verband der Glasergesellen Deutschlands	1895
Zentralverband der Asphalteure Deutschlands	1904
Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands	1906

Der nächste Schritt zur Etablierung dauerhafter Organisationsstrukturen war die teils vor, teils nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes (1890) getroffene Entscheidung, einen Zentralverband in Form einer Berufsgewerkschaft zu gründen. Für den Bereich des Baugewerbes verdeutlicht die Tabelle 2 diesen Gründungsprozess, der überwiegend in den 1880er und 1890er Jahren und für einige neue Berufsfelder (Isolierer, Asphalteure) erst nach der Jahrhundertwende erfolgte, aber nicht immer bereits mit dem ersten Gründungsakt zu dauerhaften Gewerkschaften führte.

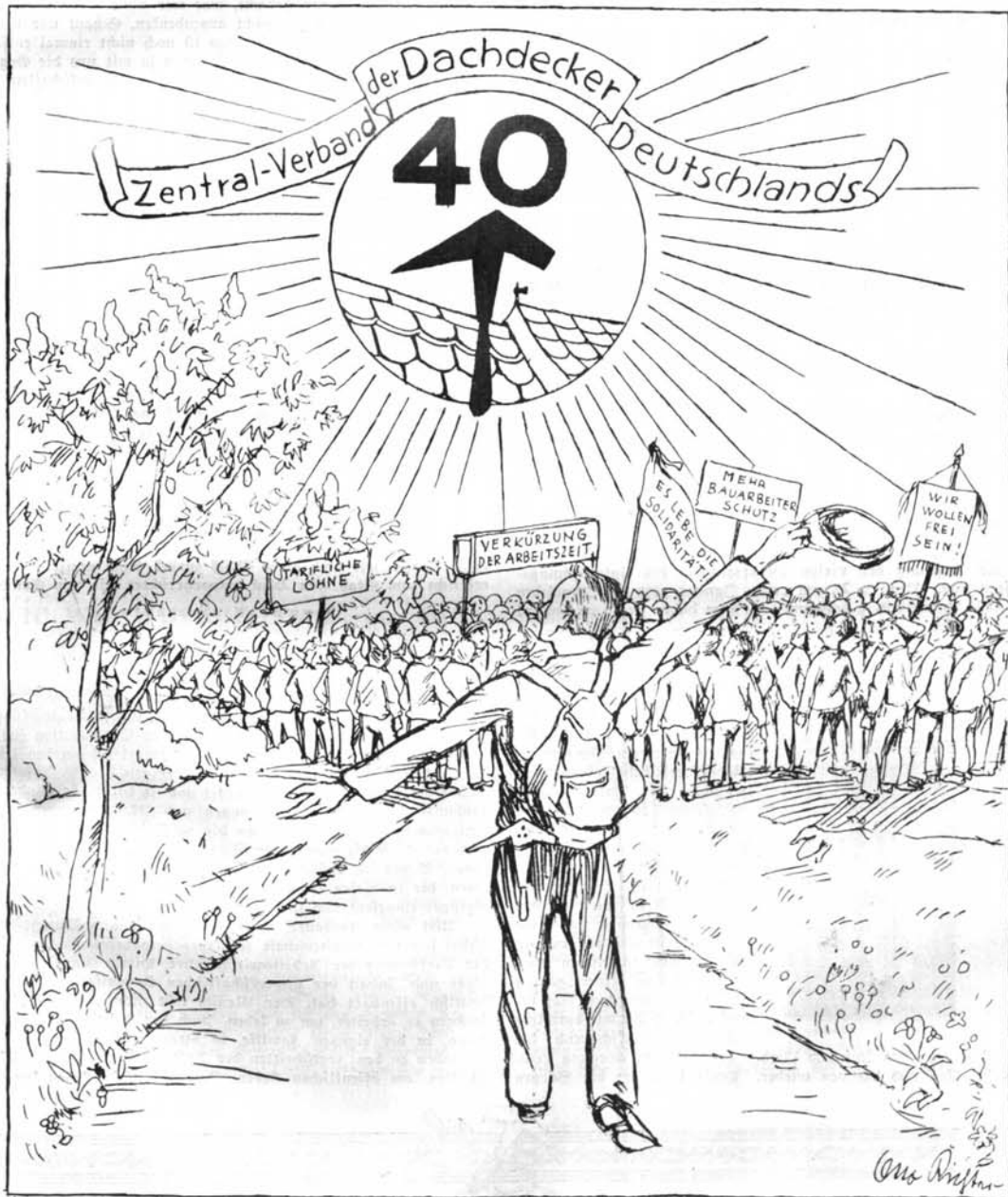
---

34 Neben den Maurern führten Kongresse die Bauarbeitsleute/Bau(hilfs)arbeiter (jeweils seit 1889), die Töpfer (1884), die Maler (1884), die Zimmerleute (1883) und die Dachdecker (1889) durch.

# Dachdecker-Zeitung

Festnummer zum 40jähr. Bestehen v. Verb.

Nr. 29 Frankfurt, M. 21. Juli 1929 36 Jahrg.



*Organisatorische Grundsatzentscheidungen der Gewerkschaften in den 1890er Jahren:  
Lokalismus/Zentralismus, Berufsverbände*

Mit der Reorganisation der Gewerkschaften seit den 1880er Jahren standen zwei organisationalpolitische Grundsatzentscheidungen an: zum einen die Option zwischen zentralistischer oder lokalistischer Organisationsform<sup>35</sup>, zum anderen die Festlegung des fachlichen Zuschnitts der Verbände entweder in enger Bindung an handwerklich geprägte Berufe (Berufsverband) oder erweitert auf zusammenhängende Berufsgruppen bis hin zu ganzen Industriezweigen (Berufsgruppen und Industrieverband). Da reine Berufsverbände nur gelernte Facharbeiter aufnahmen, bedeutete die Option für den Berufsverband eine separate Organisation von un- und angelernte Arbeitern.

Die Gründung von Zentralverbänden in den verschiedenen Berufszweigen im Baugewerbe bedeutete in den 1880er/1890er Jahren keineswegs eine unbestrittene Entscheidung gegen das lokalistische Organisationsprinzip. Denn lokalistische Gruppen hatten einen "starken Rückhalt (...) vor allem im Baugewerbe, in dem der Mechanisierungsgrad gering war und kleinbetrieblich strukturierte Unternehmen den Markt beherrschten. Hinzu kamen eine Reihe von Spezialberufen mit niedrigen Beschäftigtenzahlen (...), die sich auf bestimmte Gebiete konzentrierten und deren Lohn- und Arbeitsbedingungen somit fast ausschließlich von örtlichen Gegebenheiten abhingen."<sup>36</sup>

Verzögernd und konkurrierend beeinflussten lokalistische Fachverbände die Bildung der Maurergewerkschaft. Mit der Gründung von örtlichen Fachvereinen in den 1880er Jahren wurde zum Teil eine "lokalistische" Organisationskonzeption verfolgt. Die gewerkschaftliche Interessenvertretung verband sich eng mit politischen Ambitionen, während der Aufbau überörtlicher Strukturen wegen der Verbotsgefahr abgelehnt wurde. Gegen diese "lokalistische" Konzeption, für die u.a. Vertreter des Berliner Fachverbandes eintraten, versuchten Repräsentanten des Hamburger Fachvereins bereits mit der Einberufung des 1. Kongresses der Maurer Deutschlands, der am 28. und 29. April 1884 in Berlin stattfand, die Gründung eines Zentralverbandes zu propagieren. Als Hauptaufgaben des Zentralverbandes wurden die Einführung einer Reiseunterstützung und der Abschluss von Lohn- und Arbeitszeittarifen vorgeschlagen.<sup>37</sup> Für die Gründung eines Zentralverbandes konnte weder auf dem ersten Kongress noch auf den jährlich folgenden Kongressen bis 1888 eine Mehrheit gewonnen werden. Dennoch erfolgten erste Schritte in Richtung einer Zentralisierung durch die Herausgabe eines vierzehntäglich erscheinenden Nachrichtenblattes ("Der Bauhandwerker") und – mit Beschluss des 2. Maurer-Kongresses (1885) – durch die Einrichtung permanenter Gremien: einer Kon-

---

35 Der Konflikt zwischen Zentralisten und Lokalisten berührte grundsätzliche konzeptionelle und programmatische Fragen über den Aufbau der Gewerkschaften (Repräsentation der Mitglieder, innerverbandliche Demokratie) sowie über Funktion und Inhalte gewerkschaftlicher Interessenvertretung (wirtschaftliche oder wirtschaftliche und politische Interessenvertretung), vgl. Schönhoven: Gewerkschaften, S. 62, 64; grundlegend Dirk H. Müller: Gewerkschaftliche Versammlungsdemokratie und Arbeiterdelegierte vor 1918. Ein Beitrag zur Geschichte des Lokalismus, des Syndikalismus und der entstehenden Rätebewegung, Berlin 1985.

36 Schönhoven: Gewerkschaften, S. 63.

37 Vgl. Werner: Organisation und Politik, S. 23 f.

trollkommission (später: Agitationskommission) mit Sitz in Hamburg, der rudimentäre Organisationsaufgaben übertragen wurden<sup>38</sup>, und der in Berlin ansässigen "Preßkommission", die für die Herausgabe des "Bauhandwerkers" verantwortlich war. Aber erst die organisatorische Spaltung der Maurerbewegung (1887)<sup>39</sup> öffnete seit 1888/89 den Weg, das zentralistische Organisationsmodell in der Maurer-Bewegung durchzusetzen. In diese Richtung zielten die Ersetzung der Agitationskommission durch eine Geschäftsleitung (1889), die auch den "Grundstein" herausgab (das Nachfolgeblatt des "Bauhandwerkers" bzw. des "Neuen Bauhandwerks", die 1886 bzw. 1888 verboten wurden), und die schon vom 4. Maurer-Kongress 1888 beschlossene Zentralisierung der Streikunterstützung in Händen der Agitationskommission, deren Zustimmung zu Kampfmaßnahmen als Voraussetzung für Unterstützungsleistungen erforderlich war.<sup>40</sup> Förderlich für die Entscheidung des 8. Maurer-Kongresses im Mai 1891, einen Zentral-Verband der Maurer Deutschlands zu gründen, waren das Auslaufen des Sozialistengesetzes am 30.9.1890 und die Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im November 1890.

Als Zweck des Maurerverbandes hatte der Gründungskongress in § 1 der Statuten festgeschrieben: "die allseitige Vertretung der wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder, mit Ausschluß aller politischen und religiösen Fragen; er dient zur Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen auf gesetzlichem Wege nach Maßgabe des § 152 der Reichsgewerbeordnung".<sup>41</sup> Diese Formulierung war von den restriktiven Vereinsgesetzen und der repressiven polizeilichen und gerichtlichen Auslegung der Koalitionsfreiheit ebenso bestimmt wie von der akzeptierten "Arbeitsteilung" mit der Sozialdemokratischen Partei. Es bedeutete eine explizite Absage an die lokalistischen Fachvereine, die noch "in den achtziger Jahren vielfach das Rückgrat der Gewerkschaften gebildet hatten"<sup>42</sup>, zugunsten des zentralistischen Organisationskonzepts.

Bei der Einengung der Gewerkschaftstätigkeit auf die wirtschaftliche Interessenvertretung und eine Verbandsstruktur, die die Autonomie der lokalen Organisationseinheiten nachhaltig beschnitt, indem eine starke Hierarchisierung begünstigt, eine Machtkonzentration und Res-

---

38 Die Befugnisse der Kontrollkommission wurden auf dem Maurer-Kongress von 1885 wie folgt festgelegt: "Die Kommission ist ermächtigt, in allen den 'Bauhandwerker' betreffenden Fragen, als: Titel, Schreibweise, Verlegung desselben usw., alle Beschwerden gegen denselben zu regeln und nach Gutdünken im Interesse der Maurer Deutschlands zu verfahren sowie Arbeitseinstellungen, Wanderunterstützung, Agitation, Organisation, als auch alle den Kongreß der Maurer Deutschlands betreffende Fragen in die Hand zu nehmen und durchzuführen", zitiert nach: Willy Albrecht: Fachverein – Berufsgewerkschaft – Zentralverband. Organisationsprobleme der deutschen Gewerkschaften 1870-1890, Bonn 1982, S. 409. – Einfluss und Kontrolle gegenüber der Berliner "Preßkommission" und dem "Bauhandwerker" vermochte die Hamburger Kontrollkommission nicht durchzusetzen, und für die weiteren Aufgaben standen ihr keine hinreichenden Ressourcen zur Verfügung.

39 Das polizeiliche Verbot des Berliner Maurer-Fachvereins, des "Bauhandwerker" und der "Preßkommission" hatte die lokalistische Position geschwächt; die Herausgabe des "Neuen Bauhandwerkers" (seit 1888: "Der Grundstein") als Maurer-Zeitung durch die Hamburger Agitationskommission verschärfte indes den Konflikt zwischen Lokalisten und Zentralisten und spaltete die Maurerbewegung 1887 organisatorisch.

40 Vgl. Der Grundstein, 2. Jg., 12.1.1889.

41 Statut des Zentralverbandes der Maurer Deutschland, abgedruckt in: Paeplow: Organisation der Maurer, S. 226-233, Zitat S. 226.

42 Schönhoven: Gewerkschaften, S. 63.

sourcenverfügung beim zentralen Vorstand angesiedelt und basisdemokratische Strukturen der Willensbildung demontiert wurden, konnten die Zentralisten nicht auf eine konfliktlose Eingliederung bislang autonomer lokaler Fachvereine in den Zentralverband der Maurer hoffen. Die beeindruckende Mehrheit von 93 von 101 Delegierten, die auf dem 8. Maurer-Kongress in Gotha 1891 für die Gründung des Zentralverbandes votierte, täuschte über die starke Opposition in einer Vielzahl von Fachverbänden hinweg. Dem Zentralverband hatten sich im ersten Jahr nur 118 Maurer-Fachvereine mit 10.215 Mitgliedern von insgesamt 295 erfassten lokalen Vereinen (1890/91) mit zusammen 33.447 Mitgliedern angeschlossen<sup>43</sup>, während sich die lokalistische Opposition bereits im Juni 1891 mit einer eigenen Konferenz in Berlin organisierte.<sup>44</sup> Bis Ende des Jahrhunderts konnten die Lokalisten, nicht selten unterstützt von den gewerkschaftsskeptischen Sozialdemokraten, einen beachtlichen Einfluss bewahren. Auch wenn das eigentliche Zentrum der Bewegung in Berlin lag<sup>45</sup>, konnten sie an verschiedenen Orten (Braunschweig, Halle, Königsberg) "über mehrere Jahre die Konstituierung einer Verbandsmitgliedschaft" verhindern.<sup>46</sup> Mit zunehmendem Organisationserfolg des Zentralverbandes seit Mitte der 1890er Jahre, als eine langfristige konjunkturelle Aufschwungphase einsetzte, verloren die lokalistischen Fachverbände, die sich in der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands zusammengeschlossen hatten, rasch an Bedeutung. Zur anfänglichen Organisationsschwäche des Zentralverbandes der Maurer hatte beigetragen, dass seine Gründung in eine Phase wirtschaftlichen Abschwungs fiel, die zu erheblichen Einschränkungen der Bautätigkeit führte und eine wirtschaftliche Interessenvertretung kaum zuließ. Die Stagnation der Mitgliederentwicklung kennzeichnete die ersten Verbandsjahre (vgl. Tabelle 3).

**Tabelle 3: Mitglieder und Zentralstellen des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands (1891-1895 ; Jahresende)**

Jahr	Mitglieder	Zahlstellen
1891	12.523	129
1892	11.842	159
1893	10.349	163
1894	11.736	187
1895	15.600	235

Quelle: Fritz Paepow: Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes, Berlin o.J. [1932], S. 446.

Dass auch bei den Dachdeckern – wie bei anderen Berufsgruppen im Baugewerbe (Zimmerer, Töpfer, Fliesenleger, Steinmetzen bzw. Steinarbeiter) – der "Gedanke der Lokalvereine" eine

43 Ebd., S. 234.

44 Vgl. Müller: Versammlungsdemokratie, S. 55 f.

45 Dauer und Intensität des Konfliktes hat Müller: Versammlungsdemokratie, S. 58-73, am Beispiel der Tarifbewegungen in der Berliner Mauerer zwischen 1895 und 1899 ausführlich dargestellt.

46 Albrecht: Fachverein, S. 425.

"starke Anhängerschaft hatte, die unter uns noch bis zum vierten Verbandstag 1897 nachklang, dann erst nach und nach zum Stillstand kam", darauf verwies noch Theodor Thomas 1929 in seinem "Gedenkbuch".<sup>47</sup>

Der konstituierende Kongress des Zentralverbandes der Maurer hatte als Organisationsprinzip den Berufsverband festgelegt. Für eine eng gefasste Berufsdefinition und gegen eine gemeinsame Organisation mit un- und angelernten Bau(hilfs)arbeitern hatten sich zu dieser Zeit alle Verbandsgründungen im Baugewerbe entschieden. Geleitet war die Entscheidung für den Berufsverband, abgesehen vom Standesdünkel gelernter Gesellen und Facharbeiter, von den Organisations- und Disziplinproblemen der nur schwer gewerkschaftlich zu erfassenden Bauhilfsarbeiter. Die Beschränkung der Mitgliedschaft der Berufsverbände auf gelernte Facharbeiter zwang zur Gründung des Verbandes deutscher Bauarbeiter u. Berufsgenossen im Jahr 1891, der jedoch in den nächsten zwei Jahrzehnten die mitgliederstrukturellen Organisationsprobleme alleine nicht zu lösen im Stande war.

Die langanhaltende, wenn auch nicht ununterbrochene Konjunkturphase seit 1895 und die industrielle Expansion begünstigten in den folgenden eineinhalb Jahrzehnten einen rasanten Aufstieg und Ausbau fast aller Gewerkschaften. So konnte der Zentralverband der Maurer von 1895 bis 1910 seinen Mitgliederbestand um mehr als das Zehnfache auf 169.648 Mitglieder (am Jahresende) steigern und verfügte 1910 über 976 Zahlstellen.<sup>48</sup> Parallel dazu erfolgte der Ausbau der Organisation durch die Einrichtung einer Bezirksstruktur (Gau) zwischen Vorstand und Zahlstellen, durch eine wachsende Anzahl von Verbandsangestellten (1898: 3; 1907: 107)<sup>49</sup> und durch den Aufbau des Unterstützungswesens, das Rechtsschutz, Reise-, Kranken- und Sterbeunterstützung sowie Unterstützungen bei Arbeitskämpfen umfasste (bei den Bauhilfsarbeitern, mit denen der Maurer-Verband 1911 fusionierte, noch: Inhaftierten-, Gemaßregelten- und Umzugsunterstützung).<sup>50</sup>

Der organisatorische Erfolg der Baugewerkschaften, der sich auf tarifpolitischem Gebiet ebenso zeigte wie im Ausbau der Organisation und in der erwähnten Zunahme der Organisierten, ging allerdings einher mit einer enormen Fluktuation der Mitglieder. Als wirksamste Maßnahme, die Mitgliederfluktuation einzudämmen und die organisatorische und gewerkschaftspolitische Kontinuität auf der lokalen Ebene sicherzustellen, erwies sich die Professionalisierung des Verbandes: der Aufbau eines bürokratischen Apparates und die Anstellung festbesoldeter Funktionäre nicht nur in der zentralisierten Verbandsleitung (Vorstand), sondern auf regionaler und lokaler Ebene<sup>51</sup> (vgl. Tabelle 4). Um diese zu erreichen und um die wachsende Zahl der Mitglieder erfassen und "betreuen", die zunehmenden tarif- und sozialpo-

---

47 Thomas: Gedenkbuch, S. 247; vgl. für die Steinmetzen bzw. Steinarbeiter: Keßler: Steinarbeiter, S. 134-154.

48 Vgl. Zentralverband der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands: Jahrbuch 1910, Hamburg 1911, S. 142 f.

49 Daten bei Werner: Organisation und Politik, S. 41.

50 Vgl. Zentralverband der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands: Jahrbuch 1910, Hamburg 1911, S. 109-132.

51 Vgl. Klaus Schönhoven: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980, S. 151, 176 ff., 221-260.

litischen sowie arbeitsstatistischen Aufgaben erfüllen zu können, hatte der Zentralverband der Maurer nach der Jahrhundertwende eine Organisationsreform eingeleitet. Die bisherigen Zahlstellen wurden durch Zweigvereine für das Gebiet eines Lohnbezirks ersetzt und in Zahlstellen untergliedert; die Zweigvereine wurden regional in Bezirken (Gau) zusammengefasst und damit eine für einen zentralisierten Verband sinnvolle Verwaltungsebene eingerichtet. Darüber hinaus wurde die Zahl der Vorstandsmitglieder vergrößert (1891: 5; 1903: 7; 1905: 9).<sup>52</sup>

**Tabelle 4: Zahl der Angestellten in baugewerkschaftlichen Verbänden (1898-1907)**

<b>Jahr</b>	<b>1898</b>	<b>1899</b>	<b>1900</b>	<b>1901</b>	<b>1904</b>	<b>1907</b>	<b>1914</b>
<b>Gewerkschaften</b>							
Maurer	3	5	20	38	64	107	
Bauhilfsarbeiter	3	3	14	13	32	78	
Stukkateure	-	-	-	1	2	6	
Bauarbeiterverband	-	-	-	-	-	-	312

Quelle: Werner: Organisation und Politik, S. 41; Schönhoven: Expansion, S. 229.

#### *Christliche Gewerkschaften im Baugewerbe*

Auch wenn die Anfänge der christlichen Arbeiterbewegung mit einer "Vielzahl von Gesellen-, Unterstützungs- und Handwerkervereinen" bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts zurückreichen, kam es zu gewerkschaftlichen Verbandsbildungen jedoch erst seit den 1890er Jahren. In den 1880er Jahren hatte sich in den sozialreformerischen katholischen Kreisen die Einsicht verbreitet, "dass man nur mit dem Caritas-Gedanken, der sich am Leitbild des christlichen Solidarismus orientierte und die Kontrahenten von Kapital und Arbeit unter der Obhut der Kirche miteinander versöhnen wollte, weder die soziale Frage lösen noch den Vormarsch der Sozialdemokratie aufhalten konnte".<sup>53</sup> Ähnliche Vorstellungen wurden auch im sozial-engagierten Protestantismus entwickelt. Mit Hilfe von konfessionsgebundenen Arbeitervereinen, die seit den 1880er Jahren verstärkt entstanden, sollte der wachsende Einfluss der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft zurückgedrängt und praktische Sozialpolitik betrieben werden. Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes und der Entwicklung sozialdemokratischer Gewerkschaften zu Massenorganisationen im Verlauf der 1890er Jahre erwies sich der Organisationsansatz der Arbeitervereine jedoch als untauglich, um die Anforderungen der Arbeiterschaft an eine wirtschaftliche Interessenvertretung im Industrialisierungsprozess gewährleis-

<sup>52</sup> Vgl. Werner: Organisation und Politik, S. 34 f.; Paepflow: Bauarbeiterbewegung, S. 451.

<sup>53</sup> Schönhoven: Gewerkschaften, S. 72; ausführlich hierzu Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften 1894-1933, Bonn 1982.

ten zu können.<sup>54</sup> Für die katholische Arbeiterbewegung wurde die von Papst Leo XIII im Mai 1891 veröffentlichte Enzyklika "Rerum Novarum" zur Legitimation für die Gründung von Gewerkschaften.

Wie bei der Bildung von Arbeitervereinen war auch für die Gründung von Gewerkschaften ein maßgebendes Motiv, die sozialdemokratische Dominanz der Gewerkschaftsbewegung und die nicht selten anti-kirchliche Haltung und Agitation in den freien Gewerkschaften<sup>55</sup> zurückzudrängen. Die Abgrenzung zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung wurde bei den christlichen Gewerkschaften zu einem programmatischen Eckpunkt, der bei verschiedenen Verbänden in den Statuten festgeschrieben wurde.<sup>56</sup> Die Verbandsbildung selbst sollte einen wesentlichen Beitrag dazu liefern, die christliche Arbeiterschaft gegen die Sozialdemokratie zu immunisieren. Dennoch diente die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung organisatorisch als Vorbild, indem die Bildung unabhängiger Arbeiterorganisationen angestrebt wurde, die gegebenenfalls auch kämpferisch die Arbeiterinteressen vertreten sollten. Der in den "Mainzer Leitsätzen" von 1899 betonten "Interkonfessionalität" der Christlichen Gewerkschaften stand in der Praxis die katholisch dominierte Mitgliedschaft entgegen, wie auch die propagierte "parteipolitische Neutralität" die Nähe und personelle Verschränkung mit der katholischen Zentrumsparterie nicht kaschieren konnte.

Im Baugewerbe entstanden, ausgehend von Aktivitäten katholischer Arbeitervereine, um die Jahrhundertwende zwei christliche Gewerkschaften: der Zentralverband christlicher Maurer und verwandter Berufe und der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe.

Der Zentralverband der christlichen Maurer wurde am 31.8.1899 in Berlin gegründet, ausgehend von einem bereits im Vorjahr geschaffenen Verein "Arbeiterschutz", der branchenübergreifend christliche Arbeiter organisiert hatte. Parallel zur Berliner Verbandsgründung war 1899 in Köln ein Gewerkverein christlicher Maurer, Steinmetzen, Stukkateure, Kanal- und Erdarbeiter ins Leben gerufen worden. Bereits zum 1. Juli 1900 schloss sich die Kölner Gewerkschaft dem Berliner Verband an. Der Gründung des Zentralverbandes folgten der Beitritt weiterer lokaler Maurer- bzw. Bauarbeiterverbände sowie ein Mitgliederzuwachs, der nicht zuletzt auf der aktiven Tarifpolitik des Verbandes beruhte. Der Mitgliederstand erweiterte sich von Anfang 897 (Ende 1899) auf 22.089 (1905), 35.647 (1910) und 42.441 (1913) (vgl. Tabelle 5).<sup>57</sup> Es kennzeichnet vielleicht die Position des Zentralverbandes christlicher Maurer bzw. Bauarbeiter, dass er – im Gegensatz zu anderen christlichen Verbänden – von seinen Mitgliedern keine Erklärung verlangte, einer sozialdemokratischen Vereinigung nicht anzugehören.<sup>58</sup> Er schuf damit Voraussetzungen für die spätere tarifpolitische Kooperation mit

---

54 Vgl. Michael Schneider: Die nicht-sozialdemokratische Alternative: Die Christlichen Gewerkschaften im Kaiserreich, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 69-81, hier S. 71.

55 Vgl. ebd., S. 71 f.; ferner Werner: Organisation und Politik, S. 42, 45.

56 Vgl. Schneider: Die nicht-sozialdemokratische Alternative, S. 72.

57 Vgl. Michael Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften, S. 86; ferner Bernhard Otte: Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, in: Ludwig Heyde (Hrsg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 2, Berlin 1932, S. 2095 f.; Werner: Organisation und Politik, S. 42-45.

58 Vgl. ebd., S. 44.



dem sozialdemokratischen Zentralverband der Maurer bzw. mit dem Deutschen Bauarbeiter-Verband.

**Tabelle 5: Mitgliederentwicklung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands und des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufsangehörigen (1889-1931)**

<b>Jahr</b>	<b>ZV Bauarbeiter</b>	<b>ZV Maler</b>
1899	897	-
1900	3.122	-
1901	2.717	-
1902	3.813	250
1903	5.852	680
1904	14.021	1.250
1905	22.089	1.685
1906	38.076	2.753
1907	42.087	3.218
1908	31.152	3.120
1909	35.465	3.306
1910	35.647	3.610
1911	41.413	4.201
1912	44.009	4.635
1913	42.441	4.065
1914	20.110	1.120
1915	9.308	475
1916	7.102	370
1917	9.113	382
1918	13.591	725
1919	41.277	3.542
1920	46.257	3.750
1921	52.125	3.855
1922	59.236	3.722
1923	40.082	3.006
1924	28.860	2.206
1925	30.714	2.323
1926	30.957	2.130
1927	42.824	2.317
1928	45.698	3.203
1929	48.913	4.007
1930	49.113	3.939
1931	41.382	3.278

Zwei Jahre nach der Gründung des Zentralverbandes der Maurer wurde in Köln im Juli 1901 der Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufe Deutschlands geschaffen. Auch hier schlossen sich der lokalen Gründungsinitiative für einen Zentralverband in den folgenden Jahren bereits bestehende Lokalvereine an; zugleich wurde die Verbandsbildung zum Ausgangspunkt für die Entstehung weiterer, nunmehr mit dem Zentralverband verbundener Lo-

kalvereine. Im Vergleich zum christlichen Maurer-Verband konnte der Zentralverband der christlichen Maler nur eine sehr viel geringere Mitgliedschaft erreichen.<sup>59</sup>

Außer diesen beiden Gewerkschaften erfolgten keine weiteren Gründungen christlicher Verbände im Baugewerbe. Vielmehr kennzeichnete diese christlichen Gewerkschaften, dass sie von Beginn an verschiedene Berufe des Baugewerbes in einer "Berufsgruppen"-Gewerkschaft zusammenfassten und sehr früh neben den gelernten Facharbeitern auch Bauhilfsarbeiter organisierten. Vorübergehend kam dies auch in der Namensgebung zum Ausdruck, als sich der Zentralverband christlicher Maurer 1903 in Zentralverband christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands umbenannte; 1907 erfolgte dann die endgültige Namensgebung in: Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands. Die Zusammenfassung verschiedener Bauberufe in einer Organisation, die sich nicht nur beim Zentralverband christlicher Bauarbeiter, sondern auch beim Zentralverband christlicher Maler findet, war zu dieser Zeit jedoch nicht ein Schritt in die Richtung eines branchenumfassenden Industrieverbandes. Die Konstituierung als Berufsgruppen-Gewerkschaft war vielmehr eine pragmatische Antwort auf die eigene organisatorische Schwäche. Die meisten Berufe – Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Stukkateure und Dachdecker –, die vom Zentralverband christlicher Bauarbeiter organisiert wurden, wären gemessen an ihrer Mitgliederzahl zu bedeutungslos gewesen, um handlungs- und konkurrenzfähige "eigene christliche Gewerkschaften neben den freien Bauarbeiterberufsverbänden zu schaffen".<sup>60</sup>

Kennzeichnend für die Christlichen Gewerkschaften blieb es auch – trotz der programmatischen "Interkonfessionalität" –, dass die regionalen Organisationsschwerpunkte in den katholischen Hochburgen (Rheinland, Westfalen, später Schlesien und Bayern) lagen.<sup>61</sup> Bezogen auf die Mitgliedschaft konnte in dieser Zeit die Öffnung zum Protestantismus kaum erreicht werden.

Wie die Freien Gewerkschaften waren auch die christlichen Verbände mit einer enormen Mitgliederfluktuation konfrontiert, die zeitweise bis zu 100 % im Jahr ausmachte. Neben dem Ausbau des Unterstützungswesens trug insbesondere eine wachsende Zahl hauptamtlicher Gewerkschaftsangestellten dazu bei, die Gewerkschaftsarbeit zu professionalisieren und dadurch die Mitgliederbindung zu verstärken.<sup>62</sup> Nicht zuletzt dürfte zur Verbesserung der Verbandsloyalität auch die von den Gewerkschaften angestrebte Regulierung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifvereinbarungen mit Arbeitgebern und Arbeitgeberorganisationen beigetragen haben.<sup>63</sup> Die christlichen Bauarbeitergewerkschaften entwickelten eine ähnliche Einstellung zum Tarifvertragswesen wie die freien Maurer- bzw. Bauarbeitergewerkschaften,

---

59 Vgl. Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften, S. 104 f.; Bernhard Otte: Zentralverband christlicher Maler und verwandter Berufsangehörigen, in: Ludwig Heyde (Hrsg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 2, Berlin 1932, S. 2098 f.

60 Werner: Organisation und Politik, S. 43.

61 Vgl. Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften, S. 87; Werner: Organisation und Politik, S. 43 f.

62 Vgl. ebd., S. 44; Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften, S. 86.

63 Ein knapper Überblick zur tarifpolitischen Entwicklung findet sich bei Otte: Zentralverband christlicher Bauarbeiter, S. 2095; ferner Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften, S. 87.

so dass es seit 1904 "zu einer kontinuierlichen gemeinsamen Tarifpolitik" kam, die auch bei den großen tarifpolitischen Konflikten vor dem Ersten Weltkrieg aufrechterhalten wurde.<sup>64</sup>

Während der Zentralverband christlicher Maler aufgrund der geringen Mitgliederzahl eher eine randständige Rolle spielte, galt der mitgliederstärkere Zentralverband christlicher Bauarbeiter im Kaiserreich und in der Weimarer Republik immerhin als so einflussfähig, "dass seit 1910 kaum ein Arbeitskampf erfolgreich gegen den erklärten Willen und schwerlich ohne die Zustimmung der christlichen Organisationen geführt werden konnte".<sup>65</sup> Allerdings waren die Christlichen Gewerkschaften im Baugewerbe ebenso wie die Freien Gewerkschaften von den politischen und ökonomischen Krisen betroffen. Die Mitgliederentwicklung (vgl. Tabelle 5) deutet diese phasenweise (Erster Weltkrieg) organisationsgefährdenden Tendenzen an; die hohe Arbeitslosenquote unter den Mitgliedern in der Weltwirtschaftskrise (bis zu 90 %)<sup>66</sup>, die die Bestands- und Handlungsfähigkeit auch der christlichen Bauarbeitergewerkschaften gefährdete, lässt sich aus den relativ geringen Mitgliederverlusten bis 1931 kaum erahnen.

Auch für die christlichen Gewerkschaften gehörten Information und Unterrichtung der Mitglieder zu den wichtigen Verbandsaufgaben. Über eine stetige Kommunikation mit den Mitgliedern sollte und konnte die Verbandsloyalität verstärkt, das Interesse am Verbandsgeschehen geweckt und vielleicht sogar eine aktive Verbandsmitgliedschaft initiiert werden. Die Verbandspresse diente nicht zuletzt auch der Abgrenzung zu konkurrierenden Verbänden, allen voran den sozialdemokratischen Organisationen. Beide christlichen Gewerkschaften im Baugewerbe hatten daher frühzeitig und kontinuierlich eigene Verbandsblätter herausgegeben, um die Mitglieder zu instruieren. Der Zentralverband christlicher Bauarbeiter gab seit dem 13. Mai 1890 die Wochenzeitung "Die Baugewerkschaft" heraus; und auch der relativ mitgliederschwache Zentralverband christlicher Maler unterhielt seit 1904 mit "Der deutsche Maler" ein eigenes Verbandsorgan.

### *Konzentration und Fusion*

Der Berufsverband, dessen Zuschnitt sich an die bestehenden Handwerksberufe anlehnte, war das dominierende Organisationsprinzip der in den 1880er/1890er Jahren gegründeten Gewerkschaften.<sup>67</sup> Im Baugewerbe entstanden eigenständige Verbände der Maurer, der Zimmerer, der Stukkateure, der Glaser, der Dachdecker, der Töpfer, der Steinsetzer, der Maler und nach der Jahrhundertwende der Isolierer und Steinholzleger sowie der Asphalteure. Eine strikte Abgrenzung bestand gegenüber un- und angelernten Arbeitern, die gezwungen waren, eine eigenständige Organisation zu gründen. Im Baugewerbe entstand 1891 der Verband deutscher Bauarbeiter und Berufsgenossen, später in Zentralverband der Bauhilfsarbeiter umbenannt. Der mitgliederstärkste Verband im Baugewerbe war von Anfang der 1890er Jahre der Zentralverband der Maurer, gefolgt vom anfangs fast gleichstarken Verband der Zimmerer. Wäh-

---

64 Werner: Organisation und Politik, S. 45.

65 Schneider: Die Christlichen Gewerkschaften, S. 87

66 Vgl. Otte: Zentralverband christlicher Maler, S. 2099.

67 Folgendes Kapitel stützt sich vor allem auf Schönhoven: Expansion, S. 332-341.

rend diese beiden Verbände bis zur Jahrhundertwende einen Organisationsgrad von über 30 % bzw. über 20 % erreichten, litt die organisatorische Entwicklung des Verbandes der Bauhilfsarbeiter an der für un- und angelernte Arbeiter charakteristischen hohen Fluktuation und geringen Verbandstreue. Der Organisationsgrad betrug gegen Ende der 1890er Jahre gerade einmal 3%.<sup>68</sup>

Die Berufsorientierung der einzelnen Verbände stellte ein wichtiges Konstitutionsprinzip für den jeweiligen Verband dar, hemmte aber nach der Jahrhundertwende erforderliche Zusammenschlüsse und den Wandel vom Berufs- zum Industrieverband. Die tarifpolitische Handlungs- und Durchsetzungsfähigkeit hätten dadurch vermutlich verbessert und die mitgliederbezogenen Leistungen erweitert werden können. Neben einer fast dückelhaften Abgrenzung gelernter Handwerker und Facharbeiter (Gesellen) gegenüber ungelerten Hilfskräften bestanden erhebliche Unterschiede zwischen den Gewerkschaften (Organisationsgrad, Beitragsleistungen, Vermögen, Mitgliederbindung, Selbsthilfe- und Unterstützungseinrichtungen etc.), was lange Zeit eine engere Kooperation des Maurer-Verbandes mit dem Verband der Bauhilfsarbeiter verhinderte und es für den Maurer-Verband attraktiver machte, separate Gewerkschaften für gelernte und für ungelerte Arbeiter im Baugewerbe zu propagieren.<sup>69</sup> Dass dennoch seit 1908 der Zusammenschluss des Zentralverbandes der Maurer mit dem Zentralverband der Bauhilfsarbeiter vorbereitet und im Februar 1910 beschlossen und zum 1. Januar 1911 der Deutsche Bauarbeiterverband gegründet wurde, hatte mehrere Ursachen: "die Einführung neuer Bautechniken, die Tarifvertragsbewegung und die Zentralisation der Bauunternehmer".<sup>70</sup>

Die Einführung von Eisenbeton im Hochbau schuf neue Beschäftigtengruppen, die keiner der bisherigen Berufsgruppen zuzurechnen waren und zunächst vom Zentralverband der Bauhilfsarbeiter organisiert wurden. Zugleich verminderte der Eisenbetonbau den Anteil von Maurern an den Baubeschäftigten<sup>71</sup> und schränkte auf lange Sicht die Bedeutung eines auf den Berufsstand begrenzten Maurer-Verbandes ein. Da die neuen Beschäftigtengruppen im Betonbau nicht mehr als einfache Hilfsarbeiter eingestuft werden konnten, wertete deren Organisation den Zentralverband der Bauhilfsarbeiter auf.

"Starke konzentrationsfördernde Impulse gingen von der Entwicklung des Tarifvertragswesens aus".<sup>72</sup> Das Baugewerbe nahm nach der Jahrhundertwende eine führende Position bei der Durchsetzung von Tarifvereinbarungen zur Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen

---

68 Zu den Mitgliedsdaten vgl. Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.): Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 61-120, Tabellen-Anhang; Werner: Organisation und Politik, S. 110 ff.; Schönhoven: Expansion, S. 334.

69 So Theodor Bömelburg, Vorsitzender des Zentralverbandes der Maurer (von 1894 bis 1912) auf dem Verbandstag in Köln 1907, vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 559; Schönhoven: Expansion, S. 337.

70 Ebd., S. 335.

71 Vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 560.

72 Schönhoven: Expansion, S. 336.

ein.<sup>73</sup> Die Tendenz zu berufsübergreifenden Tarifverträgen erforderte eine stärkere Koordinierung der fragmentierten Gewerkschaften der Baubranche. Mit einem Kartellvertrag (1903) versuchten die Verbände der Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter und Stukkateure zu Verständigungen und Absprachen bei anstehenden Lohnbewegungen und Arbeitskämpfen zu kommen. In der Praxis hatte diese Koordinationsform begrenzten Nutzen und trug auch nicht dazu bei, eine vom Maurer-Verband angestrebte Fusion vorzubereiten. Vom Zentralverband der Maurer angesprochene Berufsverbände der Zimmerer, der Dachdecker und der Stukkateure lehnten Pläne für einen Zusammenschluss ab.

Mit der Gründung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe im Jahr 1899<sup>74</sup> war auf Arbeitgeberseite ein Konzentrationsgrad erreicht, dem die berufsverbandlich und statusbezogen fragmentierten Gewerkschaften im Baugewerbe hinterherhinkten. Zwar benötigte der Arbeitgeberverband zunächst einige Jahre, um seine Mitglieder auf ein koordiniertes Vorgehen und gemeinsame Forderungen zu verpflichten, doch in den Tarifbewegungen der Jahre 1907/1908 und 1910 zeigte sich ein intern verpflichtungsfähiger Verband, dessen Aufruf zu einer reichsweiten Massenaussperrung (1910) eine große Zahl von Bauunternehmern folgte. Die Baugewerkschaften mussten auf diese Veränderung reagieren, wollten sie nicht ihre tarifpolitische Position und ihre Organisationen nachhaltig geschwächt sehen.

Dem Deutschen Bauarbeiterverband traten der 1906 gegründete Verband der Isolierer und Steinholzleger Deutschlands (1911) und der Zentralverband der deutschen Stukkateure, Gipser und verwandten Berufsgenossen (1912) bei, die im Jahr vor ihrer Auflösung 852 bzw. 10.402 Mitglieder organisierten.<sup>75</sup> Dominiert wurde der neugeschaffene Deutsche Bauarbeiterverband von der Berufsgruppe der Maurer, die 57,1 % der Verbandsmitglieder im Jahr 1913 (Jahresdurchschnitt) stellte (vgl. Tabelle 6). Unter den freigewerkschaftlichen Verbände des Baugewerbes vertrat der Deutsche Bauarbeiterverband zu dieser Zeit fast 65 % aller Organisierten.

Bis 1914 hatte der Zentralverband der Maurer zwei wichtige Organisationsentscheidungen getroffen, die für die Struktur und die Handlungsfähigkeit des Verbandes von größter Bedeutung waren. Mit der Bildung eines Zentralverbandes (1891) wurde die Alternative zwischen Lokalismus und Zentralismus zugunsten der Zentralisten entschieden. Mit der Fusionsentscheidung von 1910/11 wurde die strikte, berufsständische Statusabgrenzung zwischen Berufs- und Hilfsarbeiterverband nach außen aufgehoben. Damit war die weitere Entwicklung vom Berufsverband in Richtung Industrieverband eingeleitet. Dieses Industrieverbandsprinzip meinte jedoch nicht, dass alle Beschäftigte eines Betriebes entsprechend dessen Wirtschaftsbranche oder Industriezweig vom jeweils zuständigen Industrieverband organisiert sein soll-

---

73 Vgl. Peter Ullmann: Tarifverträge und Tarifpolitik in Deutschland bis 1914. Entstehung und Entwicklung, interessenpolitische Bedingungen und Bedeutung des Tarifvertragswesens für die sozialistischen Gewerkschaften, Frankfurt a.M. 1977, S. 81-97.

74 Vgl. Wilhelm Kulemann: Die Berufsvereine. Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. Dritter Band. Deutschland III – Organisation der Arbeitgeber – Gemeinsame Organisation, 2., völlig neu bearb. Auflage, Jena 1908, S. 115-118; ferner Werner: Organisation und Politik, S. 45-52.

75 Vgl. ebd., S. 110 f.

ten. Zunächst handelte es sich darum, möglichst alle Berufsgruppen einer Branche, eines Gewerbes, einer Industrie in einem Verband – einer Multiberufsgewerkschaft – zusammenzufassen.

**Tabelle 6: Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes 1913  
- nach Berufsgruppen**

<b>Berufsgruppen</b>	<b>Mitglieder*</b>	<b>in %</b>
Maurer	186.656	57,1
Fliesenleger und Terrazzoarbeiter	2.430	0,7
Putzer	3.926	1,2
Stukkateure	9.768	3,0
Zement- und Betonarbeiter	7.160	2,2
Isolierer und Steinholzleger	1.465	0,4
Hilfsarbeiter	102.872	31,5
Erdarbeiter	12.354	3,8
<b>Gesamt</b>	<b>326.631</b>	<b>100,0</b>

\* Jahresdurchschnitt

Quelle: Deutscher Bauarbeiterverband: Jahrbuch 1913, S. 97.

Weitere Schritte in diese Richtung fanden erst nach dem Ersten Weltkrieg in den 1920er Jahren statt.

### **3. Organisationsentwicklung in der Weimarer Republik**

Wenige Tage nach Beginn des Ersten Weltkriegs bekannte sich die Verbandsführung des Deutschen Bauarbeiterverbandes zum vermeintlichen Verteidigungskrieg und unterstützte seit August 1914 die Politik des "Burgfriedens", wie sie von der überwiegenden Mehrheit der Spitzenfunktionäre der Freien Gewerkschaften und der SPD vertreten wurde.<sup>76</sup>

Der Kriegsbeginn verminderte die im Baugewerbe beschäftigten Arbeitnehmer schlagartig und dauerhaft bis 1918. Neben der Einstellung kriegsunwichtiger Privatbauten, was im ersten Kriegsjahr zu hoher Arbeitslosigkeit unter den Baubeschäftigten führte, resultierten aus der Einziehung zum Kriegsdienst dramatische Mitgliederverluste (vg. Tabelle 7), die erst im Laufe des Jahres 1918 ausgeglichen werden konnten.

---

76 Vgl. die ausgreifende Legitimation der Burgfriedenspolitik in: Deutscher Bauarbeiterverband: Jahrbuch 1914, S. 7-43; ferner Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber, Klaus Schönhoven, Klaus Tenfelde, Bd. 1: Die Gewerkschaften in Weltkrieg und Revolution 1914-1919, bearb. von Klaus Schönhoven, Köln 1985.

**Tabelle 7: Mitgliederentwicklung 1914-1915**

<b>Jahr</b>	<b>Mitgliederstand</b>	<b>Kriegsdienst</b>
<b>1914</b> 1. Quartal	300.144	- 97.817
2. Quartal	309.562	
3. Quartal	181.386	
4. Quartal	152.622	
<b>1915</b> 1. Quartal	124.640	- 65.626
2. Quartal	105.980	
3. Quartal	94.046	
4. Quartal	82.983	

Quelle: Deutscher Bauarbeiterverband: Jahrbuch 1915, Hamburg 1916, S. 87, 90

Die Mitgliederverluste begrenzten die Handlungsfähigkeit des Bauarbeiterverbandes zwischen 1914 und 1918. Politik und Aktivitäten des Verbandes wurden von der bis November 1918 durchgehaltenen "Burgfriedenspolitik" des Vorstandes, der dabei auf die Unterstützung der meisten Mitglieder und Funktionäre des Bauarbeiterverbandes zählen konnte, bestimmt.<sup>77</sup> Aufgrund des geringen innerverbandlichen Protestpotentials im Bauarbeiterverband wurde der Verbandstag im März 1918, der erste seit Beginn des Krieges, nicht zu einem Fanal gegen die Verbandsführung, auch wenn sich die Opposition mit Heinrich Brandler zu Wort meldete. Die November-Revolution führte nicht – wie beim Deutschen Metallarbeiterverband – zu einem Austausch der Gewerkschaftsspitze. Auf dem Verbandstag im Mai 1920 wurde der gesamte Vorstand kollektiv im Amt bestätigt "gegen wenige Stimmen mit großer Mehrheit".<sup>78</sup> Fritz Paepflow, seit 1913 als Nachfolger von Theodor Bömelburg Verbandsvorsitzender, wurde sowohl auf dem Verbandstag 1918 als auch auf den folgenden Verbandstagen 1919, 1920 und 1922 wiedergewählt.

Die Auseinandersetzung mit der linken Opposition, die der USPD und vor allem der KPD angehörte, hatte weniger die Politik des Burgfriedens zum Gegenstand als die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Grundsatzfragen der Weimarer Republik. Sie wurde innerhalb und außerhalb des Bauarbeiterbundes ein bestimmendes Element der Verbandspolitik in der Weimarer Republik bis zur Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933.

### *Linke Opposition im Bauarbeiterverband*

Die linke Opposition von Baugewerkschaftern, die der USPD und vor allem der KPD angehörten<sup>79</sup>, vermochte zwar nicht die Beschlüsse der Verbandstage des Deutschen Bauarbeiterverbandes von 1919, 1920 und 1922 zu bestimmen. Sie konnte aber mit Anträgen, die den

77 Darauf verweist die geringe kriegskritische Opposition auf den Verbandstagen von 1918 bis 1920 ebenso wie die protestlose Abweisung von Anträge, die den Ausschluss von August Winnig und Fritz Paepflow auf dem Verbandstag 1919 forderten.

78 Deutscher Bauarbeiterverband: Niederschrift über die Verhandlungen des dritten ordentlichen Verbandstages, abgehalten zu Karlsruhe in der städtischen Festhalle vom 8. bis 14. Mai 1920, Hamburg 1920, S. 436.

79 Werner: Organisation und Politik, S. 97, Anm. 38, geht davon aus, dass auf dem außerordentlichen Verbandstag, der vom 4.-6. Mai 1919 in Weimar stattfand, die linke Opposition um KPD und USPD etwa ein Fünftel der Delegierten, auf dem Karlsruher Verbandstag 1920 knapp 30 % der Delegierten stellte.

# **BERICHT**

**des Internationalen Propaganda-  
Komitees an die**

## **IV. Internationale Konferenz der revolutionären Bauarbeiter**

**1926**

*Verlag Internationales Propaganda-Komitee der  
revolutionären Bauarbeiter, Moskau  
Auslieferung: Pührer-Verlag, Berlin NW 6, Charitéstr. 7*

881  
P

4712



Ausschluss von Fritz Paepflow und August Winnig aus dem Bauarbeiterverband forderten, mit Vorschlägen für eine basisdemokratischere Entscheidungsstruktur, die für die Besetzung des Verbandsvorstandes und die Annahme von Tarifvereinbarungen Urabstimmungen verlangte, und mit Forderungen nach Errichtung der Räterediktatur und sofortiger Sozialisierung der Bauwirtschaft die Tagesordnung und die Debatten der Verbandstage politisieren.

Der Karlsruher Verbandstag hatte 1920 angesichts der parteipolitischen Differenzierung und Spaltung der Arbeiterbewegung mit großer Mehrheit (210 gegen 91 Stimmen) die parteipolitische Neutralität des Verbandes beschlossen und es den Mitgliedern freigestellt, welcher Partei sie angehören wollten. Fraktionsbildung innerhalb der Gewerkschaft, Gremienwahlen nach Parteilisten, Finanzierung von Parteien mit Gewerkschaftsmitteln verletzen das Neutralitätsgebot. Dieser Beschluss konnte die Fraktionsbildung der KPD-Opposition nicht verhindern, die bereits im November 1919 einen Kongress nach Halle einberufen hatte, an dem sich verschiedene Zweigvereine beteiligten. Während die Debatten bis zum Verbandstag 1920 noch offen und integrativ geführt wurden und die Opposition, die von anerkannten Gewerkschaftsfunktionären vertreten wurde, bei einzelnen Fragen auch die Mehrheit der Delegierten gewinnen konnte, verschärften sich die Gegensätze mit der Spaltung der USPD und der fraktionsbildenden Gewerkschaftspolitik der KPD. Auf die Einberufung einer Reichskonferenz der kommunistischen Bauarbeiter für den 4. Januar 1921 nach Halle, die eine Reichsfraktion der KPD gründen und die Herausgabe eines Oppositionsblattes beschließen sollte, reagierte der Vorstand des Bauarbeiterverbandes mit dem Ausschluss der Initiatoren Otto Bachmann, Fritz Hecker und Heinrich Brandler und mit der Androhung des Ausschlusses für alle teilnehmenden Baugewerkschaftsmitglieder. Ein Ausschluss von ca. 1.000 Mitgliedern nach dem Kongress und die Schließung der kommunistisch beherrschten Verwaltungsstellen Chemnitz und Aschersleben sollten die Gefahr der Unterwanderung und Spaltung des Bauarbeiterverbandes beenden. Das gelang nur begrenzt. Auf dem nächsten Verbandstag, der vom 8. bis 13. Mai 1922 in Leipzig stattfand, war die Opposition nur noch sehr schwach vertreten, doch gelang einer Gruppe ausgeschlossener Bauarbeiter die Sprengung einer Sitzung des Verbandstages, der deshalb für einen Tag nach Altenburg ausweichen musste. Während die kommunistische Opposition innerverbandlich seit 1922 keinen relevanten Einfluss mehr gewinnen konnte, entstand mit dem 1922 gegründeten Verband der Ausgeschlossenen Bauarbeiter, dem 1926 daraus hervorgegangenen syndikalistischen Industrieverband für das Baugewerbe und der seit 1929 von der KPD durchgeführten RGO-Politik, die 1931 zur Gründung des Einheitsverbandes für das Baugewerbe (EVfdB) führte<sup>80</sup>, ein permanentes linksoppositionelles Protest- und Konfliktpotential, das den Bauarbeiterverband bzw. den Baugewerksbund bis 1933 veranlassete, mit propagandistischen Abwehrmaßnahmen und Verbandsausschlüssen zu reagieren.<sup>81</sup>

---

80 Zum EVfdB vgl. Werner Müller: Lohnkampf, Massenstreik, Sowjetmacht. Ziel und Grenzen der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition" (RGO) in Deutschland 1928 bis 1933, S. 155 f., 175, 196, 305, 316.

81 Vgl. zum Voranstehenden den Überblick bei Werner: Organisation und Politik, S. 97-99, die Berichte in den Jahrbüchern unter der Rubrik "Gegnerische Bauarbeiterorganisationen" sowie Deutscher Bauarbeiterverband: Jahrbuch 1921, Hamburg 1922, S. 297-300 ("Maßnahmen gegen Schädlinge des Verbandes"). Zum *Verband der Ausgeschlossenen Bauarbeiter* vgl. auch die Leipziger Dissertation von Dagmar

## *Konzentrationsprozess in der Weimarer Republik*

Fritz Paepflow, von 1913 bis 1927 Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes, setzte sich zusammen mit Robert Dissmann (Deutscher Metallarbeiter-Verband, DMV) auf dem Leipziger ADGB-Kongress 1922 dafür ein, das tradierte Berufsverbandsprinzip durch das umfassendere Industrieverbandsprinzip zu ersetzen.<sup>82</sup> Der Organisationsfortschritt lag jedoch während der Weimarer Republik auch für den Deutschen Baugewerksbund (DBB) nicht darin, alle Arbeitnehmer der Bauindustrie betriebsbezogen zu erfassen. Es ging zunächst um die Verschmelzung berufsverwandter Gewerkschaften zu einer leistungsfähigeren Organisation. Aber selbst das gelang dem ehemaligen Maurerverband nur bedingt. Maler, Steinarbeiter und Zimmerer blieben eigenständig, und die Statusgrenze zu den technischen und kaufmännischen Angestellten der Baubranche<sup>83</sup> wurde während der Weimarer Zeit nur so weit überschritten, wie der DBB eine Fachgruppe für Poliere (Werkmeister) einrichtete.

Neben Maurern und Bauhilfsarbeitern hatten sich im Deutschen Bauarbeiterverband bzw. Deutschen Baugewerksbund, wie er seit der Fusion von 1923 hieß, nur wenige kleinere Verbände zusammengefunden: Glaser (1922: 4.006 Mitglieder), Töpfer (1922: 11.599 Mitglieder), Asphaltleute (1923: 1.172 Mitglieder) sowie Dachdecker (1930: 10.380 Mitglieder). Ein Industrieverband war durch die Fusion und die Anschlüsse nicht entstanden, eher eine Gewerkschaft als Multiberufsverband im Baugewerbe.<sup>84</sup> Auch in diesem Verband dominierten noch 1931 die Maurer mit 47 % der Mitglieder (182.701 von insgesamt 390.306 Mitgliedern), gefolgt von den Bauhilfsarbeitern mit 27,8 % (108.417 Mitgliedern) (vgl. Schaubild 3: Fusionen und Anschlüsse).

---

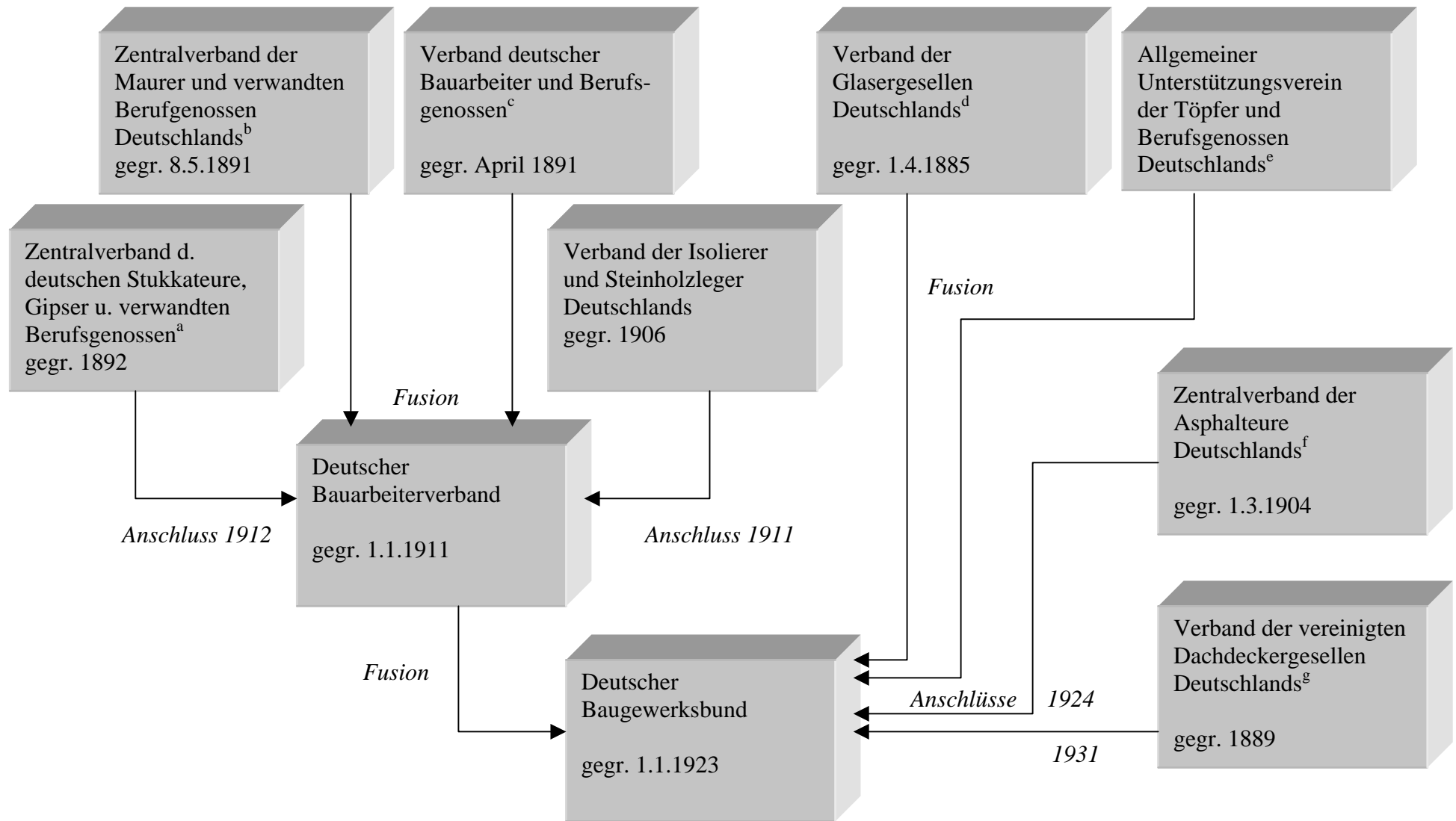
Schwaab: Die Geschichte des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands – ein Beitrag zur Entwicklung des Kampfes der Kommunistischen Partei Deutschlands um die Gewerkschaftseinheit als eines wichtigen Bestandteils der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in den ersten Jahren der Weimarer Republik, Diss. phil, Ms., Leipzig 1964.

82 Vgl. Salomon Schwarz: Handbuch der Gewerkschaftskongresse (Kongresse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes), Berlin 1930, S. 277 ff.

83 Sie wurden innerhalb der Freien Gewerkschaften vom Polier-, Werk- und Schachtmeisterbund für das Baugewerbe Deutschlands, vom Bund der technischen Angestellten und Beamten und vom Zentralverband der Angestellten organisiert, die sich dem Allgemeinen freien Angestelltenbund (AfA) anschlossen.

84 Die Satzung des DBB, die auf dem Verbandstag des Deutschen Bauarbeiterverbandes 1922 beschlossen wurde, sah eine Organisationsstruktur vor, die neben einer territorialen Gliederung (Zahlstellen, Vereine/Baugewerkschaften als unterstes selbständiges Verwaltungsorgan, Bezirksverbände und Bundesvorstand) eine berufsfachliche hatte. Auf örtlicher Ebene konnten Vereinsfachgruppen der jeweils vertretenen Berufsgruppen gebildet werden. Die Berufsgruppen bildeten auf Reichsebene "Reichsfachgruppen" und hielten Verbandstage der Berufsverbände ab. Diese Verbandstage wählten die Delegierten des Bundestages. Vgl. Entwurf einer Satzung des Deutschen Baugewerksbundes, in: Deutscher Bauarbeiterverband: Niederschrift über die Verhandlungen des vierten ordentlichen Verbandstages, abgehalten in Leipzig vom 8. bis 13. Mai 1922, Hamburg 1922, S. 76-106. Neben der Bewahrung einer berufsverbandlichen Interessenvertretung war mit diesem Organisationsaufbau eine "Mediatisierung" der lokalen Baugewerkschaften/Vereine verbunden, die nicht mehr unmittelbar auf der Bundesverbandsebene vertreten waren. Gleichzeitige wurde die Zentralisierung von Einfluss, Ressourcenverfügung, Entscheidungs- und Kontrollkompetenzen beim Bundesvorstand weitergeführt, während durch die Verringerung der Verwaltungsstellen und die Professionalisierung der Gewerkschaftsarbeit die 'Mediatisierung' der Mitglieder voranschritt. Zentralisierung und Professionalisierung des Baugewerksbundes reagierten nicht allein auf die organisatorischen und bürokratischen Anforderungen einer Massenorganisation, Zentralisierung und Ausbau von Kontrollrechten beim Bundesvorstand dienten auch der Abwehr von Fraktionsbildungen innerhalb der Gewerkschaft.

Schaubild 3: Fusionen und Anschlüsse



- a) seit 1901: Zentralverband der Stukkateure, Gipser, Pliesterer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands
- b) seit 1901: Zentralverband der Maurer Deutschlands
- c) seit 1897: Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands; 1905 umgewandelt in: Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands; seit 1908: Zentralverband der Bauhilfsarbeiter Deutschland
- d) seit 1892: Zentralverband der Glaser und verwandten Berufsgenossen Deutschlands
- e) später: Zentralverband der Asphalteure und Pappdachdecker Deutschlands
- f) seit 1891: Verband der vereinigten Dachdeckergesellen und Berufsgenossen Deutschlands; seit 1905: Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Quelle: Eigene Graphik; Daten nach: Protokolle und Berichte der Zentralbibliothek der Gewerkschaften, Teil I. Ein chronologisch gegliederter Bestandskatalog der Protokoll und Berichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsorganisationen aus der Zeit vor 1945, hrsg. von der Zentralbibliothek der Gewerkschaften, Berlin 1963; Karl-Gustav Werner: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968, nach S. 186.

---

### *Scheitern und Zerschlagung des Baugewerksbundes*

Seit 1924/25 erlebte der Baugewerkschaftsbund eine Prosperitätsphase. Die Mitgliederzahlen erreichten im dritten Quartal des Jahres 1929, das "für die Bauarbeiterschaft (...) ein schlimmes Jahr" war<sup>85</sup> – so der erste Satz im "Jahrbuch 1929" des Baugewerksbundes – erneut den Stand von 500.000. Das Vermögen des Verbandes wuchs trotz enormer Belastungen durch die Erwerbslosenunterstützung auch im Jahr 1929 weiter um mehr als 3 Mio. RM. Im Jahr 1929 hatte der Verband seinen Sitz von Hamburg nach Berlin verlegt und hier ein eigenes Haus bezogen, dessen Architektur Selbstbewusstsein, Standhaftigkeit und Einfluss zu symbolisieren schien. Die Eröffnung eines verbandseigenen Schulheims für junge Mitglieder und Bundesfunktionäre unterstrich diesen Anspruch auf Zukunftsgestaltung. Dafür stand auch Nikolaus Bernhard<sup>86</sup>, der 1927 mit 46 Jahren Fritz Paepflow, der mit 67 Jahren aus dem offiziellen Verbandsleben ausschied, als Vorsitzenden des Bundesvorstandes ablöste. Erfolgreich waren in der Phase der 'relativen Stabilität' auch die gewerkschaftseigenen Unternehmen, die dem Baugewerksbund nahe standen: die Bauhütten, der Verband sozialer Baubetriebe und die Deutsche Wohnungsfürsorgegesellschaft (DEWOG). Nicht ohne Erfolge war in diesen Jahren auch die Lohn- und Sozialpolitik.

Welche Dimension die Wirtschaftskrise habe würde, deren Beginn die zitierte Bewertung des Jahres 1929 erfasste, war 1929/30 ebenso wenig zu erkennen wie die Konsequenzen der im folgenden Jahr beginnenden politischen Krise. Nicht zu ermessen war, dass die Bildung des Brüning'schen Präsidialkabinetts und dessen Tolerierung durch die 'Weimarer Koalition' die Republik und den Parlamentarismus nachhaltig delegitimieren und der NSDAP, die bei den Reichstagswahlen im September 1930 erstmals einen beachtlichen Erfolg erzielte, den Weg

---

85 Deutscher Baugewerksbund: Jahrbuch 1929, Berlin 1930, S. 5.

86 Zur Biographie von Nikolaus Bernhard vgl. Michaela Bürks: Bernhard, Nikolaus Johann (1881-1957), in: Siegfried Mielke (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Bd. 1, Berlin 2002, S. 34-43.

zur "Machtergreifung" mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 eröffnen würden.

Gemessen an der Position, die der Deutsche Baugewerksbund 1928/29 einnahm, versetzte ihn die Entwicklung von 1929/30 bis 1933 bald in tiefe Hilf- und Perspektivlosigkeit. Er war konfrontiert mit einer sehr schnell zunehmenden Arbeitslosigkeit in der gesamten Gesellschaft, die aber im Baugewerbe Spitzenwerte erreichte. Schon 1930 war im Jahresdurchschnitt schon fast die Hälfte der Mitglieder arbeitslos, 1931 waren es mehr als zwei Drittel, 1932 über 80 %. Im Januar und Februar 1933 waren weniger als 10 % der Organisierten beschäftigt (vgl. Tabelle 8). Auch wenn diese Entwicklung mit weniger dramatischen Mitgliederverlusten einherging, als erwartet werden könnte – Ende 1931 gehörten dem Verband 390.019 Mitglieder an, ein Jahr später waren es noch immer 314.830<sup>87</sup> –, bedeutete sie doch eine durchgreifende Schwächung der Leistungsfähigkeit des Verbandes und einen weitreichenden Verlust an tarifpolitischer und politischer Handlungsfähigkeit. Der Baugewerksbund war in die Defensive geraten und konnte bestenfalls noch einige Schutzfunktionen wahrnehmen.

**Tabelle 8: Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Baugewerkschaftsbundes**  
(in v.H. der Mitglieder)

Monat	Jahr	1924	1925	1926	1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Januar		71,5	24,9	52,1	43,5	36,8	64,8	57,3	72,9	88,0	90,5
Februar		72,6	22,8	40,2	42,0	32,8	73,0	62,4	76,0	90,2	90,8
März		38,0	14,3	33,9	22,8	29,0	46,7	52,0	73,2	88,9	88,6
April		15,3	5,8	26,7	13,2	13,3	19,5	45,1	65,2	84,6	86,0
Mai		9,7	3,5	22,9	7,1	9,0	11,5	41,1	56,5	79,7	.
Juni		10,6	3,2	21,4	5,3	7,7	10,0	38,9	55,3	77,6	.
Juli		10,6	3,7	19,7	4,3	6,0	8,9	38,0	56,0	76,8	.
August		11,4	4,8	17,8	3,8	6,2	10,1	39,0	62,8	77,3	.
September		8,7	4,6	16,0	3,7	6,5	12,5	39,9	66,8	77,1	.
Oktober		6,5	6,4	16,1	4,9	8,9	16,5	42,5	71,2	79,4	.
November		10,1	27,8	21,0	24,5	17,6	27,4	50,0	79,0	81,6	.
Dezember		22,7	47,8	41,1	52,7	53,1	53,0	64,8	84,4	85,7	.
Jahres-	durchschnitt	24,0	14,1	27,4	19,0	18,9	29,5	47,6	68,1	82,2	.

Quelle: Werner: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968, S. 160

87 Deutscher Arbeiterverband des Baugewerbes: Jahrbuch 1932, Berlin 1933, S. 198.

Tarifpolitisch konnte der Deutsche Bauwerksbund zwar nicht den Status quo gegen politisch notverordnete und von den Unternehmern verlangte Lohnsenkungen verteidigen, aber er vermochte gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden die Institution des Tarifvertrags aufrechtzuerhalten, der in anderen Branchen (vor allem in der Metall- und Schwerindustrie) grundsätzlich in Frage gestellt und politisch bekämpft wurde. Der Tarifvertrag bot angesichts des unberechenbar gewordenen Lohnsenkungsdrucks infolge der hohen Arbeitslosigkeit noch immer eine gewisse Kalkulations- und Regulierungssicherheit und Bestimmungen über die Arbeitsbedingungen. Darin lag das gemeinsame Interesse des Verbandes der Bauarbeitgeber und der Gewerkschaften im Baugewerbe, am Tarifvertrag festzuhalten und dessen Allgemeinverbindlichkeit zu erreichen. Dennoch sah sich der Bauwerksbund so wenig wie die anderen ADGB-Gewerkschaften in der Lage, mit dem Kampfmittel Streik auf die Papensche Notverordnungspolitik zu reagieren, die im September 1932 faktisch darauf zielte, Tarifabkommen für nichtig zu erklären.<sup>88</sup> Die Option eines politisch motivierten Streiks hatten die Freien Gewerkschaften schon angesichts der rechtswidrigen Absetzung der preußischen Regierung durch die von von Papen geführte Reichsregierung am 20. Juli 1932 ("Preußen-Schlag") verworfen. Sie hatten statt dessen auf Organisation und Legalität sowie das Wahlverhalten der Bürger gesetzt.

Dieser Verzicht auf politisches Handeln korrespondierte mit dem Verlust an politischem Einfluss. Forderungen, die Nikolaus Bernhard im Namen des Bauwerksbundes an den Reichskanzler Heinrich Brüning richtete, durch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der hohen Arbeitslosigkeit im Baugewerbe entgegenzuwirken, blieben wirkungslos.<sup>89</sup> Ebenso wenig vermochte sich der Bauwerksbund mit der Ablehnung des Freiwilligen Arbeitsdienstes (FAD) durchzusetzen, der Arbeitsplätze im Baugewerbe gefährdete und deren Schaffung verhinderte. Bei dieser Frage scheiterte der DBB bereits im Bundesvorstand des ADGB.<sup>90</sup>

Nicht zu beantworten ist die Frage nach der Mobilisierungsbereitschaft der Mitglieder. Der DBB war in das sozialdemokratische Milieu eingebettet. Auch als der ADGB Distanz zur Sozialdemokratie aufzubauen begann, bedeutete dies keinen grundsätzlichen Bruch mit der SPD. Der Bauwerksbund votierte allerdings nach außen deutlicher für die SPD als es der ADGB gegen Ende der Weimarer Republik und in der Phase der "Machtergreifung" tat. Beispielsweise rief der DBB explizit dazu auf, bei den Wahlen zum Reichstag am 5. März 1933 für die ‚Sozialdemokratie‘ zu stimmen.<sup>91</sup> Der Wahlauf Ruf stand in der Tradition der Ausein-

---

88 Vgl. auch die Bewertung Nikolaus Bernhards auf der Sitzung des ADGB-Bundesausschusses am 7.10.1932, in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber, Klaus Schönhoven, Klaus Tenfelde, Bd. 4: Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930-1933, bearb. von Peter Jahn, Köln 1988, Dok. 132, S. 722; ferner Peter Jahn: Gewerkschaften in der Krise. Zur Politik des ADGB in der Ära der Präsidialkabinette 1930 bis 1933, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 233-253, hier S. 243 ff.

89 Vgl. Der Grundstein, 45. Jg., Nr. 6, 6.1.1932, S. 37; ferner Wolfgang Zollitsch: Einzelgewerkschaften und Arbeitsbeschaffungsprogramm: Zum Handlungsspielraum der Arbeiterbewegung in der Spätphase der Weimarer Republik, in: Geschichte und Gesellschaft, 8. Jg., 1982, H. 1, S. 87-115, hier S. 99 f.

90 Vgl. Quellen zur Geschichte, Bd. IV, Dok. 53, S. 383; Dok. 84, S. 549.

91 Vgl. Grundstein, 46. Jg., Nr. 8, 25.2.1933, S. 43.

andersetzungen des Baugewerksbundes mit gewerkschaftspolitisch konkurrierenden Organisationen. Mit der Programm- und Politikanalyse politischer Parteien versuchte der DBB seine Mitglieder gegen kommunistische Positionen, aber auch gegen den aufkommenden Faschismus und Nationalsozialismus zu immunisieren. Aufgrund der politischen Konkurrenz um das selbe "Klientel" führte der DBB diese Auseinandersetzung am ausgeprägtesten mit der KPD. Von ihr war am ehesten zu erwarten, dass sie Einfluss auf die Mitglieder des Baugewerksbundes gewinnen könnte. Weniger intensiv verlief die Beschäftigung mit der NSDAP, zumal deren Betriebszellenorganisation (NSBO) in den Jahresberichten des DBB als gewerkschaftspolitisch einflusslos eingeschätzt wurde. Dennoch finden sich im "Grundstein" neben verschiedenen Karikaturen zahlreiche Artikel, die sich in Form politischer Analysen und Polemiken mit dem aufkommenden Nationalsozialismus befassten. Wie weit der Einfluss des "Grundsteins" reichte, ob er eine Leserschaft fand, die nicht im sozialdemokratischen Milieu beheimatet war, ist schwer einzuschätzen. Dass der "Grundstein" Ende Februar 1933 für mehr als zwei Monate verboten wurde, mag ein Affront gegen eine der mitgliederstärksten Gewerkschaften gewesen sein, vielleicht aber auch ein gezielter Eingriff in die Informations- und Orientierungsfunktion einer auflagenstarken Gewerkschaftszeitung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung.

Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war der Auftakt zu einer Folge von Maßnahmen, die bereits vor der Reichstagswahl vom 5. März 1933 die rechtsstaatlichen Grundlagen der Weimarer Republik durchlöchernten und ein terroristisches Regime zu etablieren begannen. Die Option eines politischen Generalstreiks war zu diesem Zeitpunkt für die Gewerkschaften längst nicht mehr realistisch. Die Anpassungspolitik des ADGB ist u.a. ein Resultat dieser Hilf- und Perspektivlosigkeit, zumal sich politische Alternativen im schnellen, auf allen politischen Ebenen ablaufenden Gleichschaltungsprozess verloren.

Schon vor dem 2. Mai, an dem NSBO und SA alle Gewerkschaftshäuser und Gewerkschaftseinrichtungen systematisch besetzten, zahlreiche Gewerkschafter inhaftierten und misshandelten – Nikolaus Bernhard zählt zu den am 2. Mai verhafteten Gewerkschafter – und einige sogar ermordeten, standen die Gewerkschaften vor einem paradox anmutenden Dilemma: Auf der einen Seite übte der Baugewerksbund seine normalen Funktionen weiter aus – einschließlich der abschließenden Verhandlung eines neuen Reichstarifvertrages, der in Teilen für allgemeinverbindlich erklärt wurde –, auf der anderen Seite war er damit konfrontiert, dass einige seiner Büros besetzt und verwüstet, manche haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre misshandelt wurden.<sup>92</sup> Der Baugewerksbund reagierte mit Appellen an die Verbandstreue der Mitglieder und Funktionäre. Er beteuerte die finanzielle Redlichkeit des Verbandes, weil in der Öffentlichkeit Korruptionsverdächtigungen lanciert worden waren. Schließlich beharrte er hilflos darauf, dass Gewerkschaften gesellschaftlich unverzichtbar wären – "unser Bauge-

---

92 Vgl. Deutscher Baugewerksbund: Rundschreiben Nr. 38, Berlin, 16.3.1933 – An die Vorstände der Bezirksverbände und Baugewerkschaften: Betrifft: Überfälle und Terrorakte, abgedruckt in: Klönne u.a. (Hrsg.): Hand in Hand, S. 246. – In diesem Rundschreiben werden den Funktionären Anweisungen gegeben, was bei "Sach- und Personenschäden" zu tun ist; es macht damit deutlich, dass diese Form der Destabilisierung und Terrorisierung der Baugewerkschaft anscheinend ein gehäuft auftretendes Phänomen war. – Vgl. hierzu auch: Gerhard Beier: Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933, Frankfurt a.M. 1975.

werksbund ist eine Gewerkschaft und hat gewerkschaftliche Aufgaben zu erfüllen" – und beschwor damit den Erfahrungshorizont des Kaiserreiches, als sich die Gewerkschaften in einem und gegen einen autoritären Staat etablieren konnten.<sup>93</sup> Verdrängt oder noch nicht gesehen wurde, dass freie, unabhängige Gewerkschaftsorganisationen und das nationalsozialistische Herrschaftssystem grundsätzlich unvereinbar waren. Versteilt wurden dadurch vorbereitende Maßnahmen für eine illegale Tätigkeit.

Mit der Besetzung der Häuser und Büros der Freien Gewerkschaften und der Inhaftierung vieler Gewerkschaftsfunktionäre am 2. Mai 1933 endete die Organisationsentwicklung der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Baugewerbe.<sup>94</sup> Christliche und liberale Gewerkschaften unterstellten sich am 3. Mai dem nationalsozialistischen "Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit", das die Besetzung der Gewerkschaften und die Gründung der Deutschen Arbeitsfront als Ersatzorganisation vorbereitet hatte.

Zahlreiche Gewerkschafter sahen sich zur Emigration gezwungen, um der Verfolgung und Ermordung durch das NS-Regime zu entgehen. Gewerkschaftsgruppen in der Emigration bereiteten ebenso einen Neuaufbau der Gewerkschaften nach dem erhofften "Untergang" des Nationalsozialismus vor wie ehemalige Gewerkschafter, die in Deutschland blieben, "illegale" Verbindungen untereinander aufrechterhielten und in der einen oder anderen Weise unmittelbar auf den Sturz des Regime hinzuwirken versuchten oder konzeptionell die Reorganisation Freier Gewerkschaften vorbereiteten.<sup>95</sup>

#### ***4. Neugründung der Baugewerkschaft nach 1945***

Der Gewerkschaftsaufbau nach 1945 war vor allem durch den Souveränitätsverlust nach Beendigung des Krieges und durch die soziale und ökonomische Situation der "Zusammenbruchsgesellschaft" (Kleßmann) bestimmt. Die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen und der Übergang der politischen Macht an die Militärregierungen der Besatzungsmächte beeinflussten den Gewerkschaftsaufbau nachhaltig. Obwohl bereits unmittelbar nach der Beendigung der Kriegshandlungen und nach der Entmachtung des NS-Regimes lokale und überlokale Initiativen auftraten, die den Aufbau von Gewerkschaften vorbereiteten und einleiteten, verhinderten und verzögerten die Militärregierungen in den westlichen Besatzungszonen diese Entwicklung 1945. Sie unterwarfen diesen Prozess einem restriktiven Reglement, das die Bildung von zentralistischen Einheitsgewerkschaften verhinderte und einen "von unten", von den lokalen Gründungsinitiativen ausgehenden Aufbau demokratisch struk-

---

93 Vgl. Informationsblatt: Deutscher Baugewerkschaftsbund. Bundesvorstand, April 1933 – An die Baugewerkschaftsvorstände, Zahlstellen- und Fachgruppenobleute, abgedruckt in: Klönne u.a. (Hrsg.): Hand in Hand, S. 247.

94 Vgl. die Schilderung der Besetzung der Büros des Hauptvorstandes des Deutschen Baugewerksbundes in den Tagebuchaufzeichnungen Theodor Thomas, wiedergeben in: Quellen zur Geschichte, Bd. IV, Dok. 213.

95 Vgl. zu den zahlreichen Initiativen und Aktivitäten: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Siegfried Mielke und Hermann Weber, Bd. 5: Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933-1945, bearb. von Siegfried Mielke und Matthias Frese, Köln 1988.



turierter Gewerkschaften verlangte.<sup>96</sup> Der Gewerkschaftsaufbau wurde dadurch verzögert, so dass es erst seit 1946 zur Konstituierung von Einzelgewerkschaften und Dachverbänden kam. Die Gewerkschaftsbildung blieb bis 1949 in der amerikanischen und der französischen Besatzungszone auf die überwiegend neugebildeten Länder beschränkt, während diese Begrenzung in der britischen Zone, in der ebenfalls die Initiativen sich zunächst auf die Gründung von lokalen, regionalen und Landesgewerkschaften richteten, bereits im Jahr 1947 durch die Bildung zentraler Gewerkschaften (Deutscher Gewerkschaftsbund und dessen autonome Einzelgewerkschaften) überschritten werden konnte. In der sowjetischen Besatzungszone und in Groß-Berlin wurde die Bildung von Gewerkschaften bereits im Juni 1945 grundsätzlich gestattet (SMAD-Befehl Nr. 2). Die Sowjetische Militär-Administration (SMAD) wirkte in enger Kooperation mit der KPD und seit April 1946 mit der SED im Laufe der Zeit in wachsendem Maße darauf ein, dass der Einfluss sozialdemokratischer Gewerkschafter beschränkt blieb und KPD bzw. SED den Gründungsprozess des FDGB und seiner 18 Einzelgewerkschaften, die unselbständige Untergliederungen des Dachverbandes wurden, kontrollieren und letztlich dominieren konnte.<sup>97</sup>

In der sowjetischen Besatzungszone wurde am 13./14. Juni 1946 die Industriegewerkschaft Bau im FDGB gegründet. Im Jahr 1950 erfolgte die Vereinigung mit der Industriegewerkschaft Holz zur IG Bau-Holz.

In den Westzonen, in West-Berlin und im Saarland entstanden in den Jahren 1946-1948/49 neun Baugewerkschaften auf Landes- oder zentraler Ebene (britische Zone) (vgl. Tabelle 9). Mit der Neugründung der Gewerkschaften wurden zwei Organisationsprinzipien umgesetzt, die seit Anfang des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger intensiv angestrebt wurden. Mit der Schaffung richtungsübergreifender Einheitsverbände, auf die sich sozialdemokratische, christliche, liberale und kommunistische Gewerkschafter 1945 einigten, wurde die parteipolitische und weltanschauliche Organisationskonkurrenz, die vor allem in der Weimarer Republik den politischen Handlungsspielraum der Gewerkschaften eingeengt hatte, überwunden. Mit der Bildung von Industriegewerkschaften wurden in allen Besatzungszonen und Ländern sämtliche Beschäftigtengruppen im Baugewerbe nach dem Industrieverbandsprinzip (ein Betrieb – eine Gewerkschaft) in einem Verband organisiert.

Verbindungen untereinander konnten die Gewerkschaften erst allmählich und mehr oder weniger kontrolliert durch die jeweiligen Besatzungsmächte aufbauen. Mit der Bildung der Vereinigten Wirtschaftszone aus der britischen und amerikanischen Zone konnten auch die Gewerkschaften Koordinationsgremien auf bizonaler Ebene einrichten. Im Juni 1947 etablierten die Baugewerkschaften einen Zwei-Zonen-Ausschuss der Baugewerkschaften der britischen

---

96 Vgl. zur Neugründung der Gewerkschaften in den westlichen Besatzungszonen Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber/Siegfried Mielke, Bd. 6: Organisatorischer Aufbau der Gewerkschaften 1945-1949, bearb. von Siegfried Mielke unter Mitarbeit von Peter Rütters, Michael Becker und Michael Fichter, Köln 1987.

97 Vgl. Werner Müller: Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB), in: SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltung, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949, hrsg. von Martin Broszat/Hermann Weber, München 1990, S. 626-664.

und amerikanischen Zone ("Arbeitsausschuss").<sup>98</sup> In der französischen Zone hatte die Militärregierung lange Zeit den Gewerkschaften offizielle Verbindungen zwischen den Länderorganisationen ihrer Zone und zu den Gewerkschaften anderer Besatzungszonen weitgehend untersagt, so dass es erst vom Oktober 1948 an zu einer Beteiligung der Baugewerkschaften der französischen Zone am zunächst nur bizonalen gewerkschaftlichen Koordinationsgremium, dem "Arbeitsausschuss" der Baugewerkschaften, der u.a. die Gründung einer überzonalen Industriegewerkschaft vorbereitete, kam.

**Tabelle 9: Gewerkschaftsgründungen 1946-1949**

Baugewerksbund Hessen	1./2.6.1946
Industrieverband Bau-Steine-Erden Württemberg-Baden	6./7.7.1946
Landesberufsgewerkschaft Bau, Steine und Erden Südwürttemberg und Hohenzollern	5.10.1946
Landes-Gewerkschaft Bau-Steine-Erden Bayern	18.2.-20.2.1947
Landesvereinigung der Gewerkschaften Bau, Steine und Erden Südbaden	16.2.1947
Industriegewerkschaft Bau für die gesamte Britische Zone und das Land Bremen	23.3.1947
Landesverband der Industriegewerkschaften Bau, Steine und Erden Rheinland-Pfalz	9.4.1947
<b>Gewerkschaft Bau-Steine-Erden für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland</b> (1951 – Umbenennung in <i>Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden</i> )	27./28.8.1949
Industrieverband Bergbau, Saarland	1947
Deutscher Baugewerksbund (UGO) Groß-Berlin	Juni 1948 bzw. 11./12.3.1949

Quelle: Siegfried Mielke: Gewerkschaften, in: Heinrich Potthoff/Rüdiger Wenzel: Handbuch politischer Institutionen und Organisationen 1945-1949, Düsseldorf 1983, S. 408-425; Werner: Organisation und Politik, S. 185 f.

Mit den sogenannten Interzonenkonferenzen wurde sowohl auf der Ebene der Bünde (seit November 1946) wie auch von den Einzelgewerkschaften der Versuch unternommen, trotz des zwischen den einzelnen Besatzungszonen und Ländern fragmentierten Gewerkschaftsaufbaus eine einheitliche gesamtdeutsche Gewerkschaftsperspektive organisatorisch und gewerkschaftspolitisch zu erhalten. Die Baugewerkschaften organisierten insgesamt drei Interzonenkonferenzen (9./10.6.1947 in Berlin, 7./8.10.1947 in Ulm und 4./5.2.1948 in Lübeck), an de-

98 Vgl. Heribert Kohl: Auf Vertrauen bauen. 125 Jahre Baugewerkschaft, Köln 1993, S. 123.

nen Vertreter der Baugewerkschaften aller vier Zonen teilnahmen, sowie 6 Sitzungen des "Interzonen-Arbeitsausschusses."<sup>99</sup> Die seit 1947 immer stärker werdenden politischen Differenzen zwischen den westlichen Besatzungsmächten und der Sowjetunion beeinträchtigten auch die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften der Westzonen und den SBZ-Gewerkschaften, zumal die politische und personalpolitische Einflussnahme der SED auf den FDGB seit 1946 stärker wurden. Die wachsenden Spannungen im forcierten "Kalten Krieg", aber auch der zunehmende Wandel des FDGB unter dem Einfluss der SED zum "Organisator von Produktionssteigerungen in der verstaatlichten (...) Industrie" sowie die Umformung der zentralistischen Einheitsgewerkschaft zu einer parteiabhängigen Massenorganisation beendeten im Sommer 1948 diese interzonalen Koordinations- und Kooperationsversuche, die auf die Erhaltung einer gesamtdeutschen Gewerkschaftsbewegung gerichtet waren.

Am 27./28. August 1949, nach der Gründung der Bundesrepublik, schlossen sich die Baugewerkschaften der einzelnen Besatzungszonen zur Gewerkschaft Bau-Steine-Erden in Karlsruhe zusammen. Die, verglichen mit den anderen Industriegewerkschaften, späte Verschmelzung lag teils an der verzögernden Haltung der französischen Militärregierung, teils an den nicht unerheblichen gewerkschaftspolitischen und organisatorischen Differenzen zwischen den Baugewerkschaften der einzelnen Besatzungszonen.<sup>100</sup> Auf dem Gewerkschaftskongress 1951 erfolgte die Umbenennung in Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden.

Erst mit dem Zerfall der DDR (1989) und der deutschen Vereinigung (1990) eröffnete sich erneut die Möglichkeit einer gesamtdeutschen Baugewerkschaft. Formal beschloss die IG Bau-Holz der DDR 1990 ihre Selbstaflösung, faktisch wurden Mitglieder, Funktionäre und Organisationsstrukturen mehr oder weniger von der IG Bau-Stein-Erden übernommen.

---

99 Vgl. Im Rückblick. Band IV: Die Interzonenkonferenzen der Baugewerkschaften und der Landarbeitergewerkschaften Deutschlands von 1947 bis 1948, Hrsg. Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Frankfurt a.M. 1998.

100 Vgl. Werner: Organisation und Politik, S. 178.

# DER MALER

ZEITSCHRIFT DES VERBANDES DER MALER, LACKIERER, ANSTREICHER  
TÜNCHE U. WEISSBINDER DEUTSCHLANDS

HAMBURG 7. JANUAR 1933

ERSCHEINT SONNABENDS - BEZUGSPREIS VIERTELJ. 3 RM., UNTER KREUZBAND 4 RM.  
POSTSHECKKONTO: HAMBURG 115 98, VERMÖGENSVERWALTUNG DES VERBANDES  
SCHRIFTFÜHRUNG: PETER MEHRENS • VERLAG: LOUIS RINGEL, HAMBURG 56, ALSTER-TERRASSE 10 • FERNRUF 44 2886 • REDAKTIONSSCHLUSS: SONNABENDS 14 UHR

## „Der Maler“ im neuen Gewande

Den Gewerkschaftszeitungen ist im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit eine hohe und vielseitige Aufgabe gestellt. Sie sollen den Funktionären gutes, durchschlagendes Material für ihre Werbearbeit unter den Unorganisierten, aber zugleich auch im Kampfe gegen das Unternehmertum und die Kollegen liefern, die gegnerischen Organisationen angehören. Damit steht in enger Verbindung die Erkenntnisvermittlung über das Werden und die Entwicklung der Gewerkschafts- und allgemeinen Arbeiterbewegung, vor allem der Organisation, als deren Sprachrohr die Verbandszeitung dient. Es ist selbstverständlich, daß sie die wirtschaftlichen, gewerblichen und sozialpolitischen Vorgänge, daneben die fachlichen Fragen, zu beobachten und ihren Lesern näherzubringen hat. In der heutigen Krisenzeit, die es vielen Arbeitnehmern unmöglich macht, sich eine Tageszeitung zu halten, muß sie besonders bemüht sein, ihre Leser über das Geschehen in der Welt zu informieren und neben allen andern, auch noch die wichtigsten politischen Fragen behandeln. Die gesamten Gebiete werden aber in erster Linie nur von unsern Kollegen verfolgt, und da die Verbandszeitung anerkanntermaßen auch den Frauen der Kollegen und den erwachsenen Kindern Lesenswertes vermitteln soll, muß sie auch allgemein Unterhaltendes bringen, das aber in der Regel eine besondere, meist soziale Note haben wird. Daß die Verbandszeitung als Publikationsorgan des Verbandsvorstandes eine erhebliche Bedeutung hat, sei nur nebenbei erwähnt.

Unsere Organisation hat aber seit ihrem Bestehen nicht nur Wert auf einen guten Inhalt der Verbandszeitung gelegt, sondern war bestrebt, diesen den Kollegen in einem angenehmen Rahmen nahezubringen. Und so hat das Verbandsorgan wiederholte Umwandlungen erfahren. Nachdem ein nach Leipzig einberufener Kongreß der Malergehilfen Deutschlands am 21. und 22. Mai 1877 beschlossen hatte, den „Zentralverband der deutschen Maler, Lackierer und Vergolder“ mit dem Sitz in Leipzig zu gründen und den Vorstand ersuchte, ein eigenes Fachorgan herauszugeben, wenn 800 bis 1000 Mitglieder vorhanden seien, erschien ab 1. April 1878 „Die Mappe“, Organ für Maler, Lackierer und Vergolder. Die Generalversammlung, die am 10. und 11. Juni 1878 wiederum in Leipzig tagte, bestellte den Vorsitzenden Nauert gleichzeitig zum Redakteur des Verbandsorgans.

Am 12. November 1878 wurde die junge Malerorganisation auf Grund des § 6 des Sozialistengesetzes vom 31. Oktober 1878 verboten und damit auch die weitere Herausgabe der „Mappe“ unmöglich gemacht.

Brutaler Reaktionsgeist hatte damit die Organisation der Malergehilfen zerstört, konnte aber auf die Dauer nicht den Willen der Kollegen zum Zusammenschluß unterdrücken. Am

26. und 27. Dezember 1884 tagten in Dresden die Delegierten der Kollegen aus 15 Orten, die die Gründung eines neuen Zentralverbandes beschlossen. Er erhielt den Titel: „Verband der Maler und verwandter Berufsgenossen Deutschlands.“ Als Verbandsorgan

gier. Von Ende März 1890 an übernahm Kollege Hohlwegler, Berlin, die Redaktionsgeschäfte, der sie bis zu seinem Tode (Oktober 1893) behielt. An seine Stelle trat Kollege Mark.

Am 1. April 1897 wurde der Sitz des Verbandes nach Hamburg verlegt, wo



wurde die 1881 von Nauert neu gegründete Fachschrift „Die Mappe“ bestimmt.

Im Januar 1886 erschien das „Malervereinsblatt“, herausgegeben und gedruckt von M. Ernst, redigiert von Ludwig Reisberger, beide in München. Es wurde an die Gauvereine im Abonnement für 60 Pf. für das Exemplar und Quartal abgegeben.

Durch eine Abstimmung im Jahre 1886 wurde beschlossen, ab 1. Januar 1887 den „Correspondent“ herauszugeben, der unentgeltlich an die Mitglieder abgegeben werden sollte. Die Drucklegung blieb in München. Die Redaktion wurde dem Kollegen Schmitz in Hamburg übertragen. Unter dem Titel „Correspondent“ ist die Verbandszeitung bis 15. September 1888 herausgegeben worden. Ihrem Erscheinen wurde von den Behörden ein Ziel gesetzt; denn nachdem schon die Nummern 14 und 18 verboten waren, erfolgte am 19. September 1888 auf Grund des § 11 Absatz 2 des Sozialistengesetzes das gänzliche Verbot. Aber die Verbandsleitung war schon darauf gefaßt, so daß schon am 29. September 1888 die Nr. 27 des „Vereinsanzeiger“ herausgegeben werden konnte. Schriftleitung und Verlag wurden nach Berlin verlegt, wo Kollege Wenker vom Januar 1889 bis Ende März 1890 als Schriftleiter fun-

nun auch die Verbandszeitung erschien. Zum Redakteur wurde vom Vorstand und Ausschuß de Haas, Hamburg, gewählt. Als dieser die Redaktion Ende 1898 niederlegte, wurde vom Vorstand, in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß, der Hauptkassierer, Kollege Wenker, wieder mit der Redaktion

## Schützt Eure Organisation

Wieder hat ein Jahr geendet. Damit sind wir auch wieder am Schluß eines Verbandsgeschäftsjahres angekommen. In den nächsten Wochen berichten die verantwortlichen Funktionäre in den Generalversammlungen über ihre Tätigkeit im verflorbenen Jahre, worauf die Neuwahlen der Filialverwaltungsmitglieder und sonstigen Funktionäre erfolgen.

Dies ist natürlich auch den Kommunisten und der RGO bekannt. Schon seit Wochen wird daher in der kommunistischen Presse Stellung zur Neuwahl der Funktionäre in den Gewerkschaften genommen. Allen RGO-Anhängern und kommunistischen Gewerkschaftern wird es zur Pflicht gemacht, die in Frage kommenden Versammlungen zu besuchen und für die Wahl von Gesinnungsfreunden zu sorgen. Immer wieder heißt es in den Artikeln: „Besetzt die

des Verbandsorgans betraut. Nachdem das Kassiereramt aber seine Arbeitskraft immer mehr in Anspruch nahm, wählte der Verbandsvorstand den Kollegen Mark, Berlin, zum besoldeten Redakteur. Bis dahin war die Redaktionsstätigkeit nämlich nebenamtlich erledigt worden. Kollege Mark hat diesen Posten dann bekanntlich bis zum 1. Oktober 1931 bekleidet. Das Gesicht des „Vereinsanzeiger“ hat oftmals Änderungen erfahren, aber es blieb lange, im wesentlichen aus historischen Gründen, bei dem Titel. Erst die Generalversammlung 1925 in Jena beauftragte den Verbandsvorstand, eine Titeländerung und Neugestaltung des Äußeren der Verbandszeitung vorzunehmen. Seit dem 1. Januar 1924 erscheint nun „Der Maler“.

Wenn auch der Titel des Verbandsorgans vorläufig beibehalten werden dürfte, so halten wir uns doch für verpflichtet, das Äußere der Zeitung dem Stil- und Kunstgefühl der heutigen Zeit anzupassen. Deshalb der neue Kopf der Zeitung und die neue Schrift, Antiqua, wie sie vom „Lackierer“ und der „Malerjugend“ schon verwandt wird. Die eingebaute Photomontage läßt die Veränderungen, die das Äußere der Verbandszeitung im Laufe ihres 47jährigen Bestehens erlebte, deutlich erkennen. Aber wenn auch das Gesicht der Verbandszeitung wechselte, immer war sie den Kollegen ein treuer Berater und Führer im Kampfe um ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Besserstellung. So soll auch „Der Maler“ im neuen Gewande den Kollegen Wegweiser sein in ihrem Kampfe um Recht und Freiheit und eine bessere Gesellschaftsordnung. Wie die Kollegen treu zu ihrem Verbandsorgan ihre Interessen wahrten unter der Devise: Treue um Treue. Mögen die Kollegen aber auch daran denken, daß „Der Maler“ neben der schon erwähnten Aufgabenerfüllung auch die Lage der Kollegen, ihre Schmerzen und Nöte widerzuspiegeln hat. Voraussetzung dafür ist aber rege Mitarbeit aller dazu Befähigten.

Ortsverwaltungen der Gewerkschaften mit revolutionären Gewerkschaftern“, womit selbstverständlich nur die RGO-Anhänger gemeint sind. Dabei wird auf den Beschluß des „Ekk!“ hingewiesen, in dem gefordert wird:

„Zähe Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaft, um jeden wählbaren Posten, durch den Kampf um jedes Mitglied der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und die Eroberung der Organisationen der einzelnen Verbände sowie der Ortskartelle der reformistischen Gewerkschaften.“

Die Kollegen können daraus erkennen, daß sich die KPD, wieder einmal, wie schon so oft, in die ureigensten Angelegenheiten der Gewerkschaften einmischt. Um ihr Vor-

## II. Internationale Organisationen der Baugewerkschaften

Auch die folgende Darstellung der Entwicklung der internationalen Organisationen der Baugewerkschaften erhebt nicht den Anspruch eine – noch immer ausstehende – Geschichte der internationalen Vereinigungen nationaler Baugewerkschaften<sup>101</sup> zu bieten. Da einschlägige Vorarbeiten und substantielle Studien fehlen, kann im folgenden nur eine Skizze der Organisationsentwicklung vorgestellt werden. Ihr Ziel ist es, einen Überblick und eine Orientierung über die Entstehung und Entwicklung sowie die Beziehungen der verschiedenen internationalen Gewerkschaftsorganisationen in der Bauindustrie zu geben.

Bei den hier angesprochenen 'internationalen Gewerkschaftsorganisationen' handelt es sich überwiegend um sogenannte Internationale Berufssekretariate (IBS), wie sie bis vor kurzem im Organisationsbereich der "Freien" – sozialdemokratisch orientierten – Gewerkschaften genannt wurden.<sup>102</sup> Internationale Berufssekretariate sind Zusammenschlüsse autonomer nationaler Einzelgewerkschaften bestimmter Berufsgruppen, Branchen oder Industriezweige. Die heute dominante Organisation im Bausektor ist der Internationale Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH), auf europäischer Ebene hat sich der mit dem IBBH verbundene Europäische Bund der Bau- und Holzarbeiter (EBBH) etabliert. Internationale Vereinigungen der Baugewerkschaften des kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbundes oder des christlichen Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA) spielen gegenwärtig keine oder bestenfalls eine randständige Rolle. – Die Gründungsgeschichte der Berufssekretariate führt zurück ins 19. Jahrhundert.

Es wird nicht verwundern, dass die Rahmenbedingungen, Einflüsse und Veränderungen sozioökonomischer und politischer Art, die auf die Entwicklung der deutschen Baugewerkschaften maßgebend einwirkten, sich überwiegend auch auf der internationalen Ebene finden und hier die Entwicklung der Organisationen beeinflussten. Folglich zeigte sich auf internationaler Ebene eine ähnliche politisch-weltanschauliche Fragmentierung, wie sie die nationale Entwicklung kennzeichnete. Ähnlichkeiten finden sich auch beim Konzentrationsprozess, der die berufsverbandlichen Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene schrittweise

---

101 Zur Geschichte der Internationalen Berufssekretariate in der Bauindustrie gibt es nur wenige Studien. Noch am ausführlichsten Konrad Carl/Bruno Köbele (Hrsg.): Auf der Suche nach Solidarität. Eine Geschichte der internationalen Bau- und Holzarbeiterbewegung, Köln 1993; ferner Knut Johansson/ Jan-Erik Norling: Wir bauen die Zukunft: 100 Jahre internationale Zusammenarbeit. Eine Chronik, hrsg. vom Internationalen Bund der Bau- und Holzarbeiter, Genf o.J. [1997]; für die Gründungsphase bis 1913/14: Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten und Arbeiterverbände. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1914 (= 9. Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatte); Wilhelm Kulemann: Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter und Arbeitgeber aller Länder, Jena 1900; Wilhelm Kulemann: Die Berufsvereine. Geschichtliche Entwicklung der Berufsorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber aller Länder. Bd. 6, 2., völlig neu bearb. Auflage der "Gewerkschaftsbewegung, Berlin 1913; ferner Johann Sassenbach: Twenty-Five-Years of International Trade Unionism, Amsterdam 1926.

102 Inzwischen erfolgte eine Umbenennung der nicht mehr verständlichen Bezeichnung in *Global Union Federation*. - Die Bezeichnung *Internationale Berufssekretariate* tradierte eine frühe Organisationsstufe der Zusammenschlüsse nationaler Berufsgewerkschaften, die anfangs *Internationale Sekretariate* einrichteten und *Internationale Sekretäre* ernannten. Die internationalen Berufsorganisationen der christlichen Gewerkschaften nannten sich *Fachinternationale* und die seit 1949 im Rahmen des Weltgewerkschaftsbundes eingerichteten Berufsorganisationen wurden als *Internationale Vereinigung der Gewerkschaften (IVG)* oder im englischen *Trade Union International (TUI)* bezeichnet.

zu Multi-Branchenvereinigungen und Industrieverbänden umformte, wenngleich die Gründe, der Zeitpunkt und die Struktur der jeweiligen Umformung auf nationaler und internationaler Ebene keineswegs immer parallel verliefen.

### ***1. Die Gründungsphase bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs***

Für verschiedene Berufsgewerkschaften wurden die Internationalen Arbeiterkongresse, die 1889 in Paris zum Gedenken an den 100. Jahrestag der Französischen Revolution stattfanden, zum Ausgangspunkt für die Aufnahme internationaler Kontakte und, in der Folge, für die Bildung Internationaler Berufssekretariate. Obwohl auch einige Gewerkschaften in der Baubranche bereits in den 1890er Jahre Verbindungen zu Berufsgewerkschaften anderer Länder aufnahmen (Steinarbeiter, Töpfer), erfolgte die Etablierung dauerhafter Verbindungen von Baugewerkschaften erst nach der Wende zum 20. Jahrhundert.

Verschiedene Faktoren hemmten die Herausbildung internationaler Beziehungen und die Etablierung gefestigter Institutionen.<sup>103</sup> Die zeitlichen Unterschiede bei der Entwicklung nationaler Organisationen trugen dazu bei, dass überwiegend erst nach der Jahrhundertwende stabile nationale Gewerkschaften im Baugewerbe entstanden, die in der Lage waren, internationale Kontakte aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Das Beispiel des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands zeigt diese Schwierigkeiten der Etablierung und Konsolidierung eines Verbandes, der in den 1890er Jahren mit den internen Problemen konfrontiert war, Grundentscheidungen über die Organisationsstruktur, gewerkschaftspolitische Ziele und Orientierungen durchzusetzen. Hinzu kamen erhebliche nationale Differenzen bei den organisatorischen Strukturen, der politischen Ausrichtung und der gewerkschaftspolitischen Orientierung, ganz abgesehen von Sprachbarrieren und nicht selten auch von nationalistischen Vorurteilen, die Verbindungen, Kooperationen und koordiniertes Handeln hinderten oder erschwerten.

Als Hemmnis für den Aufbau von Verbindungen zwischen den Gewerkschaften des Baugewerbes verschiedener Länder erwies sich lange Zeit die lokale Dimension des Baugewerbes, das weder internationale Produktionsstrukturen noch Exportmärkte aufwies. Länderübergreifende Kooperationen erschienen daher nicht notwendig. Erst intensive Erfahrungen mit den Folgen moderner Arbeitsmigration (Wanderarbeiter), die bei Arbeitskämpfen – nicht selten gezielt von Arbeitgeberorganisationen angeworben – als Streikbrecher die Verhandlungsposition der lokalen/nationalen Gewerkschaften bedrohlich schwächten, veränderten diese Einschätzungen. Verstärkt nach der Jahrhundertwende intensivierten sich die Bemühungen nicht zuletzt deutscher Baugewerkschaften, Verbindungen zu ausländischen Verbänden aufzubauen, Vereinbarungen über die gegenseitige Anerkennung von Gewerkschaftsmitgliedschaften (Kartell- und Gegenseitigkeitsverträge) abzuschließen und Vorkehrungen zu treffen, um bei Arbeitskonflikten den "Zuzug" von Arbeitskräften zu verhindern.<sup>104</sup> Ähnlich

---

103 Vgl. zum folgenden den Überblick in: Konrad Carl/Bruno Köbele (Hrsg.): Auf der Suche nach Solidarität. Eine Geschichte der internationalen Bau- und Holzarbeiterbewegung, Köln 1993, S. 16-24.

104 Beispielsweise war der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands gegen Ende der 1890er Jahre mit dem Problem konfrontiert, "dass es den Arbeitgebern in Streikfällen fast immer gelang, die benötigten Arbeitskräfte aus dem Auslande heranzuziehen", was ihn "in erster Linie veranlasste, einen internationalen

der Funktion nationaler Gewerkschaften waren die internationalen Verbindungen zunächst vorrangig darauf gerichtet, den Arbeitsmarkt zu kontrollieren und zu beherrschen sowie bei Arbeitskonflikten gegenseitige Unterstützungen zu gewähren.

Initiativen für die Etablierung internationaler Gewerkschaftsverbindungen gingen in vielen Fällen von den deutschen Baugewerkschaften aus. Sie hatten sich nach der Jahrhundertwende zu vergleichsweise stabilen und mitgliederstarken Organisationen entwickelt. Darüber hinaus war das deutsche Kaiserreich aufgrund der langen wirtschaftlichen Expansionsphase seit etwa Mitte der 1890er Jahre zu einem Magneten für die europäische Arbeitsmigration geworden.<sup>105</sup> Häufig als 'billige' Konkurrenz angeworben, drohten ausländische Arbeitskräfte von den Gewerkschaften erreichte oder angestrebte Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gefährden und bei Arbeitskämpfen, da sie gezielt als Streikbrecher eingesetzt wurden, die Position der Gewerkschaften nachhaltig zu schwächen.<sup>106</sup> Es ist daher nicht verwunderlich, dass Vereinbarungen über Gegenseitigkeitsverträge (Kartellverträge), mit denen die gegenseitige Anerkennung von Gewerkschaftsmitgliedschaften und die Pflicht des migrierenden Mitglieds zum Gewerkschaftsbeitritt, Reiseunterstützung und die Gewährung von weiteren Hilfeleistungen festgelegt wurden, anfangs im Mittelpunkt standen. Diese Regelungen waren nicht mehr dem Gesellenwandern des "alten" Handwerks verpflichtet, sondern versuchten Probleme zu steuern, die aus der modernen Arbeitsmigration als Folge der konjunkturellen Dynamik der Bauindustrie in der industriellen Expansionsphase und aufgrund des ökonomischen Gefälles in Europa entstanden. Beispielsweise basierten die internationalen Verbindungen des Verbandes der Maler, Anstreicher, Lackierer, Tüncher und Weißbinder Deutschlands zwischen 1904 und 1911 vor allem auf verschiedenen Kartellverträgen, an denen sich bis 1908 bereits neun Gewerkschaften beteiligten. Erst 1911 wurde der 1. Internationale Malerkongress nach Zürich einberufen und die Einrichtung eines internationalen Sekretariats, die Erhebung von Mitgliedsbeiträgen, die Herausgabe einer Zeitschrift der Maler-Internationalen und weiterhin ein differenzierter Kartellvertrag beschlossen.<sup>107</sup>

Der Verständigung untereinander, der Vermittlung nationaler Problemlagen und dem Kennenlernen unterschiedlicher Organisationsstrukturen und -kulturen dienten Einladungen von Repräsentanten ausländischer Verbände zu Gewerkschaftskongressen. Die Gründung verschiedener Internationaler Berufssekretariate wurde so vorbereitet und erfolgte nicht selten – wie

---

Zusammenschluss anzustreben". Die Einberufung einer internationalen Konferenz am 2.6.1898 im Anschluss an den Verbandstag des Steinarbeiter-Verbandes in Würzburg war der erste Schritt, um eine kontinuierliche Beziehung zwischen den Steinarbeitergewerkschaften herzustellen, vgl. Kulemann: Die Berufsvereine, S. 36.

105 Vgl. zur Migration in Deutschland Anton Knoke: Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland, Leipzig 1911; Klaus J. Bade: 'Billig und willig' – die 'ausländischen Wanderarbeiter' im kaiserlichen Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, München 1993, S. 311-324; Ulrich Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge, München 2001.

106 Vgl. Sabine Hanna Leich/Wolfgang Kruse: Internationalismus und nationale Interessenvertretung. Zur Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung, Köln 1991, S. 52 ff.

107 Vgl. Kulemann: Die Berufsvereine, S. 85-88. Mitglieder- und organisationsschwächere Gewerkschaften der Glaser und der Dachdecker beschränkten ihre Beziehungen untereinander bis 1914 auf Gegenseitigkeitsverträge, vgl. ebd., S. 109 f., 119 f.

bei den Steinarbeitern (1898), den Steinsetzern (1904) oder den Zimmerern (1903) – im Anschluss an einen Verbandstag der deutschen Gewerkschaft.<sup>108</sup>

Die Etablierung Internationaler Berufssekretariate (IBS) blieb bis 1914/1920 beschränkt auf die Freien Gewerkschaften. Obwohl auf nationaler Ebene in verschiedenen Ländern bis zur Wende zum 20. Jahrhundert politisch und weltanschaulich divergierende Organisationsrichtungen entstanden waren, fand diese Entwicklung bei den Gewerkschaften im Baugewerbe bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs keine Parallele auf internationaler Ebene. Die liberalen Baugewerkschaften erwiesen sich organisatorisch und mitgliedermäßig als zu schwach, um eine internationale Koordination etablieren zu können. Die internationalen Kontakte christlicher Gewerkschaften in Deutschland, die erst nach der Jahrhundertwende aufgenommen wurden, erfolgten nur im Rahmen von Kartellverträgen (Gegenseitigkeitsverträgen) mit christlichen Gewerkschaften in der Schweiz, in Belgien und Österreich.<sup>109</sup> Erst nach dem Ersten Weltkrieg wurden diese Verbindungen in Form von Fachinternationalen institutionalisiert.<sup>110</sup>

Die internationalen Verbindungen der überwiegend sozialdemokratischen/sozialistischen Gewerkschaften im Baugewerbe folgten weitgehend der berufsverbandlichen Fragmentierung der meist noch handwerklich geprägten Facharbeitergewerkschaften in den einzelnen Ländern (vgl. Schaubild 4). Vor 1914 entstanden – abgesehen von der hier nicht näher berücksichtigten Internationalen Union der Holzarbeiter (IUH)<sup>111</sup> – internationale Verbindungen der Steinarbeiter, Steinsetzer, Maler, Töpfer, Zimmerer sowie der Maurer. Die Glaser-Gewerkschaften koordinierten sich, ähnlich den Dachdeckern, nur im Rahmen von Gegenseitigkeitsabkommen. Ein Schritt in Richtung zur Überwindung von Statusgrenzen erfolgte mit der Einbeziehung der Bauhilfsarbeiter bei der 2. internationalen Konferenz der Baugewerkschaften, die im August 1907 in Stuttgart stattfand.<sup>112</sup>

---

108 Vgl. die entsprechenden Daten bei Kulemann: Die Berufsvereine, S. 36-39, 91 ff., 116 f.

109 Zu den Ansätzen, an denen der Zentralverband der christlichen Maler und verwandter Berufe Deutschlands und der Zentralverband christlicher Bauarbeiter jeweils beteiligt waren, vgl. Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten und Arbeiterverbände. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1914, S. 127 ff.

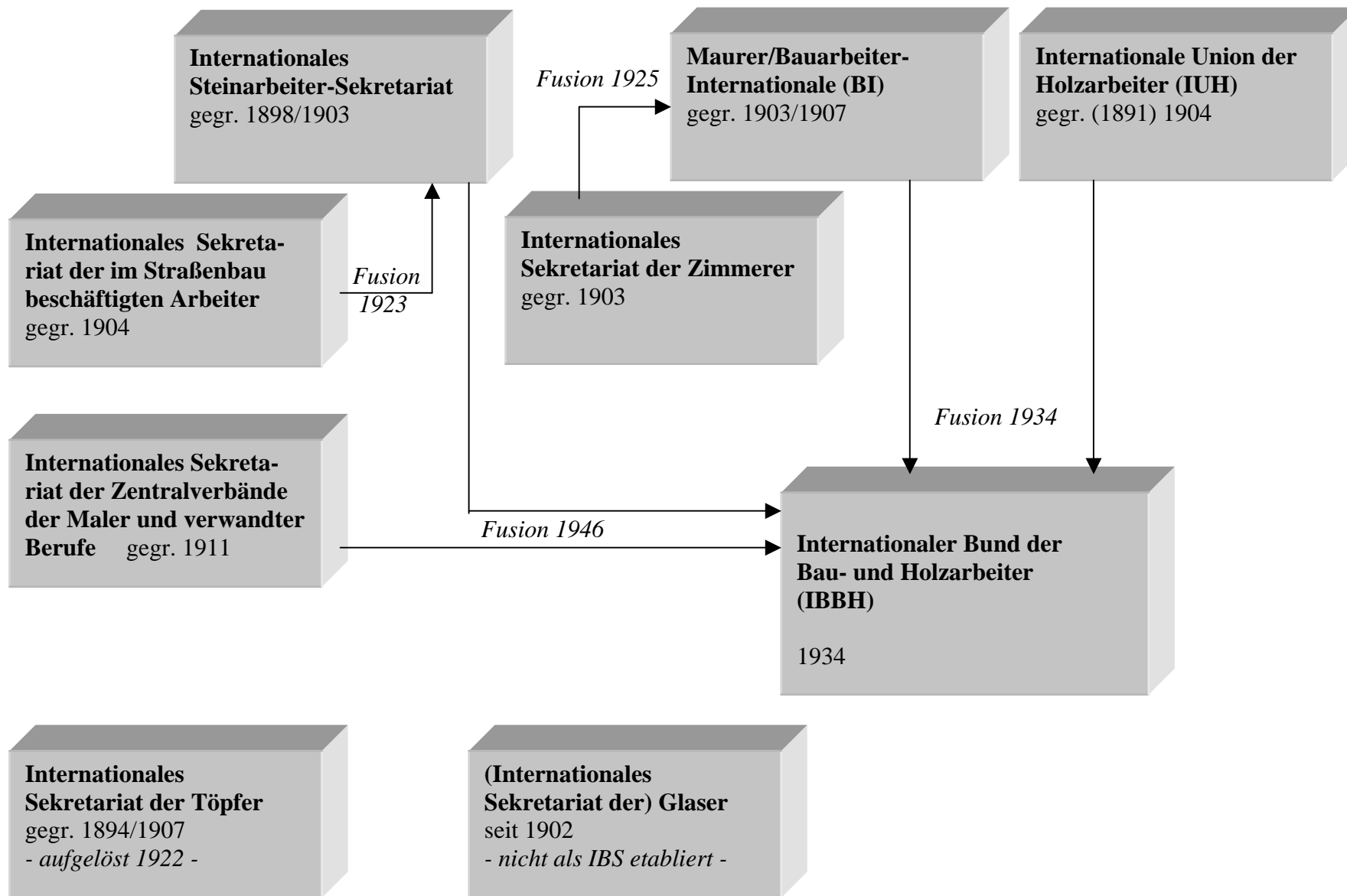
110 Für den Bereich der Baugewerkschaften bestand eine Fachinternationale, vgl. Bernhard Otte: Internationaler Bund der Christlichen Gewerkschaften, in: Ludwig Heyde (Hrsg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. 1, Berlin 1932, S. 817-823, hier S. 822.

111 Die 1904 gegründete Internationale Union der Holzarbeiter (IUH) fusionierte 1934 mit der Bauarbeiter-Internationale (BI) zum Internationalen Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH). Nicht berücksichtigt ist eine Verbindung der Dachdecker, die sich allein auf seit 1902 zwischen den Berufsverbänden Deutschlands, der Schweiz und Österreichs abgeschlossenen Gegenseitigkeitsverträgen stützte, vgl. Die internationalen Beziehungen, S. 119 ff.

112 Von den 15 teilnehmenden Gewerkschaften aus 13 Ländern vertraten 6 ausschließlich Maurer, 7 berufs- und statusgruppenübergreifend Bauarbeiter und 2 selbständige Bauhilfsarbeiter, vgl. ebd., S. 54 f.



Schaubild 4: Fusionen und Zusammenschlüsse Internationaler Berufssekretariate im Baugewerbe



Die Beteiligung der Bauhilfsarbeiter ging der organisatorischen Entwicklung in Deutschland voraus. Sie folgte jedoch beruflichen Entwicklungen im Baugewerbe. Durch die Einführung neuer Bautechniken (u.a. den Einsatz von Stahlbeton) wurde eine wachsende Anzahl von angelernten Bauarbeitern mit hohem fachlichen Können, die weder zu den klassischen Handwerks- und Facharbeiterberufen des Baugewerbes zählten noch von den entsprechenden Berufsgewerkschaften organisiert wurden, im Baugewerbe beschäftigt.

Auch wenn es nach der Jahrhundertwende zu einem Ausbau der Beziehungen zwischen den nationalen Berufsgewerkschaften und zu dauerhaften Verbindungen kam, blieb der Grad der Institutionalisierung trotz einer wachsenden Anzahl beteiligter Gewerkschaften bis 1914 letztlich gering (vgl. Übersicht 1).

Mit unterschiedlicher Intensität wurden nach der Jahrhundertwende von allen internationalen Gewerkschaftsvereinigungen mit mehr oder weniger großem Abstand Konferenzen und Kongresse abgehalten, die vor allem der Verständigung und der Beschlussfassung über Gegenseitigkeitsabkommen, Maßnahmen zur Steuerung der Arbeitsmigration, der Diskussion und Regelung gegenseitiger Unterstützungsmaßnahmen bei Arbeitskämpfen und schließlich dem Informationsaustausch über die Entwicklung von Arbeiterschutzmaßnahmen dienten. Nicht selten wurden für diese Konferenzen der nationale Verbandstag des deutschen Verbandes gewählt (so bei den Steinsetzern, Töpfern und Zimmerern). Die Bauarbeiter-Internationale nutzte die Internationalen Arbeiterkongresse, um im Anschluss an diese Veranstaltungen die eigenen Konferenzen oder Kongresse abzuhalten – in Stuttgart 1907 und Kopenhagen 1910.<sup>113</sup>

Zwar richteten – überwiegend erst nach der Jahrhundertwende – alle hier angesprochenen internationalen Gewerkschaftsvereinigungen im Baugewerbe (mit Ausnahme der Glaser) sogenannte Internationale Sekretariate ein. Doch waren diese stets an einen nationalen Verband, bis auf die Steinarbeiter ausschließlich deutsche Gewerkschaften, gebunden und verfügten nicht über eigenständiges Personal. Die vom internationalen Kongress oder der internationalen Konferenz gewählten oder bestellten Sekretäre waren die Verbandsvorsitzenden dieses Verbandes. Diese minimale Institutionalisierung zeigte sich auch am Fehlen von Statuten oder Satzungen bei allen Berufssekretariaten im Baugewerbe bis 1914. Die wenigen Festlegungen über die Aufgaben des Internationalen Sekretariats, die Wahl des Sekretärs, die Einberufung internationaler Konferenzen etc. waren meistens in wenigen Paragraphen der Kartellverträge geregelt.<sup>114</sup> Zurückhaltend waren auch die Vereinbarungen über Mitgliedsbeiträge, die mit Ausnahme der Töpfer und Glaser von allen hier angesprochenen Berufssekretariaten eingeführt wurden, jedoch mit Beiträgen zwischen einem Pfennig je Mitglied und Jahr (Zimmerer) und zehn Pfennigen (Steinsetzer) nur dazu dienen konnten, die Aufwendungen für Korrespondenzen, Konferenzen und Publikationen zu decken.

---

113 Die Internationale Bauarbeiterkonferenz von 1907 legte in dem beschlossenen Kartellvertrag in § 15 entsprechend fest: "Internationale Konferenzen sollen in Zukunft in der Regel in Verbindung mit den internationalen sozialistischen Arbeiterkongressen stattfinden", zitiert nach: ebd., S. 56.

114 Vgl. exemplarisch den Kartellvertrag für die Bauarbeiter-Internationale, in: ebd., S. 55 f.

## Übersicht 1: Institutionalisierung internationaler Gewerkschaftsverbindungen in der Bauindustrie vor 1914

Gewerkschaften	Gründung	Gründungsanlass	Initiative	Institution	Sitz	Statut	Beitrag	Konferenzen/ Kongresse
Maurer/ Bauarbeiter	1903/1907	Anwerbung/ Zuzug von Arbeitern aus dem Ausland bei Arbeitskämpfen (deutscher Verband)	deutscher (dt.) Verband	intern. Sekretariat (1907) (informell agiert dt. Verband seit 1903 als "Zentralstelle")	Hamburg	kein Statut "Grundsätze" (1903) regelten Beziehung zw. den Verbänden	2 Pf./Mitgl. (1910)	1903: Berlin 1907: Stuttgart 1910: Kopenhagen 1913: Gera
Maler	1911 (1891/92; 1901/1904; 1907)	1911: Erweiterung von seit 1907 bestehenden Kartellverträgen	(1891/92: dt. Verband; 1901/1904 franz. Verband; 1907: dt. Verband) dt. Verband (1911)	intern. Sekretariat (1911)	Hamburg	erweiterter Kartellvertrag mit Regelung f. Sekretariat (§ 7)	5 Pf./Mitgl. (1911)	1892: Frankfurt a.M. 1904: Grenoble 1907: Leipzig 1911: München 1911: Zürich
Steinarbeiter	1898/1903	Anwerbung/ Zuzug von Arbeitern aus dem Ausland bei Arbeitskämpfen (deutscher Verband)	dt. Verband	internationale Agitationskommission (1898)  intern. Sekretariat (1903)	Berlin (1898)  Zürich (1903)	1903: Resolution mit Aufgaben f. Sekretär 1908: Regulativ	3 Pf./Mitgl. (1898)  20 M. Vorschuss 25 M/1000 Mitgl. (1903) 3 Centimes/Mitgl. (1908)	1898: Würzburg 1903: Zürich 1908: Kassel 1913: Brüssel
Steinsetzer	1904	Erweiterung von seit 1894 bestehenden Kontakten (Einladungen zu Verbandstagen)	dt. Verband	intern. Sekretariat (1904)	Berlin	1904: "Vertrag" 1907: Regulativ (§§ 5-10)	3 Pf./Mitgl. (1904) 10 Pf./Mitgl. (1907)	1904: Braunschweig 1907: Leipzig
Töpfer	1894/1907		dt. Verband	intern. Kommission (1894) intern. Sekretariat (1907)	Berlin (1894-99) Dresden (1899-1901) Berlin (1907)	-	freiwillige Beiträge (1894)	1894: Görlitz 1907: Berlin
Zimmerer	1903	Anwerbung/Zuzug ausländ. Arbeitskräfte bei Streik 1902 in Dt.	dt. Verband	intern. "Vertrauensmann/intern. Sekretariat (1903)	Hamburg (1903)	1903: Resolution	1913: 1 Pf./Mitgl.	1903: Hamburg 1907: Köln 1913: Hamburg
Glaser	(1902)	s. 1902: Gegenseitigkeitsverträge des dt. Verbandes m. Gewerkschaften i. d. Schweiz, Ungarn u. Schweden (1908), Österreich (1910)		-	-	-	-	-

Dem weitgehenden Verzicht auf die Herausbildung eigenständiger Organisationen entsprach es auch, dass als Publikationsorgan des Internationalen Sekretariats meist das Verbandsblatt der deutschen Gewerkschaft gewählt wurde (z.B. Töpfer, Zimmerer, Bauarbeiter bis 1910) und dass in den Fällen, in denen davon abgegangen wurde, nur – mehr oder weniger regelmäßige – Berichte der nationalen Mitgliedsverbände veröffentlicht wurden.

Insgesamt hatte keine der internationalen Verbindungen der Gewerkschaften im Baugewerbe bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs den Schritt zu einer eigenständigen internationalen Föderation mit unabhängigem Sekretariat und eigenem Personal gemacht und dadurch eine gewisse organisatorische Autonomie gegenüber den nationalen Mitgliedsverbänden gewonnen. Die internationalen Vereinigungen waren entweder Internationale Berufssekretariate, organisatorisch getragen und abhängig von einer nationalen Gewerkschaft, überwiegend deutschen Verbänden (Bauarbeiter, Maler, Steinarbeiter, Steinsetzer, Töpfer und Zimmerer), oder Kartellvereinigungen ohne formell koordinierendes Sekretariat (Glaser, Dachdecker).

Die eng gesteckten Grenzen der internationalen Kooperation der Baugewerkschaften zeigten sich nicht nur in der schwachen Institutionalisierung, sie wurden auch deutlich in der praktischen Arbeit. Für die Koordination und vor allem für die gegenseitige Konfliktunterstützung konnten im Prinzip nur ad hoc Lösungen gefunden werden. So kam es zwar vor 1914 immer wieder zu materiellen Hilfen bei größeren Arbeitskämpfen – vermittelt über die Bauarbeiter-Internationale wurden beispielsweise zwischen 1910 und 1914 in zwei Fällen Unterstützungen von insgesamt bemerkenswerten 70.000 M gewährt; der deutsche Verband der Maler, Anstreicher etc. leistete 1911/12 Streikhilfen für den rumänischen und den schweizerischen Verband in Höhe von 1.000 M bzw. 20.000 M.<sup>115</sup> Die Einrichtung von Streikfonds wurde jedoch wegen unterschiedlicher Interessenlagen und divergierender gewerkschaftspolitischer Zielsetzungen, der sehr stark differierenden Größe und Konfliktfähigkeit sowie aufgrund der erheblichen Unterschiede der Organisationsentwicklungen meist verworfen oder an sehr restriktive Bedingungen geknüpft.<sup>116</sup> Die starke Konzentration der angeschlossenen Organisationen auf wenige Länder (Österreich-Ungarn, Dänemark, Schweiz, Schweden und Deutschland) (vg. Tabelle 10) sowie die insgesamt doch geringe Mitgliederzahl und der hohe Anteil der deutschen Baugewerkschaften, der bei den meisten Berufssekretariaten über 50 % lag (vgl. Tabelle 11), unterstreichen das Einfluss- und Organisationsgefälle in den europäischen Baugewerkschaften.

---

115 Vgl. die Angaben in: ebd., S. 59, 88; ferner Zehnter Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung, 1912, hrsg. vom Internationalen Gewerkschaftsbund, Berlin 1913, S. 25, hier werden als Ausgaben der "internationalen Sekretariate im Jahr 1912" für Streiks und Aussperrungen Angaben u.a. für Steinarbeiter 1.746 M und für Holzarbeiter 10.300 M angeführt.

116 Vgl. generell zu dieser Problematik Leich/Kruse: Internationalismus, S. 48-51.

**Tabelle 10: Internationale Berufssekretariate der Gewerkschaften im Baugewerbe - Mitgliederstruktur (1912)**

Länder/ Gewerkschaften	Stein- arbeiter	Bau- arbeiter	Maler	Stein- setzer	Töpfer	Glaser	Zim- merer
Belgien	x	x		x			
Bosnien-Herz.		x					
Brasilien	x						
Bulgarien	x	x					
Dänemark	x	x	x	x	x	x	x
Deutschland	x	x	x	x	x	x	x
England				x			
Finnland	x	x	x				
Frankreich	x	x		x			
Holland	x	x	x	x			
Italien	x	x		x			
Kroatien-Slove.	x	x	x				
Norwegen	x	x	x				
Österreich	x	x	x	x	x	x	x
Rumänien					x		
Schweden	x	x	x	x	x	x	
Schweiz	x	x	x	x	x	x	x
Serbien	x				x		
Spanien	x						
Ungarn	x	x	x	x	x	x	x
insgesamt	17	14	10	10	8	(6)	6

Quelle: Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten und Arbeiterverbände. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1914, S. 20.

Vorschläge für eine Konzentration der Kräfte durch die Bildung eines Berufssekretariats, "dem alle nationalen Industrie- oder Berufsorganisationen des Baugewerbes und der öffentlichen Arbeiten angehören sollen, doch mit Beibehaltung ihrer vollen Autonomie", legten 1913 französische Verbandsvertreter in der Bauarbeiter-Internationale und in der Internationale der Steinarbeiter vor. In Frankreich war in den vorangegangenen Jahren eine zentralistische, industrieverbandsmäßige Gewerkschaft im Baugewerbe entstanden, die sich nun mit zahlreichen berufsverbandlich fragmentierten Berufssekretariaten im Baugewerbe konfrontiert sah und hoffte, den nationalen Konzentrationsprozess auch auf der internationalen Ebene durchsetzen zu können.<sup>117</sup> Vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs gelang dies jedoch nicht, zumal in den einzelnen Berufssekretariaten erhebliche "berufsegoistische" Hemmnisse gegen Fusionen bestanden.

<sup>117</sup> Vgl. Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 44 f.; ferner Die internationalen Beziehungen, S. 57.

**Tabelle 11: Mitgliederstand der Internationalen Berufssekretariate im Baugewerbe**

<b>Internationale Berufssekretariate</b>	<b>Mitglieder</b>	<b>davon: deutsche Gewerkschaften</b>	<b>in Prozent</b>	<b>Länder</b>
Steinarbeiter (1911)	69.530	22.000	31,6	17
Bauarbeiter (1910)	451.665	260.000	57,5	15
Maler (1912)	64.281	47.115	73,2	10
Steinsetzer (1912)	14.880	11.000	73,9	10
Töpfer (1912)	16.028	12.175	75,9	6 (8)
Zimmerer (1912)	83.538	61.872	74,0	6

Quelle: Die internationalen Beziehungen der deutschen Arbeitgeber-, Angestellten und Arbeiterverbände. Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amte, Berlin 1914.

Die Internationalen Berufssekretariate, die Ende der 1890er Jahre und im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts im Baugewerbe gegründet wurden, waren berufsverbandlich fragmentierte Vereinigungen, die noch nicht den Schritt zu selbständigen internationalen Föderationen gemacht hatten und deren sehr begrenzte Handlungsfähigkeit überwiegend von einzelnen Gewerkschaften abhing. Betrachtet man die "schwache" institutionelle Entwicklung, die geringe Mitgliederzahl und die einseitige Mitgliederstruktur der IBS im Baugewerbe verwundert folgende Charakterisierung Klaus Schönhovens:<sup>118</sup> "Die imposanten Mitgliederzahlen und die weit aufgefächerten beruflichen Verbindungen ließen die gewerkschaftliche Internationale als eine machtvolle und geschlossene Organisation erscheinen, die keinen Gegner fürchten musste." Auch die kontrastierende Feststellung, dass sich dies "im Sommer 1914 als eine große Illusion" enthüllte, "als die Ohnmacht der europäischen Arbeiterbewegung und ihre Unfähigkeit zum gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg offenbar wurden", geht von einer Erwartung an die institutionelle Entwicklung und die Handlungsfähigkeit aus, die mit dem Stand der Organisationsentwicklung der Bau-IBS im Jahr 1914 in keiner Weise zu begründen ist.

So wenig die Berufssekretariate im Baugewerbe im Sommer 1914 in der Lage waren, den Kriegsbeginn zu verhindern, so wenig waren sie in den folgenden Jahren fähig, die bis 1914 entwickelten Organisations- und Handlungsansätze weiterzuführen. Erst nach dem Ende des Ersten Weltkriegs konnten die Ansätze der Vorkriegszeit weitergeführt werden, indem neue Aufgaben übernommen und eine industrieverbandliche Konzentration auch auf internationaler Ebene eingeleitet wurde.

## **2. Zwischen den Weltkriegen**<sup>119</sup>

Der Beginn des Ersten Weltkriegs führte vor allem in den kriegsführenden Ländern – aber auch in den neutralen Staaten – zu einem nachhaltigen Einbruch der Bauwirtschaft, da die

---

118 Vgl. Klaus Schönhoven: Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918, in: Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, hrsg. von Ulrich Borsdorf, Köln 1987, S. 169-278, hier S. 247.

119 Die folgende Darstellung stützt sich vor allem auf Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 50 - 135.

meisten privaten Bauvorhaben zunächst stillgelegt wurden. Durch diese wirtschaftliche Entwicklung, die Einberufung zum Kriegsdienst und Abwanderungen in andere Industrien verloren die Baugewerkschaften in den ersten Kriegsjahren nicht selten mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder.<sup>120</sup> Organisatorisch geschwächt, waren sie daher nur nachrangig daran interessiert, ihre internationalen Verbindungen aufrechtzuerhalten, zumal sich bei vielen Gewerkschaften in den ersten Jahren ein wenig verhohlener Kriegspatriotismus zeigte und eine aktive Einbindung in nationale Koalitionen stattfand, der konträr stand zu der gelegentlich bis Sommer 1914 propagierten Antikriegsrhetorik.<sup>121</sup>

Zwar wurden gelegentlich nationale Kongresse, sofern sie noch stattfanden, in den ersten Jahren dazu genutzt internationale Kontakte zu unterhalten, doch brachen diese Verbindungen mit der Dauer des Krieges ab. Beschränkt wurden die Möglichkeiten internationaler Verbindungen auch dadurch, dass – mit Ausnahme der Steinarbeiter-Internationale mit Sitz in Zürich – 1914 alle anderen Bau-Berufssekretariate ihren Sitz in Deutschland hatten, angebunden an den jeweiligen nationalen Verband. Mehr oder weniger differenzierten sich internationale Verbindungen während des Krieges nach den Koalitionen, gegebenenfalls noch ergänzt durch Verbindungen zwischen und zu den Gewerkschaften neutraler Staaten. Nur selten vermochten es Berufssekretariate, ihr Nachrichtenblatt weiterzuführen, wie es der Internationalen Union der Holzarbeiter mit ihrem "Bulletin" mehr oder weniger regelmäßig bis 1919 gelang.<sup>122</sup> Ebenso außergewöhnlich war es – und zugleich eine Folge der wachsenden Beanspruchung führender Gewerkschaftsfunktionäre durch die Burgfriedens-Politik –, wenn bei der Bauarbeiter-Internationale zum 1. Juli 1915 mit Georg Käßler ein Sekretär für das BISekretariat eingestellt wurde, der Fritz Paepow in dieser Funktion entlasten sollte.<sup>123</sup>

Insgesamt aber bedeutete der Erste Weltkrieg Stagnation und Rückschritt für die organisatorische und politische Entwicklung der Internationalen Berufssekretariate. Und die Positionen, die nicht zuletzt führende deutsche Gewerkschafter wie Fritz Paepow und Carl Legien zumindest zu Beginn des Krieges vertraten – die Anerkennung des Krieges, gelegentlich die Akzeptanz der Kriegszielpolitik, der schmerzlich vermisste Protest gegen den Einmarsch deutscher Truppen in das neutrale Belgien – belasteten in den ersten Nachkriegsjahren die Aufnahme der internationalen Zusammenarbeit.

Die Reorganisation der Internationalen Berufssekretariate wurde anfangs durch die Unfähigkeit der Gewerkschaften, im Jahr 1914 gemeinsam eine wirksame Position gegen den Krieg einzunehmen, und durch die kriegspatriotischen Stellungnahmen vor allem deutscher Gewerkschafter schwer belastet. Auch wenn diese Themen im Rahmen von Debatten über die Anti-Kriegspolitik der Gewerkschaften in den 1920er Jahren wiederholt auftraten, beeinträchtigten

---

120 Vgl. Reinhard Krämer: "Burgfrieden"? Die Bauarbeitergewerkschaften 1914 bis 1918, in: Arno Klönne u.a. (Hrsg.): Hand in Hand. Bauarbeiter und Gewerkschaften. Eine Sozialgeschichte, Frankfurt a.M. 1989, S. 92-105.

121 Vgl. die Problemskizze bei Leich/Kruse: Internationalismus, S. 54-57.

122 Vgl. Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 52.

123 Vgl. Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 67. – Georg Käßler blieb bis 1933/34 hauptamtlicher Sekretär der BI; am 25.4.1933 wurden er und seine Frau in Berlin verhaftet, sein weiteres Schicksal blieb zunächst unbekannt.

sie nicht langfristig die Politik und Entwicklung der Internationalen Berufssekretariate. Deren organisatorische Entwicklung in der Zwischenkriegszeit wurde vor allem durch drei Faktoren geprägt: (1) nicht zuletzt die erfahrene organisatorische Schwäche während des Ersten Weltkriegs führte zu einer Stärkung und Formalisierung der Organisationsstruktur der Berufssekretariate und intensivierten Intentionen zu Fusionen möglichst aller Berufssekretariate im Baugewerbe; (2) die weltanschauliche und politische Fragmentierung der Gewerkschaftsbewegung auf nationaler und internationaler Ebene führte auch im Baugewerbe zur Bildung politisch-weltanschaulich konkurrierender internationaler Berufsorganisationen; (3) die politische und ökonomische Entwicklung, vor allem die Etablierung faschistischer, nationalsozialistischer und autoritärer Bewegungen (Ungarn, Italien, Deutschland, Österreich, Spanien, Portugal usw.) sowie die Folgen der Weltwirtschaftskrise beschränkten den organisatorischen Fortschritt der Berufssekretariate, führten Anfang der 1930er Jahre zu einer "ungeplanten" Fusion der Bauarbeiter-Internationale mit der Internationalen Union der Holzarbeiter. Schließlich beendete der Zweite Weltkrieg für die Berufssekretariate im Baugewerbe ihre organisatorische Existenz, zumindest ihre berufspolitischen Handlungsmöglichkeiten.

### *Institutionalisierung und Fusionen*

Relativ früh konnte die Bauarbeiter-Internationale vom 6.-8. Oktober 1919 in Amsterdam ihre erste Nachkriegskonferenz abhalten, die noch beherrscht war von den Kriegsdifferenzen.<sup>124</sup> Dennoch wurde der Sitz des BI-Sekretariats in Deutschland (Hamburg) belassen und Fritz Paepflow zum Vorsitzenden gewählt.<sup>125</sup> Allerdings lehnten die belgischen und französischen Vertreter zunächst eine Mitarbeit in der BI-Leitung ab. Strukturell entscheidend war, dass die Konferenz erstmals eine Satzung beschloss, mit der die BI institutionalisiert wurde. Die Konferenz der Mitgliedsverbände, die alle zwei, ab 1930 alle drei Jahre tagen sollte, galt als höchstes Leitungsgremium, ein Gesamtvorstand auf der Basis von sieben, später 6 Ländergruppen als wichtiges Entscheidungsgremium zwischen den Kongressen: Ein Geschäftsführender Ausschuss, bestehend aus Vorsitzendem, Sekretär (hauptamtlich), Kassierer und (seit 1925) Vertreter der Zimmerer-Internationale bildete die operative Leitung. Der Geschäftsführende Ausschuss band jedoch das BI-Sekretariat wiederum an einen dominanten Mitgliedsverband; bei diesem war das Sekretariat angesiedelt, dieser stellte die Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses. Zwar war mit diesen Statuten eine "festere Organisationsform" gewonnen<sup>126</sup>, eine größere Eigenständigkeit des BI-Sekretariats gegenüber einzelnen Mitgliedsverbänden war jedoch immer noch nicht erreicht. Zur Wahrnehmung der BI als tendenziell eigenständige Institution mag beigetragen haben, dass vom BI-Sekretär Georg Käppler seit 1920 in unregelmäßiger Folge bis Ende 1932 die viersprachige "Bauarbeiter-Internationale" als Mitteilungsblatt herausgegeben wurde (vgl. Tabelle 12).

---

124 Vgl. auch zum folgenden Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 60-66.

125 Im Jahr 1928 trat Fritz Paepflow aus Altersgründen zurück, sein Nachfolger als BI-Vorsitzender wurde Nikolaus Bernhard; mit der Verlegung des Hauptsitzes des Deutschen Baugewerksbundes von Hamburg nach Berlin wurde auch das BI-Sekretariat dorthin verlegt.

126 Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 66.



**Tabelle 12: Mitteilungsblätter der Berufssekretariate im Baugewerbe – Mitte der 1920er Jahre**

Organisation	Publikation	Erscheinungsweise	Sprachen	Auflage*
BI	Bauarbeiter-Internationale	unregelmäßig	4	2.500
IUH	Bulletin	unregelmäßig	5	4.000
Maler-Sekretariat	Mitteilungsblatt	unregelmäßig	2	350
Steinarbeiter-Sekretariat	Bericht	vierteljährlich	3	(?)

\* Angaben nach Drittes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 1925, Amsterdam 1925, Tab. I.

Quelle: Drittes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 1925, Amsterdam 1925, Tab. I; Fünftes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes. 1927, Teil I, Amsterdam 1927, S. 90, Tab. V.

Im Unterschied zur Bauarbeiter-Internationale zog die Internationale Union der Holzarbeiter (IUH) Konsequenzen aus dem Kriegspatriotismus des deutschen Verbandes. Ende 1919 wurde der Sitz nach Amsterdam verlegt (bis zur Sitzverlegung nach Berlin 1930) und der Holländer Cornelis Woudenberg, seit 1919 besoldeter Vorsitzender des holländischen Möbeltischler-Verbandes und Redakteur des Verbandsblattes "Ons Fakblad", zum Sekretär der IUH ernannt. Auch dieses Berufssekretariat gab sich 1922, als der erste Nachkriegskongress stattfinden konnte, ein Statut, das die Organisation stärker formalisierte. Vorschläge zu einer Fusion mit der BI wurden von der Mehrheit der Mitglieder trotz der erheblichen organisatorischen Schwäche der IUH Anfang der 20er Jahre jedoch zurückgewiesen. Als Hindernis für einen Zusammenschluss – nicht nur in diesem Fall – erwies es sich, dass auf nationaler Ebene die Holzarbeitergewerkschaften noch überwiegend eigenständige, berufsorientierte Organisationen waren.

Hingegen war es insbesondere der Verlust an eigenständigen Straßenbauarbeiter-Verbänden, der die Existenz des Internationalen Sekretariats der Straßenbauarbeiter beendet. Es bestand Anfang der 1920er Jahre faktisch nur noch aus Gewerkschaften aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden und der Schweiz, die auf einer Konferenz in Köln am 19.-21.12.1921 eine Weiterführung des Verbandes als aussichtslos ansahen und den Beitritt der Mitgliedsverbände an das Internationale Sekretariat der Steinarbeiter empfahlen.<sup>127</sup> Das Steinarbeiter-Sekretariat, dessen Sekretär, Robert Kolb, und dessen Sitz in Zürich vom ersten Nachkriegskongress am 20.-22. August 1921 bestätigt wurde, bewahrte trotz Fusionsangebote der Bauarbeiter-Internationale bis 1946 seine organisatorische Eigenständigkeit. Auch in diesem Fall basierte die organisatorische Unabhängigkeit – trotz relativ geringer Mitgliederzahl (1921: 162.000) – in erster Linie auf der Mitgliederstruktur. Die Mehrzahl der nationalen Organisationen waren in den 20er Jahren noch eigenständige Steinarbeitergewerkschaften, die von einer Fusion den Verlust an beruflicher Interessenwahrnehmung befürchteten.

Die Befürchtung, berufsspezifische Interessen nicht mehr im gewohnten Maße vertreten zu können, war es auch, die bei den Mitgliedern des Internationalen Sekretariats der Maler und verwandten Berufe eine Verschmelzung bis 1946 blockierte – trotz prinzipieller Zustimmung

127 Vgl. Alexander Knoll: Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter. Geschichte der Organisation der Straßenbauarbeiter, 3. Bd.: Die Zünfte, der Verband, die Internationale, die Unternehmerorganisationen, Leipzig 1930, S. 562-565, hier S. 564 f.

zu einem Zusammenschluss mit der BI auf der Internationalen Konferenz am 10.-12. September 1920 in Stuttgart und trotz erheblicher organisatorischer Schwäche der Mitgliedsgewerkschaften und des Berufssekretariats. Das Internationale Maler-Sekretariat gehörte zu den wenigen Berufssekretariaten, die nach 1918 den Sekretariatssitz nicht verlegten, sondern in Hamburg beließen. Es konnte in den 1920er Jahren eine gewisse organisatorische Festigung gewinnen, die sich u.a. darin ausdrückte, dass ab 1923 ein zweisprachiges "Mitteilungsblatt" erschien.<sup>128</sup>

Das Muster der "Fusionsresistenz" der Steinarbeiter-, Maler- und Holzarbeiter-Sekretariate fand eine negative Bestätigung beim Internationalen Sekretariat der Zimmerer. Es schloss sich als einziges Berufssekretariat in den 1920er Jahren der Bauarbeiter-Internationale an (1925). Auch in diesem Fall – ähnlich wie bei den Straßenbauarbeitern – war es die Auszehrung durch eine schwindende Zahl von Mitgliedsverbänden und vor allem das Verschwinden eigenständiger Zimmerer-Gewerkschaften, die zur Auslösung des Internationalen Sekretariats und zum Anschluss – allerdings nicht aller – verbliebener Gewerkschaften an die BI führten.

Bei der Bauarbeiter-Internationale der Zwischenkriegszeit handelte es sich – trotz der Integration verschiedener Berufsgruppen und wie bei den verschiedenen nationalen Gewerkschaften – noch um eine Multiberufs- und Multibranchen-Vereinigung. Sie vertrat mehr als 30 Berufsgruppen (vgl. Tabelle 13), die allerdings dominiert wurden durch die Gruppen der Maurer, der Bauhilfsarbeiter und der Zimmerer, die 1928 fast drei Viertel der BI-Mitglieder stellten. Die Befürchtung der kleinen Berufssekretariate, bei einer Fusion an Einfluss und "Eigenart" einzubüßen, war daher keineswegs unbegründet.

Wie gezeigt, bestand auch in der Zwischenkriegszeit – ähnlich wie auf nationaler Ebene und wie bereits vor dem Ersten Weltkrieg gelegentlich gefordert – weiterhin ein hohes Interesse daran, die Organisationsstruktur der Bauarbeiter-Internationale vom Berufsverband zum Industrieverband zu entwickeln und möglichst alle relevanten Baugewerbeberufe innerhalb der Bauarbeiter-Internationale zu vereinigen. Motiviert wurde diese Intention durch eine international einheitlich organisierte Bauindustrie, Veränderungen der Berufsanforderungen im Baugewerbe, die mit den traditionellen Berufsabgrenzungen nicht mehr übereinstimmten, sowie die wachsende Zahl von industrieverbandlichen Baugewerkschaften, die sich zum Engagement in mehreren Berufssekretariaten gezwungen sahen. Gegenüber solchen Interessen erwies sich das eher strukturkonservative Verhalten etablierter Organisationen weitgehend resistent. Ebenso wenig konnte es gelingen, "von oben", ausgehend von Strukturvorstellungen, die beispielsweise in der Bauarbeiter-Internationale entwickelt wurden, eine Angleichung der nationalen Organisationsstrukturen zu initiieren und eine entsprechende Umsetzung zu erwarten. Georg Käßler, der Sekretär der Bauarbeiter-Internationale, hatte diese Problematik Mitte der Zwanzigerjahre dahingehend zusammengefasst: "Unsere internationale Tätigkeit ist im großen und ganzen abhängig von den Vorgängen in den einzelnen Ländern. Wer der Meinung ist, dass von irgendwelchen internationalen Körperschaften aus ein entscheidender Einfluss auf die Organisationsform eines Landes ausgeübt werden kann, der wird sich bei dahinzielenden

---

128 Vgl. Drittes Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes 1925, Amsterdam 1925, S. 402 f.

Versuchen bald davon überzeugen, wie sehr er irrt. Gewerkschaftsorganisationen werden nicht gemacht, und die Form bestehender Gewerkschaften lässt sich durch Befehle nicht ändern."<sup>129</sup>

**Tabelle 13: Berufszugehörigkeit der zur Bauarbeiter-Internationalen gehörenden Mitglieder – 1924, 1928 und 1932**

<b>Berufsgruppen</b>	<b>1924</b>	<b>1928</b>	<b>1931</b>
Maurer	268.345	299.162	312.043
Zementierer, Betonarbeiter	14.299	14.036	12.058
Stukkateure	18.972	16.192	17.494
Fliesen- und Steinholzleger, Terrazzoarbeiter	1.941	6.599	5.534
Bauhilfs-, Erd- und Tiefbauarbeiter	216.050	288.254	239.506
Zimmerer und Sägereiarbeiter	88.034	119.588	112.425
Bautischler, Parkettleger, Glaser	4.551	5.013	3.099
Poliere, Schachmeister	18.962	6.909	10.394
Architekten, Techniker	644	536	19
Ofensetzer, Töpfer	8.209	6.022	6.044
Klempner, Installateure, Isolierer	14.763	14.976	16.385
Maler, Tapezierer	38.852	38.670	33.854
Steinhauer, Bildhauer	7.368	10.263	10.809
Steinsetzer, Straßenbauarbeiter, Asphalteteure	3.088	4.792	3.728
Steinbrucharbeiter	260	1.894	435
Keramische u. Ziegeleiarbeiter	5.068	10.953	9.209
Dachdecker	12.344	10.554	9.866
Lehrlinge, Jugendliche	48.921	49.432	30.068
Sonstige	48.921	51.206	64.343
<i>Insgesamt</i>	<i>819.593</i>	<i>955.051</i>	<i>897.313</i>

Quelle: Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 92

### *Weltanschauliche und politische Fragmentierung*

Bereits im 19. Jahrhundert waren auf nationaler Ebene weltanschaulich und politisch konkurrierende Gewerkschaften gegründet worden. Auf internationaler Ebene fanden solche Differenzierungen erst nach dem Ersten Weltkrieg einen Niederschlag. Mit der Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach der Oktober-Revolution von 1917 und der Gründung kommunistischer Parteien und Gewerkschaftsorganisationen neben den bereits bestehenden sozialdemokratischen Verbänden, mit der stärkeren Etablierung und Vernetzung anarcho-syndikalistischer Vereinigungen sowie mit der organisatorischen Festigung christlicher Gewerkschaften sind die politischen und weltanschaulichen Richtungen benannt, die auch im Organisationsbereich der Baugewerkschaften in der Zwischenkriegszeit mehr oder weniger

<sup>129</sup> Geord Käßler: Die Bauarbeiter-Internationale im Jahre 1924, in: Bauarbeiterinternationale, Nr. 14, Oktober 1924, S. 5, zitiert nach: Carl/Köbele: Auf der Suche nach Solidarität, S. 93.

erfolgreiche, einflussfähige und gegeneinander konkurrierende internationale Vereinigungen schufen.

Seit Anfang der 1920er Jahre entstanden aufgrund der teils auf Gewerkschaftsspaltung, teils aufgrund der kommunistischen Gewerkschaftspolitik, die auf die Übernahme der sozialdemokratischen Gewerkschaften angelegt war, verschiedene kommunistisch beherrschte Organisationen. Gelegentlich konnten kommunistische Gewerkschafter ganze Gewerkschaften dominieren, mitunter führte die Eroberungs- und Spaltungspolitik zu Massenausschlüssen und – wie in Deutschland – zur Gründung eines Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands. Mit der Gründung der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI) im Juli 1921 wurde von der Kommunistischen Internationale der Versuch unternommen, die Agitation gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaften und die "Amsterdamer"- Internationale, den Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), systematisch zu entwickeln. Diesem Zweck dienten auch die wenig formalisierten 15 Internationalen Propaganda- und Aktionskomitees (IPK). Für die Bau- und Holzarbeiter bestand das Internationale Propaganda-Komitee der revolutionären Holz- und Bauarbeiter. Dieses IPK dürfte aus einem Sekretariat (beim RGI) bestanden haben, gab ab August 1923 ein in Berlin erscheinendes Mitteilungsblatt "Internationaler Bauarbeiter" heraus und setzte sich agitatorisch für eine Einheitsfront, gegen Gewerkschaftsausschüsse und für eine Vereinigung aller Baugewerkschaften ein. Zwar zählte das IPK eine Vielzahl von Mitgliedern wie beispielsweise den erwähnten Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Deutschlands, doch kam die Gewerkschaftsarbeit dieser Vereinigung in der Zwischenkriegszeit über Agitationskampagnen nicht hinaus.

In ähnlicher Weise vor allem auf Agitation und Propaganda ausgerichtet und weniger auf die Koordinierung konkreter gewerkschaftspolitischer Ziele orientiert dürfte auch die weniger bekannte Internationale Syndikalistische Bauarbeiter-Föderation gewesen sein, die am 17.11.1926 in Lyon gegründet wurde. Zu den Gründungsorganisationen gehörten Vereinigungen aus Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Portugal und Schweden. Publizistisch trat diese Internationale syndikalistischer Bauarbeiter mit "Der syndikalistische Bauarbeiter", seit 1930 mit "Der Bauarbeiter" hervor. Welchen Einfluss diese Vereinigung hatte, lässt sich angesichts der relativ schwachen Verankerung der syndikalistischen Bewegung in den nördlichen Ländern nicht sagen.

Als vierte Richtung entstanden im Umfeld der 1920 erfolgten Gründung des Internationalen Bundes Christlicher Gewerkschaften (ICGB) christliche Fachinternationale, die den Versuch unternahmen, die bestehenden christlichen Einzelgewerkschaften international zusammenzufassen und deren Interessen zu koordinieren. Baugewerkschaften aus Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Österreich und der Schweiz sowie Malergewerkschaften aus Deutschland und der Schweiz gründeten auf einem in Frankfurt tagenden Kongress, der vom 24. bis 26. Januar 1921 stattfand, am 25. Januar den Internationalen Bund christlicher Bauarbeiter. Die Fachinternationale hatte in Utrecht ihren Sitz.<sup>130</sup> Über die Gründungsmitglieder hinaus konn-

---

130 Vgl. IBCG: Bericht über den 2. Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, Juni 1922, Innsbruck, Utrecht o.J. [1922], S. 119 f.

ten in den 1920er und 1930er Jahre nur noch Mitgliedsgewerkschaften in Polen, Ungarn, Elsass-Lothringen und der Tschechoslowakei gewonnen werden. Der geringe Zahl der angeschlossenen Organisationen spiegelt sich in der vergleichsweise niedrigen Mitgliederzahlen der christliche Bauarbeiter-Internationale wieder (vgl. Tabelle 14).

**Tabelle 14: Mitglieder des Internationalen Bundes christlicher Bauarbeiter (1921-1937)**

<b>Jahr</b>	<b>Mitglieder</b>
1921	97.600
1925	58.300
1928	76.766
1932	116.068
1934	85.737
1937	83.626

Neben der Fachinternationale der Bauarbeiter hatten sich aus dem Umfeld des Baugewerbes nur noch die christlichen Holzarbeiter-Gewerkschaften international zusammengeschlossen. Bereits am 20. Oktober 1920 gründeten sie den Internationalen Bund christlicher Holzarbeiterverbände in Köln. Mit dem Sekretariatssitz beim deutschen Mitgliedsverband in Köln stellte die christliche Holzarbeiter-Internationale eine Ausnahme unter den Fachinternationalen dar.<sup>131</sup> Die Fachinternationalen waren satzungsmäßig, organisatorisch und finanziell unabhängige Vereinigungen, die über die gegenseitige Anerkennung und ein Teilnahmerecht am Kongress (ohne Stimm- und Antragsrecht) mit dem Internationalen Bund der christlichen Gewerkschaften weltanschaulich und gewerkschaftspolitisch verbunden waren.

Ähnlich der nationalen Ebene war auch in der Zwischenkriegszeit auf internationaler Ebene das Spektrum der Organisationen stark fragmentiert, wenngleich die Vielzahl der unterschiedlichen und konkurrierenden Organisationsansätze längst nichts über deren Handlungsfähigkeit und Einflusspotential aussagt. – Dem soll und kann an dieser Stelle jedoch nicht nachgegangen werden.

#### *Auswirkungen der politischen und ökonomischen Entwicklungen*

Zu den einschneidendsten Ereignissen der Zwischenkriegszeit gehörte die Weltwirtschaftskrise seit Ende der 1920er Jahre, die in ausgeprägtem Maße die Gewerkschaften im Baugewerbe mit einem nachhaltigen Einbruch der bauwirtschaftlichen Aktivitäten und außerordentlich hohen Arbeitslosenraten konfrontierte. In Frage gestellt wurden dadurch die Handlungsfähigkeit und Existenz der nationalen und der internationalen Gewerkschaftsorganisationen. Zu einem nachhaltigen Einschnitt in die Mitglieder-, Ressourcen- und Handlungsbasis der Be-

---

131 Vgl. IBCG: Die christliche Gewerkschafts-Internationale in den Jahren 1922-1925, Utrecht 1926, S. 371. – Die meisten Mitte der 1920er Jahre bestehenden 15 Fachinternationalen hatten ihren Sitz in den Niederlanden (12), ansonsten in Belgien (2) und in Frankreich (1).

rufssekretariate führte die Etablierung autoritärer, faschistischer und nationalsozialistischer Regime in den 1920er und 1930er Jahren. Besonders die nationalsozialistische "Machtergreifung" und die folgende Zerschlagung sozialdemokratischer Gewerkschaften am 2. Mai 1933 entzog den Berufssekretariaten einen erheblichen Teil ihrer Mitglieder und Ressourcen, führte zum Verlust von Sekretariaten und Vermögen, wenn sie ihren Sitz noch in Deutschland hatten. Für die Berufssekretariate tat sich ein unüberwindbares Dilemma auf: während die Anforderung an Unterstützungs- und Hilfeleistungen zunahm, verloren sie dramatisch an Ressourcen und einflussfähigen Mitgliedsverbänden. Die Bauarbeiter-Internationale büßte 1933 55,6 % ihrer Mitgliedschaft, die Internationale Union der Holzarbeiter 30,1 %, das Internationale Steinarbeiter-Sekretariat 37,6 % der Organisierten ein.

Es war eine Folge dieser dramatisch veränderten Ressourcenausstattung und nicht die Erfüllung eines lange vorbereiteten Planes, dass es am 1. April 1934 zur Fusion zwischen der Bauarbeiter-Internationale und der Internationalen Union der Holzarbeiter kam und der Internationale Bund der Bau- und Holzarbeiter (IBBH) gegründet wurde. Entscheidender Anlass für diesen Schritt war nicht die Einsicht in die Chancen einer solchen Kooperation, sondern der enorme Mitgliederverlust nach der Zerschlagung der deutschen Gewerkschaften am 2. Mai 1933. Beide Berufssekretariate sahen in finanzieller und organisatorischer Hinsicht ihr eigenständiges Überleben gefährdet. Die Fusion, keineswegs unumstritten bei zahlreichen Mitgliedsverbänden, sollte die Handlungsfähigkeit sicherstellen, was bis 1940 auch gelang.

Beendet wurde die organisatorische Existenz des IBBH durch den Einmarsch deutscher Truppen in das neutrale Holland am 10. Mai 1940. Wenige Tage später verhaftete die Gestapo den Sekretär des IBBH, J.W. von Achterbergh, der für vierzehn Monate gefangengehalten wurde. Archiv, Bibliothek und Büroeinrichtung des IBBH wurden beschlagnahmt und nach Deutschland gebracht. Damit bestand der IBBH als Sekretariat nicht mehr, als Netzwerk von Gewerkschaftsvertretern von Bau- und Holzarbeiter-Verbänden blieb eine Basisstruktur jedoch erhalten. Für sie konnte – mit beschränktem Mandat – zumindest der letzte gewählte IBBH-Vorsitzende, Richard Coppock, handeln, und sie wurde zum Ausgangspunkt für die Reaktivierung des IBBH nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

Die anderen Berufssekretariate im Baugewerbe verzeichneten ein ähnliches Schicksal. Das Sekretariat der Maler hatte auch nach dem Ersten Weltkrieg seinen Sitz in Hamburg beibehalten und wurde durch die "Machtergreifung" des Nationalsozialismus 1933 handlungsunfähig. Hingegen war das in Zürich ansässige Internationale Sekretariat der Steinarbeiter weiterhin beim schweizerischen Mitgliedverband angesiedelt und von Robert Kolb geleitet. Im Laufe der 30er-Jahre beschränkte es seine Tätigkeiten immer mehr auf die Korrespondenz mit den verbleibenden Mitgliedsverbänden. Berufspolitisches Engagement oder politische Aktivitäten gegen die faschistischen und nationalsozialistischen Bewegungen waren mit den sehr begrenzten Ressourcen des Sekretariats nicht möglich.

Die christliche Fachinternationale der Bauarbeiter verlor 1933 ebenfalls ihre deutschen Mitgliedsverbände, nachdem sie sich am 3. Mai dem "Aktionskomitee zum Schutz der deutschen Arbeit" unterstellt hatten und Robert Ley, Leiter der DAF, am 23. Juni 1933 verordnet hatte,

"alle Dienststellen der christlichen Gewerkschaften und der Angestelltenverbände [...] mit Nationalsozialisten zu besetzen".<sup>132</sup> Wegen der aus den Mitgliederverlusten resultierenden organisatorischen Schwäche sowohl der christlichen Bauarbeiter-Internationaler als auch der christlichen Fachinternationale der Holzarbeitergewerkschaften schlossen sich beide Organisationen 1937 zusammen. Gefördert hat diese Fusion, dass zu dieser Zeit bis auf die Niederlande die christlichen Bau- und Holzarbeiter in einem Verband zusammengeschlossen waren.<sup>133</sup>

### ***3. Reorganisation nach dem Zweiten Weltkrieg***

Der Wiederaufbau der internationalen Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde in den ersten Jahren (1945-1949) mit dem Experiment belastet, die bisherigen internationalen Gewerkschaftsstrukturen durch einen neu zu gründenden Weltgewerkschaftsbund (WGB) zu ersetzen. Erwartet wurde, dass mit dieser von britischen und sowjetischen Gewerkschaftern initiierten und 1945 erfolgten Neugründung zumindest im Bereich der Gewerkschaften die ideologischen Differenzen der Arbeiterbewegung zugunsten einer Einheitsorganisation überwunden werden könnten. Allerdings erwies sich der WGB keineswegs als eine interessen- und richtungsneutrale Organisation. Von Beginn an unterlag der WGB unterschiedlichen Einflussnahmen und Majorisierungsbestrebungen, bei denen sich die kommunistische Richtung, die mit Louis Saillant als Generalsekretär des WGB von Anfang an eine Schlüsselstellung besetzte, im Prinzip schon 1946 immer stärker durchsetzen konnte, zumindest jedoch eine Vetoposition bei unliebsamen organisatorischen und politischen Entscheidungen einzunehmen vermochte. Die unterschiedliche staatliche und gesellschaftliche Integration der Gewerkschaften in den kapitalistischen und in den staatssozialistischen Ländern, die dadurch bedingten Funktionsdifferenzen der Gewerkschaften sowie deren unterschiedlich starke Bindung an ihnen nahestehende Parteien und nicht zuletzt der Versuch der mitgliederstarken Staatsgewerkschaften Osteuropas (besonders der UdSSR), den WGB für die eigene Politik zu instrumentalisieren, sind die wichtigsten Gründe, die von Anfang an die Labilität des WGB bedingten und schließlich zur Abspaltung der sozialdemokratisch/sozialistisch orientierten Mitgliedsorganisationen führten.<sup>134</sup> Diese gründeten 1949 den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Die christlichen Gewerkschaften hatten schon 1945 von einer Beteiligung am WGB abgesehen.

Die Internationalen Berufssekretariate waren von dieser Entwicklung insofern betroffen, als deren Integration in den neugegründeten WGB beabsichtigt war. Nach den Vorstellungen der meisten (auch westlichen) WGB-Gründer sollten die Berufssekretariate ihre bisherige Auto-

---

132 IBCG: Sechster Kongress des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften, 1934, Montreux. 4. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Generalsekretärs, Utrecht 1934, S. 31.

133 Vgl. IBCG: Die Arbeit der Christlichen Gewerkschafts-Internationale in den Jahren 1934-1937, Utrecht 1937, S. 47 ff., 88 f., 93 f. – Der Internationale Bund der christlichen Bauarbeiterverbände vertrat Anfang 1937 nur noch 83.626 Mitglieder; der Internationale christlichen Holzarbeitervereinigung waren Ende Dezember 1936 noch 32.913 Mitglieder in sechs Ländern und 7 Gewerkschaften angeschlossen.

134 Vgl. Peter Rütters: Weltgewerkschaftsbund, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke: Handwörterbuch Internationale Organisationen, 2. Aufl., Opladen 1995, S. 415-420.

nomie weitgehend einbüßen und zu finanziell, personell und organisatorisch abhängigen Sekretariatsabteilungen im WGB werden. Auch wenn die meisten IBS sich 1945 unter dem Druck nationaler Dachverbände, angesichts der Einheitseuphorie der unmittelbaren Nachkriegsjahre und angesichts ihrer eigenen organisatorischen Schwäche grundsätzlich zu einem Zusammenschluss mit dem WGB bereiterklärten, so zeichnete sich in den Verhandlungen mit den WGB-Vertretern doch schon 1946 ab, dass die Erwartungen der Berufssekretariate an eigenständiger Vertretung der Berufsinteressen, an organisatorischer und personeller Selbstbestimmung und an finanzieller Ausstattung vom WGB kaum erfüllt würden. Richard Coppock, Vorsitzender des IBBH, fasste diesen Dissens auf einer Konferenz von IBS- und WGB-Vertretern, die am 10.-12. Dezember 1946 in Paris stattfand, dahingehend zusammen, als er zur Position des führenden WGB-Repräsentanten Mikhail Tarasov Stellung nahm: "Das ist ein durchaus antidemokratisches Vorgehen, das davon zeugt, wie wenig man über die seitens der IBA [Internationale Berufsabteilung im WGB] durchzuführende Arbeit weiß. Es ist natürlich, dass diese Vorschläge von einer stark zentralisierten Organisation gemacht werden, deren guter Lauf durch den Kontakt auf beruflichem Gebiet gestört werden könnte."<sup>135</sup>

Die zwischen 1945 und 1948 immer wieder debattierte WGB-Integration der Berufssekretariate hatte verschiedene Auswirkungen auf die Bau- und Holzarbeiter-Internationale. Unter dem Druck der anfangs kaum abwendbar scheinenden Eingliederung in den WGB verzichteten das Internationale Sekretariat der Zentralverbände der Maler und verwandten Berufe sowie das Internationale Steinarbeiter-Sekretariat auf die Reaktivierung ihrer Organisationen. Noch 1946 schloss sich die Maler-Internationale dem IBBH an, zum 1. Januar 1947 folgte das Steinarbeiter-Sekretariat.<sup>136</sup> Bis zum erklärten Scheitern im September 1948 schien für verschiedene Berufssekretariate – so auch für den IBBH – die Frage der weiteren Entwicklung der Organisation offen und unentschieden. Verzögert wurden dadurch Entscheidungen für einen organisatorischen Neuaufbau und eine gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Neuorientierung. Interne Spannungen mit kommunistischen Gewerkschaftern kamen als Belastung hinzu.

Nachdem die Entscheidung feststand, dass sich die Berufssekretariate nicht in den WGB integrieren würden (1948), und nachdem die meisten westlichen Gewerkschaften aus dem WGB ausgetreten waren (1949), begann der WGB eigene Berufsabteilungen einzurichten, die sogenannten Internationalen Vereinigungen der Gewerkschaften (IVG; Trade Union International, TUI).<sup>137</sup> Für den Organisationsbereich der IBBH schuf der WGB 1949 in Mailand die Internationale Vereinigung der Gewerkschaften der Werktätigen der Bau-, Holz- und Bauma-

---

135 Zusammengefasstes Protokoll der Konferenz des Vorstandes des Weltgewerkschaftsbundes mit den Internationalen Berufssekretariaten im Musée Social, Paris, 10.-12.12.1946, abgedruckt in: Sigrid Koch-Baumgarten/Peter Rütters (Hrsg.): Zwischen Integration und Autonomie. Der Konflikt zwischen den internationalen Berufssekretariaten und dem Weltgewerkschaftsbund um den Neuaufbau einer internationalen Gewerkschaftsbewegung 1945 bis 1949. Eine Quellenedition, Köln 1991, S. 227-253, hier S. 250.

136 Vgl. International Confederation of Free Trade Union (Hrsg.): International Trade Secretariats, Brüssel 1962, S. 16.

137 Vgl. Otto R. Ließ: Weltgewerkschaftsbund, in: Siegfried Mielke (Hrsg.): Internationales Gewerkschaftshandbuch, Opladen 1983, S. 10-20, hier S. 15 f.



terialienindustrie (UITBB).<sup>138</sup> Die Bedeutung dieser Organisation, die trotz ihres Sitzes in Helsinki organisatorisch und finanziell vom WGB abhängig blieb und die bis 1989 Mitgliedsverbände überwiegend in den RGW-Staaten hatte, dürfte im großen und ganzen gering geblieben sein und mit der Auflösung des Ostblocks und der organisatorischen Minimierung des WGB seit 1989 weiter abgenommen haben.

Ähnlich einflussarm blieb auch die Internationale Fachvereinigung, die von christlichen Bau- und Holzarbeitergewerkschaften nach 1945 im Rahmen des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften (ICGB) – 1968 in Weltverband der Arbeitnehmer (WVA) umbenannt – gegründet wurde. Der Weltverband der Bau- und Holzarbeiterorganisationen (WVBH) mit Sitz beim WVA in Brüssel ist organisatorisch in den WVA integriert und dürfte eine Anzahl von Mitgliedsverbände im begrenzten Reservoir der WVA-Gewerkschaften haben.

Mit diesen internationalen Berufsvereinigungen – neben dem IBBH – hat sich auch nach 1945 wieder die politische und weltanschauliche Fragmentierung der nationalen Gewerkschaftsbewegungen auf internationaler Ebene reproduziert, auch wenn der IBBH als mitgliederstärkste und einflussreichste Organisation anzusehen ist.

Neben dieser Fragmentierung der Bau- und Holzarbeiter-Gewerkschaften veränderte sich seit den 1950er/1960er Jahren allmählich die Organisationsstruktur des IBBH. Ein wichtiger Schritt dazu war die allmählichen Ablösung des Berufssekretariats von einer engen Bindung an einen nationalen Verband, indem der Generalsekretär und das Sekretariat organisatorische Eigenständigkeit erlangten. Zur Differenzierung trug vor allem bei, dass die bis Ende der 1950er Jahre bestehende Konzentration der Mitgliedsgewerkschaften auf Europa durch die Aufnahme von Gewerkschaften in Nord- und Lateinamerika, Australien, Asien und Afrika überwunden wurde. Die Betreuung und Koordination der "globalisierten" Mitgliedschaft und deren Partizipation an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen des IBBH verlangte eine erweiterte und regional differenzierte Organisationsstruktur, die den unterschiedlichen regionalen Bedürfnissen Rechnung trug.

Eine Differenzierung der Organisationsstruktur durch die Bildung einer formal unabhängigen europäischen Vereinigung der Bau- und Holzarbeitergewerkschaften löste die Gründung der EWG aus. In Reaktion darauf wurde 1958 die Gemeinschaftliche europäische Kommission für den Bau- und Holzsektor geschaffen, der zunächst 9 Gewerkschaften aus den 6 EWG-Staaten angehörten. Die Kommission entwickelte jedoch keine eigenständige Struktur (beispielsweise wurde das Sekretariat bis 1974 jeweils für einige Jahre von einem Mitgliedsverband unterhalten) und ihre Aktivitäten sind kaum bekannt. Erst mit der Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft Anfang der 1970er Jahre und der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes (1973) folgte der Umbau in die Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter in der Gemeinschaft (EFBHG), in eine formal autonome, hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich auf EG/EU-Gewerkschaften ausgerichtete Regionalorganisation.

---

138 Vgl. Der Weltgewerkschaftsbund 1945-1985, hrsg. vom Bundesvorstand des FDGB, Berlin 1986, S. 141.

Auch bei dieser Organisation erfolgte die Institutionalisierung schleppend; beispielsweise wurde erst 1988 ein hauptamtlicher Generalsekretär eingestellt. Es ist daher vielleicht nicht verwunderlich, dass die Außenwahrnehmung – vielleicht auch die Außenwirkung – der EFBHG gering ist.

**DER**

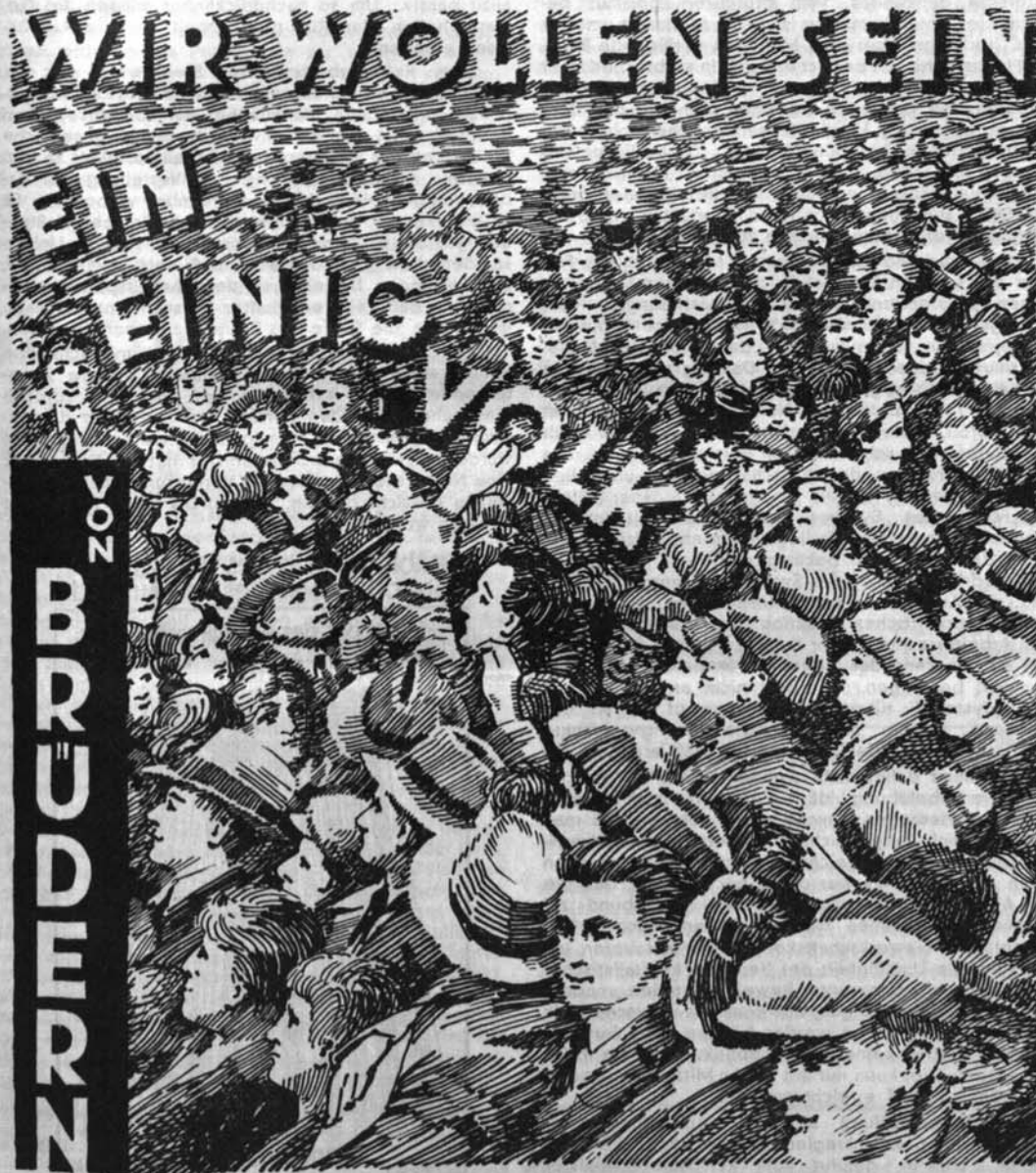
**ZEITSCHRIFT FÜR DIE IN LACKIEREREI- UND INDUSTRIEBETRIEBEN BESCHÄFTIGTEN BERUFSKOLLEGEN**

# LACKIERER

**1 9 3 2**  
10. JAHRGANG

HERAUSGEGEBEN VOM VERBAND DER MALER, LACKIERER,  
ANSTREICHER, TÜNCHER UND WEISSBINDER DEUTSCHLANDS  
♦ SCHRIFTFÜHRUNG: P. SCHWABE, HAMBURG 36.

**NR. 5**  
M A I





## Gewerkschaftszeitungen - Gewerkschaftspublikationen

Gewerkschaftszeitungen zählen zu den wichtigen Quellen für die sozialgeschichtliche Gewerkschaftshistoriographie, auch wenn eine systematische Auswertung dieser Quellen bislang eher vernachlässigt wurde und Analysen, die die Geschichte, Entwicklung, Veränderungen, Inhalte und Wirkungen der Gewerkschaftspresse untersuchen, bislang fehlen.<sup>1</sup> Neben den Gewerkschaftszeitungen gehören gleichfalls zum unverzichtbaren Bestand publizierter Quellen, die für eine Verbandsgeschichtsschreibung unverzichtbar sind, die Protokolle der regelmäßig abgehaltenen Verbandstage oder Gewerkschaftskongresse, die Geschäftsberichte der Vorstände sowie die von einigen Gewerkschaften herausgegebenen Jahrbücher, die häufig sehr detaillierte Informationen zur Mitgliederentwicklung, zur Tarifpolitik und zu einer Vielzahl organisations-, sozial- und wirtschaftspolitischer Themen enthalten. Sie werden ergänzt durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen wie Zeitschriften für junge Gewerkschaftsmitglieder, branchen- und fachtechnische Blätter, Informationen zu tarifpolitischen Ergebnissen und Gewerkschaftskalender. Hinzu kommen Geschäfts- und Jahresberichte sowie Versammlungsprotokolle von lokalen und regionalen Gewerkschaftseinheiten (Ortsverein, Bezirks-, Gau-, Landesverband etc.).

Einen punktuellen Eindruck über das Spektrum der in einem Jahr herausgegebenen Veröffentlichungen gibt eine Auslistung der "im Bundesverlag erschienenen Schriften" im Jahrbuch 1930 des Deutschen Baugewerksbundes (DBB).<sup>2</sup> Nicht aufgeführt sind die Verbandszeitung Der Grundstein, die Jugendzeitschrift Jungvolk vom Bau und die fachtechnische Zeitschrift Das Bauwerk:

- Adressenverzeichnis
- Bundessatzung
- Bundeskalendar
- Jahrbuch
- Das Berufsausbildungsgesetz
- Das Baugewerbe in der Volks-, Berufs- und Betriebszählung
- Lebensalter und Organisationsalter der Bundesmitglieder
- Unser Schulheim am Werlsee
- Bundeseigener Haus- und Grundbesitz
- Anweisungsbuch für unsere Kraftwagen- und Motorradfahrer
- Die Bau-Werkmeister im Deutschen Baugewerksbund
- Reichskonferenz der Glaser, 1929
- Dritter ordentlicher Bundestag nebst Verbandstagen der Berufsverbände, 1930
- Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten 1929/31
- Richtlinien für Baudelegierte
- Bauabend Nummer 15, Nachdruck
- An das Jungvolk im Töpfergewerbe
- An das Jungvolk im Baugewerbe
- Materialmappen für Jugendleiter

---

1 Vgl. Andreas Paulsen: Die Presse der freien Gewerkschaften, Diss., Ms, Leipzig 1923; Hermann Samter: Die deutsche Gewerkschaftspresse, Diss., Ms., [Berlin 1933]. Die beiden Arbeiten bieten jeweils nur einen sehr begrenzten Überblick über die Gewerkschaftspresse.

2 Deutscher Baugewerksbund: Jahrbuch 1930, Berlin 1931, S. 242.

Lehrlingszahlen  
Erhebung über die Zahl der im Bezirksverband Hamburg beschäftigten  
Maurergesellen und Lehrlinge  
Handbuch für Verwaltung und Agitation.

Mit einer Vielzahl von Veröffentlichungen richtete sich der DBB u.a. an verschiedene Mitgliedergruppen (Lehrlinge, Töpfer, Werkmeister, Glaser usw.) und an ehrenamtlich tätige Gewerkschaftsmitglieder (z.B. Jugendleiter). Diese publizistischen Differenzierungen verweisen unter anderem auf den Charakter des Deutschen Baugewerksbundes als Multiberufsgruppen-Verband und Massenorganisation. Mit Anfang 1930 etwa 490.000 Mitgliedern und mit einer Vielzahl unterschiedlicher Berufsgruppen<sup>3</sup> als Folge von Zusammenschlüssen sowie aufgrund der beruflichen Differenzierung in der Bauindustrie hatte der publizistische Aufwand innerhalb eines Verbandes zugenommen. Doch wurde mit diesen zahlreichen Veröffentlichungen nur ein Teil des Spektrums berufsbezogener Verbandszeitungen ersetzt, das noch 1913 bestanden hatte (vgl. Tabelle 1). Von den 9 Verbandszeitungen im Baugewerbe Ende 1913 wurden Anfang der 1930 Jahre, nachdem der Dachdeckerverband sich 1931 dem DBB angeschlossen hatte, nur noch 3 Zeitungen außer dem Grundstein herausgegeben: *Der Maler*, *Der Steinarbeiter* und *Der Zimmerer*.

---

3 In seinem Artikel über den Deutschen Baugewerksbund für das Internationale Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens (Deutscher Baugewerksbund, in: Ludwig Heyde (Hrsg.): Internationales Handwörterbuch des Gewerkschaftswesens, Bd. I, Berlin 1931, S. 352-356, hier S. 352) hebt Rudolf Thielberg hervor, dass der Verband "die Gewerkschaft der Maurer im Hoch- und Tiefbau wie auch der in Regiebaubetrieben industrieller Unternehmungen und öffentlicher Körperschaften beschäftigten Maurer (Werksmaurer), ferner der Feuerungs- und Schornsteinmaurer, der Bau-Werkmeister (Poliere, Schachtmeister, Schießmeister), der Betonarbeiter im Hoch- und Tiefbau (Zementfachtarbeiter, Einschaler, Zementarbeiter), der Putzer, Gipser, Stukkarteure und Rabitzer, der Glaser, der Töpfer (Ofenformer, Ofensetzer, Scheibentöpfer, Steinzeugarbeiter), der Fliesenleger, der Isolierer, der Steinholzleger, der Kunststein-, Zementwaren- und Terrazzoarbeiter, der Asphaltierer, Pfahlrammer, der Leitergerüstbauer, der Brunnenbauer" sei, und setzt fort: "Außer den eigentlichen Bauhilfsarbeitern (Stein- und Kalkträger, Kalkschläger, Wasserträger, Rohrer, Staker, Gerüstbauer, Aufzugsarbeiter und sonstige Bauhilfsarbeiter) kommen dazu die Helfer und Hilfsarbeiter der vorstehend genannten baunebenberuflichen Fachgruppen; in der Töpferfachgruppe eine Anzahl weiblicher Hilfsarbeiter. Außerdem gehören dem Baugewerksbund die Abbrucharbeiter an, die Tiefbauarbeiter (Erdarbeiter und Hilfsarbeiter im Straßenbau, Einschaler und Absteifer bei Erdarbeiten, Mineure, Rohrleger, Kanalarbeiter, Drängearbeiter) sowie in der Jugendabteilung die Lehrlinge der Facharbeitergruppen und die jugendlichen Hilfsarbeiter."

**Tabelle 1: Gewerkschaftszeitungen im Baugewerbe – Ende 1913**

Zeitungsnamen	Gründungs-jahr	Erscheinungsw-eise	Auflage
Der Asphaltteur	1903	2-wöchentl.	1.700
Der Grundstein	1888	wöchentl.	330.135
(Allgemeine) Dachdecker-Zeitung	1887	wöchentl.	10.800
Die Glaser-Zeitung	1895	wöchentl.	6.500
Vereinsanzeiger (Maler)	1888	wöchentl.	49.000
Der Steinarbeiter	1897	wöchentl.	36.900
Allgemeine Steinsetzer-Zeitung	1893	2-wöchentl.	14.900
Der Töpfer	1892	wöchentl.	12.200
Der Zimmerer	1889	wöchentl.	73.000

Quelle: Andreas Paulsen: Die Presse der freien Gewerkschaften, Diss., Ms, Leipzig 1923.

#### *Zur Geschichte des "Grundstein"*

Die Publikationen der Gewerkschaften – vor allem die Gewerkschaftszeitung als zentrales Organ eines Verbandes – unterlagen einem Wandel, der durch die Organisationsentwicklung, die Veränderung der Kommunikationsstruktur und nicht zuletzt durch die politischen Rahmenbedingungen bestimmt wurde. Am Beispiel des *Grundstein*, der seit 1888 das zentrale Verbandsorgan der Maurer-Gewerkschaften war und mit den Fusionen des Verbandes mit anderer Gewerkschaften auflagenstarkes Mitteilungsorgan des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes (seit 1911) und des Deutschen Baugewerksbundes (seit 1923) wurde, soll die Bedeutung der Gewerkschaftspresse für die Etablierung und Entwicklung von Gewerkschaften im Kaiserreich und in der Weimarer Republik skizziert werden.<sup>4</sup>

Fast drei Jahre vor der Gründung des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands im Mai 1891 erschien am 1. Juli 1888 die erste Ausgabe von *Der Grundstein* als "Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen", wie es im Kopfteil der Zeitung hieß. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur des Wochenblattes war Johann Staningk, der die Zeitung im Auftrag und als "Publikationsorgan der Agitationskommission der Maurer Deutschlands", die in Hamburg ihren Sitz hatte, veröffentlichte.<sup>5</sup>

*Der Grundstein* war nicht die erste Zeitung der gewerkschaftlich organisierten Maurer. Bereits die Delegiertenkonferenz, die einen Tag nach dem am 12. Juli 1875 in Hamburg stattgefundenen Gründungskongress des Allgemeinen deutschen Maurer- und Steinhauer-Bundes zusammentrat, hatte die Herausgabe eines Bundesorgans beschlossen. Es erschien mit dem

4 Vgl. zum folgenden Peter Rütters: Einführung. Zur Geschichte der Zeitung "Der Grundstein", in: *Der Grundstein – 1888 bis 1933. Gewerkschaftszeitung des deutschen Baugewerbes. Begleitband zur Mikro-fiche-Edition*, München 2004, S. 7-9.

5 *Der Grundstein*, 1. Jg., 1888, Nr. 1, 1.7.1888, S. 1.

Namen *Grundstein. Organ der deutschen Bauhandwerker* am 15. September 1875 mit einer Probenummer und ab 1. Oktober 1875 vierzehntäglich.<sup>6</sup> Mit einer bescheidenen Auflage, die "kaum die Hälfte der nicht großen Zahl der Bundesmitglieder" erreichte<sup>7</sup>, blieb die Wirkung der Zeitung auch deshalb begrenzt, weil die politische Repression gegen sozialdemokratische und der Sozialdemokratie nahestehende Vereinigungen – zu denen der Allgemeine deutsche Maurer- und Steinhauer-Bund zu rechnen war – mit der einsetzenden Wirtschaftskrise nach dem Gründungsboom (1871-1873) zunahm und die beginnende langdauernde Wirtschaftskrise 1873 bis 1895 die lokalen Maurergewerkschaften schwächte. Bereits Monate vor der Verabschiedung des "Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie"<sup>8</sup> (Sozialistengesetz) am 19. Oktober 1878 durch den Reichstag hatte sich der Maurer-Bund "unter dem Druck der Prozesse und polizeilicher Schikanen"<sup>9</sup>, die das Interesse an gewerkschaftlicher Organisation lähmten, selbst aufgelöst. Der *Grundstein* bestand noch einige Monate fort, verzichtete aber nach der Verabschiedung des "Sozialistengesetzes" auf politische Stellungnahmen und reduzierte sein publizistisches Angebot auf berufsfachliche Informationen. Mangels Leserinteresse stellte der *Grundstein* zum 15. Dezember 1878 sein Erscheinen ein.<sup>10</sup>

Mit den Anfang der 1880er Jahre wieder auflebenden lokalen gewerkschaftlichen Initiativen, die sich die Form berufsbezogener "Fachvereine" gaben – Berlin und Hamburg bildeten die beiden Zentren dieser Bewegung, die bald zahlreiche Nachfolger fand –, entstand das Bedürfnis nach kontinuierlichem Meinungs- und Informationsaustausch über Ziele und Ergebnisse lokaler Verhandlungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen, über Arbeitskämpfe und sozialpolitische und gesellschaftspolitische Entwicklungen sowie über Bemühungen um eine Koordination organisatorischer und tarifpolitischer Aktivitäten. Kongresse der "Maurer Deutschlands", die von 1884 bis zur Gründung des *Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands* 1891 jährlich einberufen wurden<sup>11</sup>, dienten als Forum für einen überlokalen Informationsaustausch und für die Initiierung übergreifender Aufgaben wie Agitationsmaßnahmen zur Verbreiterung der Organisation durch Mitgliederwerbung und den Aufbau weiterer lokaler Fachvereine (Gewerkschaften). Die Mehrheit der Teilnehmer des ersten "Kongresses der Maurer Deutschlands", der am 28. und 29. April 1884 in Berlin tagte, lehnte aus politischen Gründen eine Institutionalisierung in Richtung Verbandsgründung ab. Befürchtet wurden polizeiliche Ver-

---

6 Vgl. Fritz Paepow: Zur Geschichte der deutschen Bauarbeiterbewegung. Werden des Deutschen Baugewerksbundes, Berlin o.J. [1932], S. 239 f., S. 256 f.; ferner Karl Anders: Stein für Stein. Die Leute von Bau-Steine-Erden und ihre Gewerkschaften. 1869 bis 1969, Hannover 1969, S. 86-89. – Verantwortlicher Redakteur und Verleger des "Grundstein" war der Bundeskassierer Hartwig Walther, Hamburg; tatsächlich leitete Paul Grottkau in Berlin die Zeitung und war Urheber der meisten Artikel, vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 257 f.

7 Ebd., S. 261.

8 Vgl. RGBI. 1878, Nr. 34, S. 351-358 (22.10.1878).

9 Anders: Stein auf Stein, S. 96.

10 Vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 296 ff.

11 Der Zentralverband hatte in seiner Satzung zunächst jährliche Verbandstage vorgesehen; ab 1892 fanden die Verbandstage meistens jedes zweite Jahr statt.



folgungen, die sich auf die restriktiven Vereinsrechte in den einzelnen Bundesstaaten<sup>12</sup> und auf das "Sozialistengesetz" stützen konnten. Beschlossen wurde jedoch die Herausgabe einer Zeitung als "geistiges Bindeglied zwischen den Vereinen und Mitgliedern", wie es der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Wilhelm Hasenclever auf dem Kongress anregte.<sup>13</sup> Zur "Aufklärung und Förderung der Interessen der Maurer Deutschlands"<sup>14</sup> sollte die Zeitung *Der Bauhandwerker* dienen, der vom 1. Juni 1884 an vierzehntäglich erschien und dessen Herausgabe und Redaktion in Händen von Robert Conrad und Gustav Keßler lagen.

Da der Sitz der Zeitung eine Vorentscheidung über das zukünftige Zentrum der Bauarbeiterbewegung bedeuten konnte, setzten sich Rivalitäten zwischen dem Hamburger Maurerverein, der für eine Institutionalisierung in Form eines Zentralverbandes eintrat, und den lokalistischen, stärker parteipolitisch orientierten Berliner Vereinen fort. Die Bildung von zwei Kommissionen – einer fünfköpfigen "Kontrollkommission" (später "Agitationskommission") mit Sitz in Hamburg, die ermächtigt wurde, alle Beschwerden gegen den *Bauhandwerker* zu regeln, und die darüber hinaus "für alle Fragen der Organisation, Agitation und Streikangelegenheiten" zuständig war<sup>15</sup>, und einer siebenköpfigen "Preßkommission" mit Sitz in Berlin, die mit der Leitung des *Bauhandwerkers* betraut wurde – konnte nur dazu beitragen, den Konflikt zwischen den beiden Richtungen um die zukünftige Linie der Maurer-Gewerkschaften zu verschärfen. Das Verbot der "Preßkommission" und der Herausgabe des *Bauhandwerker* durch den Berliner Polizeipräsidenten am 22. Mai 1886 löste den Konflikt nicht auf, setzte die Hamburger Agitationskommission jedoch in die Lage, vom 20. Juni 1886 an ein Nachfolgeblatt, *Der Neue Bauhandwerker*, in Hamburg erscheinen zu lassen. Mit knapper Mehrheit bestätigte der nächste Maurer-Kongreß (1887) die Entscheidung der Hamburger Agitationskommission und erkannte den *Neuen Bauhandwerker* als offizielles Organ für das Reichsgebiet an. Doch verhinderte diese Entscheidung weder die Spaltung der Maurer-Vereine noch die Herausgabe konkurrierender Zeitungen, die lokalistische Position vertraten und den Führungsanspruch der Hamburger Maurer-Vereine bestritten.<sup>16</sup>

Auch *Der Neue Bauhandwerker* erlitt das Schicksal des Vorläuferblattes, als am 10. Juni 1888 die Nummer 10 der Zeitung wegen eines kritischen Artikels über den "Modernen Sklavenmarkt" beschlagnahmt und das weitere Erscheinen des Blattes behördlich verboten wurde.<sup>17</sup> Angesichts der Expansion der Gewerkschaftsbewegung und der Einflusskonkurrenz zwischen "Lokalisten" (Berliner Richtung) und "Zentralisten" (Hamburger Richtung) musste

---

12 Vgl. hierzu Wilhelm Kulemann: Das deutsche Vereins- und Versammlungsrecht, in: Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, Bd. 10, 1897, S. 813-867.

13 Vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 303.

14 Ebd.

15 Karl-Gustav Werner: Organisation und Politik der Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände in der deutschen Bauwirtschaft, Berlin 1968, S. 25.

16 Vgl. ebd., S. 26 f.

17 Vom Herausgeber des "Neuen Bauhandwerkers" wurde mit Erfolg Beschwerde gegen die Maßnahme eingelegt, so dass nach etwa vier Monaten zumindest das Erscheinungsverbot der Zeitung aufgehoben wurde, vgl. Paepow: Bauarbeiterbewegung, S. 329.

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.  
 Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands  
 sowie der  
 Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkatoren Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
 Abonnementpreis pro Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),  
 bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stauingf, verantwortl. Redakteur: F. Bacplow,  
 beide in Hamburg.  
 Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Rechts-Anzeigen  
 für die dreispaltige Beilage ober  
 deren Raum 30 A.

**Verbandskollegen!** Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **Halte Eueren im Lokalkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.**

## Des Zeitgeists Evangelium.

Wacht auf, erseht zu hehrer Feierstunde!  
 Der Zeitgeist hält heut' ein groß' Gericht,  
 Gewaltig gibt von feiger Mack' er Kunde —  
 Vernimm, o Volk der Arbeit, was er spricht:

Natur hat ihren Fluch gehängt  
 Ans Stillesteh'n;  
 Geprüfet sei die Kraft, die drängt  
 Zum Vorwärtsgehn!

An solche heil'ge Kraft zu glauben,  
 Bleibt stets der Menschheit bestes Teil;  
 Läßt sie sich diesen Glauben rauben,  
 So sündigt sie am eig'nen Heil.  
 Schwer muß in wachsender Verwirrung  
 Sie büßen, wenn ein schlimmer Wahn  
 Sie treibt zu frevelhafter Irrung  
 Von der vernunftgeweihten Bahn,  
 Die ich ihr angewiesen habe,  
 Daß sie getreulich Spur um Spur  
 Erringe schön'en Glückes Gaben,  
 Die Wohlthat höh'erer Kultur.

Wesh' dem Geschlechte, das, versunken  
 In Hochmut, nur sich selber lebt,  
 Vom Eufte falscher Selbstsucht trunken  
 Nicht für die Nachwelt freudig strebt!  
 Ihm bleibt nichts and'res zu erwerben,  
 Als was mein Urteilspruch versucht:  
 Fortzeugend Unheil und Verderben,  
 Das strenge die Geschichte bucht.

Doch kommt die Zeit, wo solch' Verschulden  
 Zermalnendes Gewicht erreicht  
 Und all' das schmähtliche Erbulden  
 Dem sühnenden Begehren weicht,

Dem unbezwinglichen Verlangen  
 Nach der Erlösung des Geschlechts,  
 Dem heißen, hoffnungsvollen Bangen  
 Um einen Sieg des Menschenrechts.

Dann trete ich in die Erscheinung,  
 Die Macht, die allen Wandel schafft,  
 Und spottend überlicher Verneinung  
 Leih' ich den Völkern meine Kraft,  
 Daß sie der marternden Bedrängnis  
 Sich widersehen kühn und frei  
 Und hebbe schwören dem Verhängnis  
 Der Tyrannie.  
 Die Millionen der Bedrückten  
 Entflamme ich zum heil'gen Krieg,  
 Und führ' die bildend hoch Beglückten  
 Zum Sieg.  
 Mag ihnen sich entgegenstemmen,  
 Auf „Rechte“ pochend, die Gewalt,  
 Sie kann mein Machtgebot nicht hemmen,  
 Ich trotz' ihrem dreisten „Halt!“  
 Nicht blindes Wüten und nicht Beten  
 Errettet sie vom Untergang,  
 Es wirkt in dem, was sie zertreten,  
 Ein rächender Vernichtungszwang;  
 Sie sinkt in Trümmer, und vergebens,  
 Der ewigen Vernunft zum Spott,  
 Fleht sie um Kräfte neuen Lebens  
 Zu ihrem Gott.

O hoffet nicht, daß Offenbarung  
 Euch über Nacht vom Himmel kommt,  
 Wißt, daß nur läuternde Erfahrung,  
 Der Menschheit zur Erlösung frommt!  
 Erkenntnis heißt der Gottesfegen,  
 Der aus der Zeiten Leid entspringt

Und Euch allmächtig allerwegen  
 Zu neuen Zielen vorwärts bringt.  
 Sie ist die Kraft, die in mir ruhet,  
 Euch von ererbtem Fluch befreit,  
 Und das, was ungerecht, vernichtet  
 Im Namen wahrer Menschlichkeit.  
 Der Zeiten Schuld wird nur erlassen  
 Und dann nur siegt des Guten Macht,  
 Wenn in den unterdrückten Massen  
 Der Glaube an sich selbst erwacht;  
 Wenn das Bewußtsein ihrer Würde  
 Sie hebt zu freiem Geistesflug  
 Und sie die aufgezwung'ne Bürde  
 Abwerfen mit dem Ruf: „Genug!  
 Es soll fortan nicht mehr geknechtet  
 Und heimgesucht von Elends Qual,  
 Nicht mehr verachtet und entrechtet  
 Das treue Volk der Arbeit sein.“

O zweifelt nicht, es wird gelingen!  
 Schon das Jahrhundert, das entschwand,  
 Gab Euch für herrliches Vollbringen  
 Des Kampfs ein sicher Unterpfand,  
 Im neuen Säkulum die Krönung  
 Der siegenden Gerechtigkeit —  
 Und dann ein Fest der Weltversöhnung  
 In nie geachteter Herrlichkeit!  
 Voran in Deiner Armut Blöße,  
 Du schwergeprüfter Proletar!  
 Du wirst zum Richter sünd'ger Größe  
 In meiner kampfgeweihten Schaar,  
 Ein opferfreudiger Bezwingler  
 Des tausendfachen Fluchs der No!  
 Der Welt ein wahrer Segenbringer, —  
 Dich grüßt der Zukunft Morgenrot!

K. F.

die Agitationskommission "darauf bedacht sein, sofort eine neue Zeitung herauszugeben".<sup>18</sup> Nachfolgeorgan des *Neuen Bauhandwerkers* wurde *Der Grundstein*, von dem eine Probenummer bereits am 24.6.1888 im Auftrag der Agitationskommission herausgegeben wurde und der vom 1. Juli 1888 an wöchentlich erschien.

*Der Grundstein* konnte von 1888 bis Februar 1933 als Zeitung der freigewerkschaftlichen Maurer- und Bauarbeiterverbände erscheinen. Das schloss jedoch nicht die Drohung mit Zensur und Verbot aus. Bereits die erste Ausgabe im Januar 1889 war "durch Verfügung der hiesigen [Hamburger] Polizeibehörde vom 8. d.M. (...) unter Bezugnahme auf § 11 des Sozialistengesetzes verboten worden".<sup>19</sup> Inkriminierte Artikel waren "Die Krankheit des Elends", der sich mit der Schwindsucht als "Proletarierkrankheit" befasste, und "Ein Attentat auf die Koalitionsfreiheit der Arbeiter", der von einer Vereinbarung der Maurer- und Steinhauermeister in Bielefeld berichtete, Gesellen nicht mehr zu beschäftigen, wenn sie Mitglieder des neugegründeten Fachvereins der Maurer und Steinhauer waren.<sup>20</sup> Auch nach dem Auslaufen des "Sozialistengesetzes" drohten Sanktionen, wenn der obrigkeitsstaatlich eng gespannte Rahmen von *Grundstein*-Redakteuren im Interesse von Informationsfreiheit, Berichterstattung und Meinungsbildung überschritten wurde. "Prozesse mit Verurteilungen hatten alle bisher zeichnenden Redakteure", führte das Handbuch des Vereins Arbeiterpresse von 1914 an: "[Johann] Staningk wurde viermal zu Geldstrafen verurteilt, [Fritz] Paepow viermal zu Geldstrafen, zweimal zu Gefängnis, [August] Winnig viermal und [August] Ellinger dreimal zu Geldstrafen".<sup>21</sup>

Während der Weimarer Republik erweiterte sich der Handlungs- und Publikationsspielraum für die Gewerkschaftsredakteure, und sie standen nicht mehr wie "Sitzredakteure" mit einem Bein im Gefängnis. Das Ende der Weimarer Republik, eingeleitet mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933, brachte auch das Ende des freigewerkschaftlichen *Grundstein*. Gestützt auf § 9, Abs. 1, Ziff. 5 der "Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes" vom 4. Februar 1933<sup>22</sup> verbot der Berliner Polizeipräsident Magnus von Levetzow<sup>23</sup>, gerade einmal eine Woche im Amt, am 22. Februar 1933 den

---

18 Ebd.

19 *Der Grundstein*, 2. Jg., 1889, Nr. 3 (19.1.1889), S. 1. – Vgl. RGBl. 1878, Nr. 34, S. 351-358: § 11 des "Sozialistengesetzes" bestimmte: "Druckschriften, in welchen sozialdemokratische, sozialistische oder kommunistische auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen in einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage treten, sind zu verbieten. Bei periodischen Druckschriften kann das Verbot sich auch auf das fernere Erscheinen erstrecken, sobald auf Grund dieses Gesetzes das Verbot einer einzelnen Nummer erfolgt."

20 *Der Grundstein*, 2. Jg., 1889, Nr. 3 (19.1.1889), S. 1. – Am 4.5.1889 (Nr. 18) konnte "Der Grundstein" berichten, dass nach einem Bescheid der Reichskommission "nirgends auf den Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung hingewiesen" wurde und das Verbot daher "als nicht gerechtfertigt aufgehoben werden müssen".

21 Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 3. Jg., 1914, Berlin 1914, S. 129; ferner Jahrbuch für Partei- und Gewerkschafts-Angestellte, hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 2. Jg., 1910, Berlin 1910, S. 87.

22 Vgl. RGBl. 1933, Nr. 8, S. 35 ff.

23 Vgl. eine Kurzbiographie in: Das Deutsche Führerlexikon 1934/35, Berlin 1934, S. 276 f.

*Grundstein* mit sofortiger Wirkung bis zum 1. Mai 1933.<sup>24</sup> Als Vorwand für das Verbot diente der Artikel "Karriere einer Person", der sich kritisch-ironisch mit der Eignung Hitlers zum Staatsmann beschäftigte.<sup>25</sup> Die Nummern 7 und 8 des *Grundstein* konnten noch erscheinen sowie ein Extrablatt, das nur mitteilte: "Der Grundstein ist bis zum 1. Mai 1933 verboten". Am 6. Mai 1933 erschien die Nummer 6/18 des *Grundstein*, die offensichtlich bereits vor dem 1. Mai 1933 redaktionell fertiggestellt worden war. Diese zweiseitige Ausgabe, von der unklar ist, ob, wann und wie sie ausgeliefert wurde, enthielt einen ausführlichen Bericht von der Tagung des Bundesvorstands und Beirats des Baugewerksbundes am 26./27.4.1933. Der Bericht, der die Besetzung von Gewerkschaftsbüros und Verhaftungen von Funktionären erwähnt, forderte die Mitglieder auf, überlegt zu handeln und der Organisation treu zu bleiben. Auf Seite 2 wurde über die vom Reichsgericht abgewiesene Beschwerde gegen das Verbot des *Grundstein* informiert. Kritische Anmerkungen zur Machtergreifung und zum Gleichschaltungsprozess fehlten ebenso wie Kommentare zur Politik des NS-Regimes. Allerdings finden sich auch keine Huldigungsbekundungen. Die nächste Nummer des *Grundstein* (Nr. 19/21), die das Datum 27.5.1933 trägt, wurde bereits vom NSBO-Beauftragten Curt Ullmann verantwortet.

Mit dem Verbot des *Grundstein* am 22.2.1933 verlor der Deutsche Baugewerksbund ein wichtiges Medium (zur Verbreitung vgl. Tabelle 2), um die Mitglieder und Funktionäre über die Situation des Verbandes zu unterrichten, die Existenz und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaft zu demonstrieren und nicht zuletzt die Organisationstreue und die Mobilisierungsbereitschaft der Mitglieder zu erhalten.

---

24 Vgl. Wiedergabe einer "Beglaubigten Abschrift" des Schreibens vom 22.2.1933 in: Anders: Stein für Stein, S. 223.

25 Vgl. *Grundstein*, 46. Jg., 1933, Nr. 6, 11.2.1933, S. 34 – Rubrik: "Unterhaltung und Wissen".

**Tabelle 2: "Der Grundstein" – Auflage (4. Quartal) und Seitenumfang (1905-1932)**

<b>Jahr</b>	<b>Auflage</b>	<b>2 S.</b>	<b>4 S.</b>	<b>6 S.</b>	<b>8 S.</b>	<b>12 S.</b>	<b>16 S.</b>
1905	174.200				13	33	6
1906	199.400				2	45	5
1907	202.800				8	41	3
1908	189.000				15	36	1
1909	195.400				14	35	3
1910	195.700				16	36	1
1911	313.400				3	46	3
1912	351.200				1	46	5
1913	336.500				8	41	16
1914	193.900	1			8	27	5
1915	109.800		6		41	4	16
1916	103.400		38		13	1	
1917	114.400		49		3		
1918	144.000		41		11		
1919	451.000		22		28		
1920	509.100		19		31		1
1921	511.200		16		37		
1922	616.500		15		34	2	
1923*	296.000	4	22		13		
1924	346.900		34	4	10	1	
1925	380.400				51	1	
1926	363.200		3		49		
1927	418.400				50	3	
1928	475.000				42	10	
1929	514.700				28	24	
1930	496.000				28	24	
1931	427.100		12		49	1	
1932	357.500		1	41	10		

\* Im November 1923 erschien keine Ausgabe, im Oktober und Dezember nur 14täglich.

Quelle: Zentralverband der Maurer Deutschlands/Deutscher Bauarbeiterverband/  
Deutscher Baugewerksbund: Jahrbücher 1907-1932

### *Zur Funktion der Gewerkschaftspresse*

Ein periodisch, in kurzen Abständen erscheinendes Publikationsorgan, eine Wochenzeitung wie *Der Grundstein*, war für Gewerkschaften, die sich unter den repressiven Bedingungen des Kaiserreiches organisatorisch zu etablieren, Mitglieder zu gewinnen und auf die Arbeitslöhne und Arbeitsbedingungen Einfluss zu nehmen versuchten, unverzichtbar. Die maßgebenden politischen Eliten im Kaiserreich standen den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftsgründungen bis 1918 meist ablehnend bis feindlich gegenüber. Sie waren bemüht, mit Hilfe von Versammlungs-, Vereins-, Presse- und Sozialistengesetzen sowie mit Unterstützung einer restriktiven Rechtsprechung die mit der Gewerbeordnung von 1869 gewährten Koalitionsrechte (§§ 152 und 153) für die Arbeitnehmerkoalitionen einzuschränken und gegen diese anzuwenden. Diese repressiven Rahmenbedingungen setzten hohe Hürden und erhebliche Hemmnisse für die Gründung und organisatorische Entwicklung von Gewerkschaften auch

nach dem "Wegfall der ausnahmerechtlichen Strafandrohungen" des Sozialistengesetzes.<sup>26</sup> Insbesondere das bis 1899 geltende Verbot von Zusammenschlüssen und von Verbindung politischer Vereine – zu denen Gewerkschaften gerechnet wurden, wenn sie "politische Gegenstände" erörterten – in der preußischen Versammlungs- und Vereinsordnung vom 11.3.1850 (§ 8) trug mit dazu bei, dass die Institutionalisierung und Zentralisierung der Verbände auf der Reichsebene nur zögernd vorankamen.

Bereits die Anforderung, eigenständige lokale Vereinigungen zu einer gemeinsamen Gewerkschaftsorganisation zusammenzufügen und gemeinsame Ziele verbindlich zu formulieren und zu propagieren, erforderte ein Kommunikationsmedium, das auch zwischen den Kongressen kontinuierlich die Verbindung zu und unter den einzelnen lokalen Vereinen und zu deren Mitgliedern aufrechterhielt. Angesichts der Kommunikations- und Verkehrsverhältnisse im 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts konnte diese Aufgabe am wirkungsvollsten nur von einer regelmäßig und in kurzen Abständen erscheinenden Zeitung wie *Der Grundstein* erfüllt werden.<sup>27</sup> Die Gewerkschaftspresse sollte daher, "nicht nur (...) mehrheitsbildendes Sprachrohr des Vorstandes sein (...), sondern auch Instrument der innerverbandlichen Selbstverständigung und nach außen gerichtetes Publikationsorgan, das auf alle Berufsangehörigen im Organisationsbereich (...) ausgerichtet war".<sup>28</sup>

Abgesehen von den repressiven Rahmenbedingungen des wilhelminischen Obrigkeitsstaates stellte die dezentrale Struktur der Gewerkschaften, die auf weitgehend eigenständig geführte Lokalorganisationen (Zahlstellen, Zweigverein, Baugewerkschaften) auch nach der Bildung der Zentral-Verbände im Baugewerbe aufbaute, eine erhebliche Herausforderung und Integrationsaufgabe dar. Eine Wochenzeitung wie *Der Grundstein* der Maurer hatte daher verschiedene Aufgaben zu erfüllen und unterschiedliche Adressaten zu bedienen.<sup>29</sup>

- Neben den jährlich oder alle zwei Jahre tagenden Kongressen war die Verbandszeitung das wichtigste *Forum für innergewerkschaftliche Debatten* über die Struktur, Programmatik und Zielsetzung des (sich bildenden) Zentral-Verbandes. Mit großer Ausführlichkeit und Regelmäßigkeit *dokumentierte* der *Grundstein* die Tagungen der verschiedenen Verbandsorgane, druckte Beschlüsse ab, veröffentlichte wichtige Stellungnahmen. Meinungs- und Willensbildungsprozesse innerhalb des Verbandes wurden dadurch auch für das einzelne Mitglied transparent und – trotz aller Zentralisierungsprozesse – ein wichtiger Beitrag für die Ausgestaltung der innerverbandlichen Demokratie und die Legitimation des Verbandshandelns erreicht.

---

26 Klaus Schönhoven: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914, Stuttgart 1980, S. 75.

27 Nicht alle Gewerkschaftsverbände im Baugewerbe verfügten in ihrer Gründungsphase bereits über eine eigene Verbandszeitung. Verbandsnachrichten wurden daher in der Anfangsphase in der politischen Presse wie dem *Sozialdemokrat* oder der *Volkzeitung* publiziert.

28 Ebd., S. 213 f.; vgl. auch Walter Fabian: Gewerkschaftspresse, in: Emil Dovifat (Hrsg.): Handbuch der Publizistik, Bd. 3, Berlin 1969, S. 514-522.

29 *Der Grundstein* als die auflagenstärkste Gewerkschaftszeitung im Baugewerbe dient für die folgenden Ausfüh-  
führung in der Regel als Referenzblatt.

- Angesichts der Vielzahl lokaler Gewerkschaftsvereine oder Zahlstellen fungierte die Wochenzeitung als wichtigstes *Verbindungsmedium, das über lokale Organisationsfortschritte und Probleme informierte* und den lokalen Vereinen das Selbstverständnis vermittelte, einer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung anzugehören.
- Von *großer Handlungsrelevanz und strategischer Bedeutung* waren *Berichte über Streiks, Aussperrungen und Vereinbarungen über Löhne und Arbeitsbedingungen, später über die Tarifbewegungen auf lokaler Ebene*. Wichtig waren im Verlauf von Arbeits- und Tarifkonflikten Informationen und Aufforderungen über Zuzugsbeschränkungen, um das Anwerben von Streikbrechern zu unterlaufen<sup>30</sup>; wichtig war auch die kontinuierliche Information über die erzielten Ergebnisse in den Vereinbarungen, insbesondere die Regelungen der Stundenlöhne und Arbeitszeiten, um Anregungen für lokale Forderungen zu geben und eine Angleichung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen. Schließlich dienten Nachrichten über schlechte Arbeitsbedingungen und Tarifbrüche von Arbeitgebern dazu, die Mitglieder vor nachteiligen und ungünstigen Arbeitsstellen zu warnen und durch solche Verrufserklärungen Druck auf die Arbeitgeber auszuüben.
- Die *Berichterstattung über behördliche Restriktionen, Anklagen, Gerichtsprozesse und Gerichtsurteile* in der Rubrik "*Gerichtschronik*" – einschließlich der Prozesse gegen den "Grundstein" und dessen Redakteure – hatten neben der Aufgabe, über obrigkeitsstaatliche Willkürmaßnahmen und Repressionen zu unterrichten und dadurch politisch zu sensibilisieren, die Funktion, über unterschiedliche Handhabungen von Vereins- und Versammlungsgesetzen und deren gerichtliche Beurteilung zu informieren und Argumentationen bei ähnlichen Konfliktfällen an die Hand zu geben.
- Berichterstattung über *wirtschafts- und sozialpolitische Themen*, über allgemeine Gewerkschaftsdebatten und Organisationsfragen *informierte* Mitglieder und lokale Gewerkschaftsfunktionäre über wichtige gewerkschafts- und gesellschaftspolitische Probleme und Entwicklungen.
- Für lokale Gewerkschaftsfunktionäre diente das im Laufe der Zeit breiter werdende Themenspektrum des *Grundstein* und die ausführliche Erörterung gewerkschaftspolitischer und gesellschaftspolitischer Fragen neben der Information auch dazu, sie mit *Agitationsmaterialien und Argumenten* für die Werbung neuer Mitglieder zu versorgen.
- *Der Grundstein* wurde auch als *Mitteilungsblatt* über Mitgliederversammlungen, Beitragsrückstände und sonstige Nachrichten der Maurer-Vereine genutzt. Mit der Rubrik "Brief-

---

30 Auf die Informationen des "Grundstein" war anscheinend auch die Verbandsspitze des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe angewiesen, der in seinem Protokoll über die Verhandlungen der siebten ordentlichen General-Versammlung (...), abgehalten zu München am 14. und 15. März 1906, S. 18, beklagte, dass dem Bund von seinen Lokalverbänden "der Beginn eines Ausstandes (...) überhaupt erst dann angezeigt (wird), wenn wir aufgrund der Mitteilungen der Arbeitnehmerpresse Rückfragen bei den betreffenden Verbänden halten. (...) So ist der Vorstand leider sehr stark auf die Arbeiterpresse angewiesen, die sich einer zum mindesten viel schnelleren Information durch die örtlichen Gewerkschaftsleitungen erfreut, (...) als das bei uns, den Arbeitgebern der Fall ist", zitiert nach Werner: Organisation und Politik, S. 50.

kasten" bot er Mitgliedern und Gewerkschaftsfunktionären die Möglichkeit zu direkten Stellungnahmen.

- Regelmäßige Berichte über *Unfälle* am Bau versuchten auf Arbeitsrisiken aufmerksam zu machen und Arbeitsschutzmassnahmen einzufordern. Die *Sterbetafel*, die auf der letzten Seite des Blattes verstorbener Verbandsmitglieder gedachte, war mehr als ein verbandsidentitätsstiftendes Gedenken. Die Angaben über Alter und Todesursache können auch als Hinweis auf die enormen Gesundheitsrisiken im Baugewerbe und als soziale Anklage gelesen werden.

Für den *Grundstein* – wie bei den anderen Blätter der Einzelgewerkschaften – war das Interesse an der eigenen Organisationsentwicklung von größter Bedeutung, so dass die "agitatorische, integrative Funktion" im Mittelpunkt stand.<sup>31</sup> Hinzu trat die Legitimationsfunktion, da mit der Professionalisierung und Bürokratisierung der Organisationen Begründung und Rechtfertigung der Gewerkschaftspolitik gegenüber den Mitgliedern und den ehrenamtlichen Funktionären von wachsender Bedeutung für die Integration des Verbandes, für die Verbandsloyalität von Mitgliedern und ehrenamtlichen Gewerkschaftsaktivisten wurde. Demgegenüber war die Außendarstellung gegenüber einer breiteren Öffentlichkeit, Arbeitgeberverbänden und Parteien nachrangig.

Es ist hier nicht der Ort, um im Detail auf die Entwicklung von Gewerkschaftszeitungen wie *Der Grundstein* einzugehen, den Aufbau des meistens 8- oder 12-seitigen Blattes vorzustellen, die thematische Vielfalt aufzuzeigen, eine Inhaltsanalyse zu versuchen oder seine Rezeption zu bewerten. Dafür fehlt es trotz des hohen Verbreitungsgrades des "Grundstein" – und auch der übrigen Gewerkschaftspresse – an Vorarbeiten. Ohne Einschränkung gilt auch noch heute die Feststellung Klaus Schönhovens von 1980: "(...) bislang [sind] die in der Gewerkschaftspresse veröffentlichten Artikel weder systematisch erfaßt und qualifizierend unter ideologiegeschichtlichen Aspekten gesichtet worden noch liegen fundierte rezeptionsgeschichtliche Analysen über die Bedeutung der Zeitungslektüre bei der Bewußtseinsformierung der Arbeiterschaft vor".<sup>32</sup> Was Schönhoven im Hinblick auf die ideologiebildende und ideologiegeschichtliche Funktion der Gewerkschaftspresse erörterte und als Desiderat der Forschung hervorhob, gilt auch für das breite Spektrum der Sozial- und Arbeitsschutzpolitik, für gewerkschaftspolitische Grundsatzdebatten wie auch für die Auseinandersetzung mit gesellschaftspolitischen Problemen und tagespolitischen Kontroversen innerhalb und außerhalb der Arbeiterbewegung, für die in der Gewerkschaftspresse zahllose Artikel zu finden sind.

---

31 Vgl. Kurz Koszyk: Die "Metallarbeiter-Zeitung am Vorabend des Ersten Weltkriegs – Zur Geschichte der Gewerkschaftspresse, in: Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, hrsg. von Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, S. 175-197, hier S. 177.

32 Schönhoven: Expansion und Konzentration, S. 220 f.



### *Wandel und Differenzierung der Gewerkschaftspublikationen*

Die oben skizzierte Funktion der Gewerkschaftspresse unterlag selbstverständlich einem Wandel, der vor allem durch zwei Faktoren, die hier nur kurz gestreift werden können, bedingt war: durch die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation und durch Veränderung der politischen und der kommunikativen Umwelt.

In der Gründungsphase der Gewerkschaften seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts diente die Gewerkschaftspresse – neben Verbandstagen/Kongressen, Versammlungen, Konferenzen und Gesprächen, Flugblättern und Broschüren – in erster Linie als Mittel der Information und Dokumentation, des Austauschs konkurrierender Positionen über zentrale Frage der Organisationsstruktur, der Politik und der Ziele der Gewerkschaft, der Meinungs- und Willensbildung, aber auch der Mitteilung gewerkschaftspolitisch relevanter lokaler Ereignisse über Streiks, Lohnvereinbarungen etc. Die Gewerkschaftspresse nutzten führende Gewerkschaftsfunktionäre als Organ für die Darstellung und Debatte ihrer Positionen, gewissermaßen als Forum; für die Mehrzahl der Mitglieder fungierte es als vielleicht wichtigstes Informationsmedium. Eine wöchentlich erscheinende Gewerkschaftszeitung wie *Der Grundstein* war darauf gerichtet, möglichst alle Mitglieder durch Information, Dokumentation und Agitation in die Verbandskommunikation einzubeziehen. – Insgesamt hatte die Gewerkschaftspresse in dieser Phase die Funktion, die Vielzahl lokaler Gewerkschaftsgründungen zu verbinden und die Konstituierung einer einheitlichen Organisation zu unterstützen.

Mit der Etablierung und der Zentralisierung der Gewerkschaften, der organisatorischen Festigung und der Entwicklung zur Massenorganisation, diente die Gewerkschaftspresse immer weniger einem Meinungs- und Willensbildungsprozess innerverbandlich konkurrierender Positionen, sondern wurde mehr zum Sprachrohr des Vorstandes, zum Informationsmedium über die Gewerkschaftsaktivitäten und zum Instrument für die Legitimation der Gewerkschaftspolitik sowie zur Auseinandersetzung mit konkurrierenden und gegnerischen Positionen. Information, Unterrichtung, Agitation wurden zu wichtigen Funktionen der vom Vorstandsvorstand kontrollierten Gewerkschaftszeitung, die integraler Bestandteil der Organisationspolitik war und bei den meisten Verbänden jedem Mitglied kostenfrei (finanziert durch die Mitgliedsbeiträge) zugestellt wurde.

Mit der Etablierung und Differenzierung der Gewerkschaften sowie ihrer Entwicklung zu Massenorganisationen erweiterte sich das Spektrum der herausgegebenen Publikationen (siehe oben). Dennoch blieben die Gewerkschaftszeitungen die wichtigsten Veröffentlichungen für die Unterrichtung der Mitglieder.

Für den Stellenwert der Gewerkschaftspresse spielt – neben den politischen Rahmenbedingungen, die über Verbot oder Akzeptanz entscheiden – das kommunikative Umfeld eine zentrale Rolle. Ob im 19. und auch noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts für viele Mitglieder die Gewerkschaftszeitung das einzige Nachrichtenblatt war, das von ihnen bezogen und gelesen wurde, ist vermutlich kaum zu beantworten. Eine exklusive Rolle für eine größere Zahl von Mitgliedern dürfte der Gewerkschaftspresse erst mit der Entwicklung zur Massenorganisation und der Organisierung von un- und angelernten Arbeitern zugekommen sein. Wie auch immer

kam einer Gewerkschaftszeitung wie dem Grundstein eine wichtige Informations- und Orientierungsfunktion für die Mitglieder zu. Mit der Erweiterung des Zeitungsmarktes und einer stärkeren Verbreitung von Tageszeitungen dürften die Gewerkschaftszeitungen ihre gelegentlich "exklusive" Rolle eingebüßt haben. Aufgrund ihrer hohen Auflage (vgl. für den Grundstein Tabelle 2) und ihres meist wöchentlichen Erscheinungsrhythmus dürften sie dennoch viele Leser erreicht und unterrichtet haben. – Erst mit der Verbreitung des Rundfunks gegen Ende der Weimarer Republik, später mit der Etablierung des Fernsehens in der Bundesrepublik büßte die Gewerkschaftspresse ihre phasenweise hervorgehobene Informationsfunktion für die Gewerkschaftsmitglieder ein, so dass sich seit den 1950er Jahren Erscheinungsrhythmus, Inhalte und Layout änderten. Die Nutzung des Internet für die Selbstdarstellung der Gewerkschaften, die Information ihrer Mitglieder und die Eröffnung von Kommunikations- und Diskussionsforen in der Gegenwart verändert erneut Funktion und Zielrichtung der Gewerkschaftspresse.

Weniger bei den Berufsgewerkschaften als bei der Multiberufsgewerkschaft Deutscher Bauarbeiterverband und Deutscher Baugewerksbund führte die Differenzierung der Mitglieder auch zu einer Erweiterung des Publikationsspektrums. Neben dem Hauptorgan des Verbandes wurden gelegentlich für einzelne Berufs- und Funktionsgruppen (Lehrlinge, Jugendliche, Funktionäre etc.) Mitteilungsblätter herausgegeben mit geringer Auflage. Als wichtiges Instrument für die Information von Gewerkschaftsfunktionären, aber auch der Selbstdarstellung des Verbandes sind die Jahrbücher anzusehen, die der Deutsche Baugewerksbund und seine Vorläuferorganisationen seit 1907 veröffentlichten. Die Jahrbücher wuchsen im Laufe der Zeit zu differenzierten Kompendien an, die u.a. über Branchenentwicklungen, Gewerkschaftsaktivitäten, Tarifpolitik und Mitgliederentwicklung ausführlich berichtet. Mit einer Auflage von 1.807 Exemplaren (1930)<sup>33</sup> richtete sich das Jahrbuch des Deutschen Baugewerksbundes jedoch nur an einen kleinen Kreis von Gewerkschaftsfunktionären, die in unterschiedlicher Weise Informationen und Argumentationshilfe für die Aufgaben erhielten.

Während bis zum Ende der Weimarer Republik eine häufig detaillierte Information über das Verbandsgeschehen Gegenstand der Gewerkschaftspublikationen war, "verliert" sich dieser Anspruch der Information der Mitglieder und der kontinuierlichen Legitimation des Gewerkschaftshandelns in den Gewerkschaftspublikationen, die seit den 1950er und 1960er Jahren veröffentlicht wurden, zunehmend. Parallel dazu verloren die zentralen Gewerkschaftszeitungen wie der Grundstein die integrative Funktion, die sie im Kaiserreich und während der Weimarer Republik für die Baugewerkschaften hatten.

---

33 Deutscher Baugewerksbund: Jahrbuch 1931, Berlin 1932, S. 256.

# Rückblicke

auf die

## Bauarbeiterschutzbewegung

Bearbeitet  
im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands  
von  
**Gustav Heinke**



Berlin 1913  
Verlag: Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Carl Legien)

# Auch Du gehörst in unsre Reihen



## WIR WERBEN . . .

Wir werben nicht um leere Güter,  
auch nicht um Flitter und um Tand.  
Wir werben als der Menschheit Hüter  
fürs große Menschenvaterland.

Wir werben für des Lebens Freude,  
wir werben für des Lebens Glück,  
wir werben, daß, wer noch im Leide,  
zum Daseinsfrohsinn kehr zurück.

Nicht soll gebückt in Stumpfheit schleichen,  
des Geist und Hand um Nahrung ringt;  
von hinnen soll der Nebel weichen,  
der noch des Volkes Hirn durchdringt.

Wir wollen werben, ringen, streiten,  
daß Mensch und Völker Hand in Hand  
entgegengehen bess'ren Zeiten,  
drum werben wir

## FÜR DEN VERBAND!

## **Bestandsverzeichnis und Register**

Bestandsverzeichnis .....	95
Titelregister .....	249
Körperschaftsregister .....	261



Abbrucharbeit, Bildbeilage zu Bauwerk Nr. 6/1928, Holzschnitt Professor Paul Helms